Nr. 300. 26. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 24. Dezember 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Vorentwurf zum neuen Strafgesetzbuch.

VIII.*)

Von den „Verbrechen und Vergehen gegen Einrichtungen des Staates" handelt das zweite Buch. Daß hier die Vergehen gegen Heer und Marine obenan stehen, bedarf in unserem Militärstaate wohl kaum besonderer Erwähnung. Hier sind die alten Bestimmungen im allgemeinen beibehalten. Diese beziehen sich grundsätzlich nur auf Personen, die außerhalb des Militärverbandes stehen und betreffen die Aufreizung Heeresangehöriger zum Ungehorsam, die Teilnahme an der Fahnenflucht, die Selbstverstümmelung usw. Daneben bleibt natürlich für die Heeresangehörigen selbst das Schreckensbuch des Militärstrafgesetzes mit all seinen Barbareien in Kraft. Die Verfasser des Entwurfs verkennen nicht, daß die im allgemeinen Strafgesetzbuch enthaltenen Strafbestimmungen über die Vergehen in bezug auf das Heer wissenschaftlich teilweise sehr anfechtbar sind. Sie meinen jedoch („Begründung" S. 507), daß eine Streichung derselben sehr bedenklich sei, „da gegenüber der von manchen Seiten betriebenen antimilitaristischen Propaganda, die sich auch im Versuch der Anstiftung zur Fahnenflucht äußern kann, eine Abschwächung des geltenden Rechts nicht ratsam sein dürfte." Eine drastischere Illustration für die Beliebtheit unseres „Volksheeres" läßt sich kaum denken, als daß der Entwurf, ebenso wie das geltende Recht, grausam schwere Strafe dem androht, der sich lieber selbst verstümmelt, als daß er jahrelang den „vornehmsten Rock" trägt.

Interessant ist, aus der Einreihung der Religionsvergehen in das zweite Buch zu ersehen, daß auch der liebe Gott zu den „Einrichtungen des Staates" zählen soll. Ideologen nahmen bisher an, er beträfe das Höchstpersönliche des Menschen. Die Bestimmungen des geltenden Strafrechts über die „Gotteslästerung" und die „Beschimpfung" von Kirchen haben bekanntlich allgemeinen Unwillen, selbst bis in kirchlich orthodoxe Kreise hinein, erregt. Grund genug für die Kommission, ihre Beibehaltung vorzuschlagen, und zwar mit fast noch erweitertem Tatbestande. Freilich auch mit einer Einschränkung: der Konkurrenzkampf zwischen dem protestantischen und dem katholischen Herrgott soll fortan von strafrechtlichen Fesseln nicht beengt sein. Die Begründung (S. 511 ff.) sagt ausdrücklich, daß dies der Zweck der Ersetzung des bisherigen Tatbestandsmerkmals der „Aergerniserregung" durch das der „Böswilligkeit" sei. Wer aus religiöser Intoleranz die anderen Religionen beschimpft, handelt natürlich im Gegensatz zu dem frevlen Gottesleugner niemals böswillig. Irgendeine Erweiterung des Rechts der freien Forschung liegt in dieser Abänderung des Wortlauts des Gotteslästerungsparagraphen nicht. Ebensowenig darin, daß in § 156 des Entwurfs nur noch die Beschimpfung der Religionsgemeinschaften, nicht mehr jedoch die ihrer Einrichtungen und Gebräuche unter Strafe gestellt ist. Die „Begründung" führt ausdrücklich aus (S. 515), daß in einer Beschimpfung von Einrichtungen und Gebräuchen einer Kirche regelmäßig die Beschimpfung dieser Kirche selbst zu finden sein wird, und daß die „Einrichtungen und Gebräuche" nur deshalb im Entwurfe nicht ausdrücklich hervorgehoben sind, weil durch eine solche Hervorhebung „die nach Lage der Sache gebotene Annahme einer mittelbaren Beschimpfung bei Angriffen auf andere Dinge als auf Einrichtungen und Gebräuche der Absicht des Gesetzes widersprechend erschwert wird." Also auch diese scheinbare, von oberflächlichen Beurteilern so gepriesene Reform läuft auf eine Einengung des freien Wortes hinaus. Wie diese Strafbestimmungen in aufrichtigen kirchlichen Kreisen gewertet werden, dafür diene folgende Resolution des Evangelischen Pfarrvereins für Württemberg (vgl. „Vorwärts" v. 15. Mai 1908) als Beleg:

„Die Versammlung erklärt sich für die Aufhebung des § 166 Abs. 2 (Beschimpfung von Religionsgemeinschaften), der den konfessionellen Frieden schädigt, in seiner Unbestimmtheit Rechtsunsicherheit erzeugt, eine unleidliche Beschränkung des freien Wortes und berechtigten Kritik und eine Gefahr für das Vertrauen auf die Gerechtigkeit der Rechtsprechung ist. Die Versammlung erklärt sich in ihrer Mehrheit gegen die gesetzliche Bestrafung der Gotteslästerung, weil eine solche mit dem Wesen des evangelischen Glaubens und des modernen Staates unvereinbar, gegen die größten Aergernisse unwirksam und ein Zeichen des Mißtrauens ist gegen die Kraft der Wahrheit."

Wie berechtigt insbesondere der letzte Hinweis ist, ergibt sich drastisch aus der Begründung. Hier werden die Strafbestimmungen gegen die Beschimpfung von Religionsgemeinschaften damit gerechtfertigt, daß bei Beschränkung der Kirchen auf den durch die allgemeinen Beleidigungsvorschriften gewährten Schutz der Wahrheitsbeweis zulässig sein würde. Wahrlich ein ärgeres „Zeichen des Mißtrauens gegen die Kraft der (kirchlichen) Wahrheit" läßt sich nicht denken, als diese Flucht vor dem Wahrheitsbeweis!

Aus dem Abschnitte über die Verbrechen und Vergehen in Beziehung auf die Rechtspflege wäre zu erwähnen, daß fortan auch die falsche uneidliche Aussage strafbar sein soll. Im übrigen ist dieser Abschnitt fast unverändert geblieben.

Den Clou des zweiten Buches bildet das in seinen §§ 184, 185 — wie viele der schlimmsten Bestimmungen des Entwurfs nur verborgen — enthaltene Streikverbot für die Arbeiter der öffentlichen Betriebe.

Der § 184 lautet:

„Wer vorsätzlich den Betrieb einer dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahn oder der Post oder einer zur öffentlichen Versorgung mit Wasser oder Beleuchtung dienenden Anstalt verhindert, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren oder mit Haft, bei mildernden Umständen mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark bestraft."

Zu den Eisenbahnen im Sinne dieses Paragraphen gehören nach der Begründung auch die Straßenbahnen. In § 185 wird diese Strafbestimmung auf Telegraphen-, Fernsprech- und Rohrpostanlagen ausgedehnt, für die schon jetzt im § 318 des Strafgesetzbuchs eine ähnliche, aber mildere Strafbestimmung besteht. Begründet werden diese Vorschläge damit, daß „die durch ein allgemeines Unglück, z. B. einen Massenausstand oder etwa einen Aufruhr oder Krieg geschaffene Lage in bedrohlicher Weise verschärft wird, wenn in der bezeichneten Weise die Heranziehung auswärtiger Hilfe wie das Verlassen des Ortes unmöglich gemacht wird." (S. 591.) Die erwähnten Paragraphen heben das Vereins- und Koalitionsrecht der Postbeamten, Eisenbahner, eines großen Teils der Gemeindearbeiter und Staatsarbeiter tatsächlich auf. Sie enthalten ein strafrechtliches Verbot des Streiks und der Streikverleitung der genannten Arbeiterkategorien. Das zeigt klar die Begründung. Dort wird besonders darauf hingewiesen, daß die strafbare Betriebsverhinderung auch dadurch herbeigeführt werden kann, „daß die Angestellten der Eisenbahnen oder der Post von dritter Seite durch Gewalt oder Drohung von der Ausübung ihres Dienstes zurückgehalten werden. Endlich können auch die Angestellten selbst durch pflichtwidrige Verweigerung ihrer Dienste den Betrieb unmöglich machen." (S. 591.) Das alte Verlangen unserer Reaktionäre und ihrer Regierung, das Streiken der Verkehrsarbeiter unter Strafe zu stellen, soll also in den vorgeschlagenen §§ 184, 185 seinen gesetzgeberischen Niederschlag finden.

*) Vergl. Nr. 265, 270, 272, 280, 282, 287, 291 des „Vorwärts".

Wahlrechtstrug!

Die „Berl. Pol. Nachr." tun im läppischsten Offiziösenstil der Welt kund, daß die preußische Wahlrechtsvorlage bereits in der nächsten Session dem Landtage zugehen werde. Sie solle nämlich so zeitig eingebracht werden, daß die nächsten Wahlen, die im Jahre 1913 stattzufinden haben, bereits nach dem neuen Wahlrecht vollzogen werden könnten. Zur Verabschiedung der Vorlage seien jedenfalls zwei Sessionen notwendig. Nun ständen dem jetzigen Landtage zwar noch vier Sessionen zur Verfügung, allein die Reichstagswahlen seien bereits im Jahre 1912 zu vollziehen und es würde „vom Gesichtspunkt der allgemeinen Politik im höchsten Grade unzweckmäßig sein, wenn die Verhandlungen über die Aenderung des Wahlrechts in Preußen zeitlich mit dem Kampfe um die Reichstagswahlen zusammenfielen". Berücksichtige man das, so werde sich „unschwer beurteilen lassen" wann die Regierung die Wahlrechtsvorlage einbringen werde.

Danach wäre also schon für die am 11. Januar 1910 beginnende Session die Wahlrechtsvorlage zu erwarten. Aber auch über den Inhalt der so nahe bevorstehenden Wahlrechtsvorlage werden bereits nähere Mitteilungen gemacht. Die „Weser-Zeitung" behauptet wenigstens, daß die „Verbesserungen" sich in den „engsten Grenzen" halten würden. Was darunter zu verstehen ist, verrät sie dann durch folgende Mitteilungen:

„Es steht fest, daß das Dreiklassenwahlsystem bleibt und seine Korrektur lediglich in der Aufhebung des indirekten Wahlganges, in der Verschiebung der Steuergrenzen der Klassenwahlberechtigten und einer Verbindung von Plural- und Proportionalsystem besteht. Die liberalen Mindestforderungen sind also völlig beiseite geschoben. Ganz abgesehen von dem einfach a limine abgewiesenen Reichstagswahlrecht ist weder die doch mehr als dringend notwendige Neueinteilung der Wahlkreise zugestanden, noch die geheime Wahl zugebilligt worden."

Wenn diese Mitteilungen des freisinnigen Blattes zuträfen, wäre das in der Tat die unglaublichste Verhöhnung der Wahlrechtsforderungen des Volkes! Denn so unwürdig für ein politisch reifes Volk auch das indirekte Wahlsystem ist: von den empörenden Ungeheuerlichkeiten des heute herrschenden Wahlsystems ist die indirekte Wahl noch eine der allergeringsten! Und eine Verschiebung der Steuergrenzen kann, wie wir erst vor einigen Tagen gegenüber den Wünschen des „Reichsboten" betonten, unter Umständen die Entrechtung der nichtbesitzenden Klasse noch vollständiger machen! Dabei soll nach dem Blatt des Hansa-Freisinns sowohl das Dreiklassensystem, als auch die öffentliche Abstimmung und die skandalöse Wahlkreiseinteilung erhalten bleiben!

Wir haben der Regierung niemals viel politische Einsicht zugetraut und insbesondere auch Herrn v. Bethmann Hollweg für einen noch erbärmlicheren Politiker als Philosophen gehalten — allein für so unsäglich verblendet vermögen wir einstweilen denn doch selbst die preußische Regierung nicht zu halten, daß sie mit einer solchen Spottgeburt von „Wahlreform" an die Oeffentlichkeit treten könnte! Das hieße ja geradezu Benzin in das Feuer der Empörung schütten, das der niederträchtige Steuerraubzug des Schnapsblocks im ganzen Lande entfacht hat!

Eine Regierung, die dem Volke statt der verheißenen Wahlreform einen solchen Wahlrechtstrug zu bieten wagte, müßte geradezu von den Wahnvorstellungen beherrscht sein, die die „Kreuz-Zeitung" in ihrer letzten Nummer ausplaudert. Ganz richtig legt das Junkerblatt anfangs dar, daß das Jahr 1907 keineswegs eine Niederlage der Sozialdemokratie bedeutet habe, daß damals doch nur, und auch nur durch die Gunst ganz besonderer Umstände, ein „gewissermaßen taktischer äußerer Erfolg" gegen die Sozialdemokratie errungen worden sei. Aus dieser unzerbrechlichen Widerstandskraft der Sozialdemokratie folgert das Junkerblatt freilich nicht die Notwendigkeit einer Politik des Entgegenkommens, vielmehr einer Politik gesteigerter Brutalität und Rechtsverweigerung! Sei auch die Zurückdämmung der sozialistischen Volksaufwiegelung das wichtigste, so sei doch auch die parlamentarische Niederhaltung der Sozialdemokratie von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Deshalb könne eine Demokratisierung des Wahlrechts nur dann in Frage kommen, wenn man, nach einer Bismarckschen Idee, den Sozialdemokraten überhaupt das Wahlrecht aberkenne!

Nun, Bismarck selbst hat sich zu einer Zeit, wo die Sozialdemokratie unendlich viel schwächer war, weislich gehütet, diesen verbrecherischen Gedanken zu realisieren. Heute vollends wirken dergleichen platonische Kraftmeiereien nur noch komisch. Der Politiker erklärte sich reif fürs Irrenhaus, der heute noch an irgendeine ausnahmegesetzliche Knebelung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung dächte! Von einer „Zurückdämmung" der sozialdemokratischen „Volksaufwiegelung" können heute nur noch politische Narren träumen. Aber von nicht geringerer Narrheit würde die Annahme zeugen, daß man durch „parlamentarische Niederhaltung" der Sozialdemokratie irgend etwas ausrichten könnte. Denn solche Niederhaltung wäre doch erst recht nur eins der „äußerlichen Mittel", von denen die „Kreuz-Zeitung" so geringschätzig spricht!

Wir nehmen deshalb zugunsten der Regierung an, daß die Absichten ihrer Wahlreform bis jetzt nur verstümmelt und mißdeutet wiedergegeben worden sind!

Delbrück kapituliert vor den Aerzten.

In dem Entwurf zur Reichsversicherungsordnung war bekanntlich für Streitigkeiten zwischen Krankenkassen und Aerzten ein Schiedsgerichtsverfahren vorgeschlagen, das die Interessen der Arbeiter und Kassen aufs schwerste verletzen; dennoch genügte dies den Aerzten nicht. Sie liefen gegen diesen Vorschlag als angeblich sie beeinträchtigend Sturm. Nunmehr hat das Reichsamt des Innern vor diesem Sturmlauf kapituliert. Wie die „Frankfurter Zeitung" aus „durchaus sicherer Quelle" meldet, ist in dem im Reichsamt des Innern umgearbeiteten Entwurf die Arztfrage auf der folgenden Grundlage geregelt worden:

Von den Vertretern der Aerzte und der Kassen in den einzelnen Regierungsbezirken werden unter Leitung der Regierung Tarifverträge vereinbart. Alle Aerzte des Bezirkes, die sich bereit erklären, zu den Bedingungen des Tarifvertrages tätig zu sein, sind bei allen Kassen zur Behandlung der Mitglieder zuzulassen. Kommt ein Tarifvertrag nicht zustande, so setzt die Regierung einen solchen von Amts wegen fest. Irgend eine Verpflichtung, zu den Bedingungen dieser Zwangstarifverträge für die Krankenkasse tätig zu sein, wird dem Aerztestande nicht auferlegt. Verweigern die Aerzte ihre Hilfe, so soll den Krankenkassen das Recht gegeben werden, ihren kranken Mitgliedern an Stelle von ärztlicher Behandlung einen bestimmten Geldbetrag zu gewähren. Aerzte, die auf Grund des Tarifvertrages Kassenmitglieder behandeln, dürfen wegen dieser Tätigkeit nicht vor das ärztliche Ehrengericht gestellt werden.

Eine solche Lösung entspricht den öffentlichen Aufgaben der Kassen nicht. Der Zweck der Kassen geht auf Fürsorge und vor allem auf möglichst schnelle Wiederherstellung der Gesundheit des Arbeiters; die Kasse ist verpflichtet, ärztliche Fürsorge eintreten zu lassen. Ohne den Zweck der Krankenversicherung zu gefährden, muß dies auch so bleiben. Dann drängt aber die Tatsache, daß sich Aerzte nicht nur zur Behandlung nicht verpflichtet gefühlt, sondern die Vereinbarung der Nichtbehandlung durch Erpressungen und diesen gleichstehende Mittel zu erzwingen für standesgemäß gehalten haben und noch halten, zur reichsgesetzlichen Verpflichtung der Aerzte zur Behandlung als alleiniger Lösung der Aerztemisere. Das im Reichsamt des Innern ausgeheckte Mittel schraubt die Krankenfürsorge hinter den Stand zurück, den diese vor Einführung der Versicherung hatte. Vor 25 Jahren wurde die obligatorische Verpflichtung zur ärztlichen Hilfe allgemein als ein Fortschritt angesehen gegenüber dem früheren Zustand, nach dem es den Kassen freistand, anstelle freier ärztlicher Behandlung einen bestimmten Geldbetrag zu gewähren. Die Rückkehr zu diesem Standpunkt wäre immer noch besser, als die durch den neuen Vorschlag des Reichsamts herbeigeführte Lage der Arbeiter. Wie soll ein kranker Arbeiter einen Arzt finden können, wenn die Aerzte vereinbart haben, Hilfe nicht zu leisten und gesetzlich nicht verpflichtet sind, Kranke zu be-

handeln? Der neue Vorschlag des Reichsamtes liefert noch unbedingter als der im ersten Entwurf vorgesehene Weg das durch die Arbeiter zusammengebrachte Krankenkassenvermögen den Aerzten aus. Solcher Vorschlag ist nur von einem Staatssekretär begreiflich, der als Minister gegen Sozialpolitik als Sozialpolitik die Bereicherung anderer auf Kosten der Arbeiter betrachtet.

Die Spitzelbombe.

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß der Petersburger Spitzelchef Karpow das Opfer seiner eigenen Agentprovocateur-Tätigkeit geworden ist. Der „Attentäter" Woskressenski ist, wie Burtzew mitteilt, schon vor einiger Zeit als agent provocateur entlarvt worden. Es scheint, daß Karpow ihn zu einem Nachfolger Asews heranbilden wollte.

Es liegt natürlich jetzt im Interesse der Polizei, sich des einzig überlebenden Zeugen des kompromittierenden Vorfalles zu entledigen. Dazu wird sie sich eines Kriegsgerichts bedienen, das den Mann skrupellos „schuldig" sprechen wird. Schon am Montag soll dann das Urteil vollstreckt und Woskressenski gehenkt werden. Die Polizei behauptet selbstverständlich, daß ihr Chef einem Verbrechen zum Opfer gefallen sei. Aber sie selbst muß zugestehen, daß Woskressenski im Dienst der Polizei gestanden sei, aber, so lügt sie, bloß um den Karpow in eine Falle zu locken. Nur daß diese Darstellung für die Polizei, selbst wenn sie wahr wäre, um nichts weniger kompromittierend wäre. Denn Woskressenski gab sich eben offen als Lockspitzel und daß Karpow mit solchen Leuten zusammenarbeitete und tagelang mit ihnen zusammenwohnte, beweist eben alles, was zu beweisen ist.

Die Verhandlung in der Duma.

Petersburg, 23. Dezember. Bei Begründung der Dringlichkeit der Interpellation betreffend das Bombenattentat erklärte Miljukow (Kadett) in der gestrigen Sitzung der Reichsduma, Oberst Karpow sei seiner provokatorischen Tätigkeit zum Opfer gefallen. Der Prokureur des Petersburger Appellhofes stellte dagegen fest, daß die Vorraussetzung Miljukows den Tatsachen nicht entspreche. Oberst Karpow sei im Gegenteil in eine Falle der Revolutionäre geraten und bei treuer Erfüllung seines Dienstes (!) meuchlerisch ermordet worden. (Beifall rechts.) Graf Wladimir Bobrinsky (Nationalist) bat um unverzügliche Annahme der Interpellation, damit vor ganz Rußland klargestellt werde, wie unbegründet die Beschuldigungen Miljukows seien. Sich an Miljukow wendend, erinnerte der Graf an dessen Abmachungen mit Asew in Paris und sagte zum Schluß, die Asews morden und Sie interpellieren. (Beifall rechts.) Angesichts der Regierungserklärung zog Miljukow die Dringlichkeit seiner Interpellation zurück, welche sodann, wie gemeldet, einer Kommission überwiesen wurde.

Die Darstellung der Polizei.

Petersburg, 22. Dezember. Wie die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, ist Oberst Karpow einem Meuchelmorde zum Opfer gefallen. Der Täter Michael Woskressenski hatte der politischen Polizei erst kürzlich seine Dienste zum Zwecke der Aufdeckung der verbrecherischen Tätigkeit revolutionärer Organisationen angeboten. Seinen mörderischen Anschlag führte Woskressenski vermittelst einer Höllenmaschine aus, die er in einem Möbel verborgen und mit der elektrischen Glockenleitung in Verbindung gebracht hatte.

Aus den Geheimakten der russischen Politik.

Die Anstrengungen, die Rußland im Bunde mit England neuerdings macht, den russischen Instruktoren Eingang in Persien zu verschaffen, sind geeignet, die allgemeine Aufmerksamkeit wieder auf Persien zu lenken, das sich im Sommer nur mit Aufbietung aller Kräfte der Einmischung der beiden Vertragsmächte hatte erwehren können. Gerade zur rechten Zeit veröffentlicht nun das Zentralorgan der russischen Sozialdemokratie eine Reihe hochinteressanter Dokumente, die es von dem bekannten Professor der Universität Cambridge, Edward G. Browne, im Original erhielt. Diese Dokumente, die jetzt zum erstenmal der breiten Oeffentlichkeit bekannt gegeben werden (Prof. Browne veröffentlichte sie nur in einer englischen Broschüre, die bloß an einen kleinen Kreis von Politikern versandt wurde), zeigen, daß die Brutalität und Gemeinheit der russischen Auslandspolitik stets dieselbe bleibt. In den Balkanstaaten operierte sie in den letzten Jahrzehnten bloß mit Bestechungsgeldern und Dynamitattentaten. In Persien kamen zu diesen „bewährten" Mitteln die Anzettelung von Unruhen und die scheußlichsten Gewaltmittel hinzu. Dies zeigen mit unübertrefflicher Klarheit diese Dokumente, von denen daher einige wiedergegeben seien.

Rapport Nr. 59. **Geheim.**

An den Hauptstab des kaukasischen Bezirkes
für den General-Quartiermeister.

Eure Exzellenz!

Am 26. Mai beorderte Se. Majestät der Schah mich und den ersten Drogoman der Gesandtschaft nach Bageschah.

In einem intimen Gespräch erklärte der Schah seine Einwilligung zu unseren früheren Vorschlägen, über die ich Eure Exzellenz die Ehre hatte rechtzeitig zu rapportieren: die Konstitution aufzuheben, den Medschlis auseinanderzujagen und durch eine ganze Reihe von Manövern, die den Zweck haben, die Vorstellungen der europäischen Mächte zu vermeiden, zur früheren absolutistischen Regierungsform zurückzukehren. Er fügte dabei hinzu, daß er, um den Plan der weiteren Handlungen bittend, darum ersuche, daß möglichst wenig Blut vergossen werde. Darauf wagte ich ihm zu bemerken, daß **Blut im Kampfe unvermeidlich und notwendig** sei.

Noch an demselben Abend in die Stadt zurückgekehrt, arbeitete ich und der erste Dragoman in der Gesandtschaft einen weiteren Aktionsplan gegen das Diebesnest aus, das hier hochtrabend Parlament genannt wird. Zur Grundlage unserer weiteren Aktionen wurde hierbei folgendes Ziel ins Auge genommen: Bis zu einer gewissen Zeit den Medschlis und seine Anhänger wie auch **die europäischen Gesandtschaften in Sicherheit zu wiegen**, dann von ungefähr einen Zusammenstoß hervorrufen und, uns auf das Uebergewicht unserer organisierten militärischen Macht stützend, das Nest dieser kaukasischen Menschen zu zerstören **und alle seine Verteidiger abzuschlachten**, die auf diese oder jene Weise Widerstand leisten würden. Die hiernach am Leben gebliebenen sollen durch administrative Mittel unter Anwendung der strengsten Strafen verfolgt werden.

Da wir die Gewohnheit der hiesigen Behörden, selbst den Schah nicht ausgenommen, kannten, in jede Verfügung zur rechten und unrechten Zeit ihre Nase zu stecken und dadurch die Sache zu verderben, so erachteten wir es als nützlich, die Forderung aufzustellen, daß ich als Hauptperson in der Sache, nach Bestätigung des von uns ausgearbeiteten Planes, vollste Aktionsfreiheit erhalte, mit dem Rechte, mich keinerlei anderen Befehlen, von wem sie auch ausgehen sollten, zu unterwerfen, ehe die Aufgabe voll und ganz verwirklicht ist.

Obgleich meine Haltung und die Grenzen meiner Vollmachten aus den früheren Befehlen und Instruktionen Eurer Exzellenz vollkommen klar sind, wage ich es, Sie ergebenst zu bitten, mir die Grenzen meines offenen aktiven Hervortretens in dieser Angelegenheit anzugeben, außer meiner geheimen Teilnahme an der Verwirklichung dieses Vorhabens.

Nach der Gutheißung des von uns ausgearbeiteten Feldzugplanes durch den Gesandten und den Schah werde ich die Ehre haben, die Abschrift unverzüglich Eurer Exzellenz zu übermitteln.

In Erwartung Ihrer Befehle

Teheran, 27. Mai 1908. Oberst W. Ljachow.

Rapport Nr. 60. **Geheim!**

An den Hauptstab des Kaukasischen Militärbezirkes
für den General-Quartiermeister.

Eure Exzellenz!

Das von mir und dem ersten Dragoman der Gesandtschaft ausgearbeitete Projekt wurde nach einer vorherigen telegraphischen Anfrage in Petersburg vom Herrn Gesandten fast ohne Einwendungen mit unbedeutenden Verbesserungen gutgeheißen. Was den Schah betrifft, so hat er als Perser lange geschwankt, da er das Blut fürchtete, das unvermeidlich vergossen werden mußte, und irgendwelche halbe Maßregeln, Kompromisse usw. vorzuschlagen angefangen. In Anbetracht dessen sahen wir uns gezwungen, das letzte entscheidende Mittel ins Feld zu führen. Wir erklärten, daß das Projekt von der russischen Regierung bei den jetzigen Bedingungen als das zweckmäßigste Mittel gutgeheißen worden sei, und daß Rußland, im Falle der Schah seine Einwilligung nicht geben wolle, jede weitere Unterstützung ablehne und die Verantwortung für das, was eintreten könne von sich weise. Das Mittel war eines von den stark wirkenden, und er gab selbstverständlich unverzüglich seine Einwilligung und die volle Aktionsfreiheit zur Verwirklichung.

Dem Projekt wurden folgende Punkte zugrunde gelegt:

1. Die angesehensten Mitglieder des Medschlis und die Minister sollen aus den Mitteln der Gesandtschaft und des Schahs bestochen werden, damit sie in den letzten Sitzungen eine Politik durchsetzen, die ihnen diktiert wird.

2. Durch Bestechung oder andere Mittel soll man sich bemühen, die bewaffneten Männer aus dem Medschlis, der Moschee und den nächstliegenden Gebäuden der Endschumens hervorzulocken.

3. Am vorhergehenden Tage oder früher sollen nach dem Medschlis und der Moschee Sapachsalar verkleidete Kosaken gesandt werden, die durch Schüsse in die Luft **Anlaß zu dem Bombardement geben** und dann alle dort **befindlichen Verteidiger niedermetzeln** sollen.

4. Nachdem alle Vorbereitungen vollendet, sollen an einem bestimmten Tage der Medschlis und die nächstliegenden Gebäude des Endschumens von den Kosaken der Brigade umzingelt und bombardiert und alle Widerstandleistenden niedergemetzelt werden.

5. Die Häuser der angesehenen Konstitutionalisten und Deputierten sollen nach dem Bombardement den **Truppen und dem Pöbel zur Plünderung ausgeliefert** werden.

6. Angesehene konstitutionelle Politiker, Deputierte und Parteigänger sollen unverzüglich verhaftet und je nach ihrer gesellschaftlichen Stellung und ihrem Posten **aufgehängt** oder **deportiert** werden.

7. Zur Beruhigung der Gemüter und für die Mächte (!) soll ein Manifest erlassen werden, daß der Medschlis angeblich zum zweiten Male einberufen werden würde.

Nachdem der Schah seine Zustimmung ausgesprochen hatte, drückte er den Wunsch aus, daß auch die persischen Truppen teilnehmen sollen, aber ich leistete ihm kategorischen und hartnäckigen Widerstand, da dies der günstigste Moment ist, wo die Brigade sich empordienen und eine ihr zukommende Stellung in dem persischen Staatsleben einnehmen kann, um auf diese Weise die Verwirklichung künftiger Ziele zu erleichtern.

Was meine unmittelbare Teilnahme und mein aktives Hervortreten am Tage des Bombardements betrifft, so war der Herr Gesandte persönlich dagegen, da er Einwendungen von seiten der Mächte befürchtete. Da ich aber die Befehle Eurer Exzellenz und den Umstand im Auge hatte, daß die persischen Offiziere, wie sehr sie auch Rußland ergeben sind, dennoch Perser bleiben und in der entscheidenden Minute durch irgend welche Sentimentalitäten die Sache verderben können, bestand ich auf meine persönliche Leitung . . .

In Erwartung Ihrer Befehle

Teheran, 12. Juni 1908. Oberst W. Ljachoff.

In dem Rapport Nr. 63 vom 15. Juni 1908 teilt Oberst Ljachoff seinem Vorgesetzten mit, welchen Enthusiasmus es bei seinen Offizieren hergerufen habe, als er ihnen die Mitteilung des Generalstabes verlas, der Zar habe auf das Telegramm, das ihm die Aktion der Kosakenbrigarde gegen den Medschlis mitteilte, eigenhändig die Worte geschrieben: **„Bravo, Kosaken, meinen Dank den braven Offizieren!"**

So steht also unumstößlich fest, daß der Chef des kaukasischen Militärbezirkes, Oberst Ljachoff und der Teheraner Gesandte, Herr v. Hartwig, den Plan der Vernichtung der persischen Konstitution in allen Details ausarbeiteten, und daß der Zar alle Scheußlichkeiten seiner Bravos mit Freuden begrüßte. Die englische Regierung, die von diesen Tatsachen Kenntnis erhielt, hielt es natürlich nicht für nötig, diese in dem parlamentarischen „Weißbuch", das als Muster der Objektivität und Wahrheitsliebe ausgegeben wird, auch nur mit einem Worte zu erwähnen. Denn der Zar und seine blutigen Handlanger betreiben in Persien ihre Politik, die Politik der Zerstückelung und Versklavung Persiens zu Nutz und Frommen auch der englischen Kolonialpolitik. . . .

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Dezember 1909

Klerikale Wahltaktik.

Wie wir schon meldeten, wurde für die Reichstagsersatzwahl in Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach, die am 15. Februar stattfindet, von den Christlichsozialen und dem Bunde der Landwirte gemeinsam der evangelische Pastor Hoemann als Kandidat aufgestellt. Die Zentrumspresse berichtet mit sichtlicher Freude über diese Kandidatur. Sie erwähnt, daß die Aufstellung „mit seltener Einmütigkeit" erfolgt sei, und spricht der Kandidatur schon jetzt „einige Tausend Stimmen" zu, obwohl diese beiden Parteigrüppchen bei der letzten Wahl gar keinen Kandidaten aufgestellt und früher nur etliche Dutzend Stimmen bekommen haben. Die Sonderkandidatur wird vom Zentrum deshalb begrüßt, weil es nun als ausgeschlossen gelten kann, daß der liberale Kandidat Dr. Falk mit dem Zentrumskandidaten Oberlandesgerichtsrat Marx in die Stichwahl kommt, da die auf Hoemann fallenden Stimmen den Liberalen verloren gehen. Das Zentrum taxiert aber so: Kommt der Jungliberale Falk gegen das Zentrum in die Stichwahl, so wird er gewählt, da die sozialdemokratischen Wähler geschlossen für ihn stimmen werden; kommt aber der sozialdemokratische Kandidat Dr. Erdmann in die Stichwahl, so siegt das Zentrum, weil die Liberalen nicht für den Sozialdemokraten stimmen.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Sonderkandidatur Hoemann ein Machwerk des Zentrums ist. Sind doch die Zentrumsparteiler, wie sich früher gezeigt hat, auf dem Gebiete der Wahltaktik zu allem fähig. Wir erinnern nur an die Reichstagswahl in Siegen-Biedenkopf, wo das Zentrum in einer Reihe von Dörfern die Parole ausgab, seine Leute sollten schon im ersten Wahlgang für den Christlichsozialen Behrens stimmen, damit dieser und nicht der Zentrumsmann in die Stichwahl käme. Denn wenn das Zentrum mit dem Nationalliberalen in die Stichwahl kam, mußte in dem protestantischen Kreise der letztere siegen, dagegen war der Christlichsoziale gegen den Liberalen aussichtsreich. So ist denn auch Herr Behrens bekanntlich in der Stichwahl gewählt worden.

Terrainspekulanten, Presse und Justiz.

Vor der Strafkammer Stuttgart spielte sich am Montag ein interessanter Prozeß ab. Der Katastergeometer Morlock von Zuffenhausen bei Stuttgart, früher Obmann des Bürgerausschusses (Stadtverordnetenvorsteher) in Zuffenhausen, neuerdings zum Gemeinderat gewählt, fühlte sich durch eine satirische Plauderei in einem Zuffenhausener Lokalblatt beleidigt. In dem Artikel waren Andeutungen über ausgedehnte und gewinnreiche Terrainspekulationen des Herrn Bürgerausschußobmanns und Katastergeometers enthalten. Die Justiz nahm sich selbstverständlich der beleidigten Staats- und Ordnungsstütze an: der Redakteur wurde vom Schöffengericht Ludwigsburg zu 25 M. Geldstrafe verurteilt. Der angebotene Wahrheitsbeweis wurde vom Gericht kurzerhand abgeschnitten. Dem Staatsanwalt genügten die 25 M. Geldstrafe nicht, der Mann von der Presse sollte tiefer hineingetunkt werden. Letzterer aber wollte sich den Wahrheitsbeweis nicht ohne weiteres abschneiden lassen. So kam die Sache vor die Strafkammer Stuttgart. Hier wurde dem Zeitungsmanne erlaubt, vor seiner Verurteilung seine Beweise vorzutragen. Und siehe da: Bewiesen wurde, daß der wackere Bürgerausschußobmann Morlock im Bunde mit dem damaligen Schultheißen (Bürgermeister) Schlechter und dem damaligen Gemeindepfleger (Kassenverwalter der Gemeinde) und heutigen Schultheißen Gutekunst eine „Grunderwerbsgesellschaft" gegründet hat, und dann haben diese drei höchsten Würdenträger der Gemeinde mindestens 300 000 M. Gewinn „verdient". Durch Strohmänner kaufte man vielfach den Bauern die Kartoffeläcker für einen Spottpreis ab. Herr Morlock, der Katastergeometer, fertigte nicht nur die Stadtbaupläne, sondern „begutachtete" sie auch gleich. Die Kartoffeläcker verwandelten sich dann in kurzer Frist zu wertvollen Bauplätzen.

Die Mehrheit der bürgerlichen Kollegien hat nun einen festbesoldeten Katastergeometer angestellt, und zwar mit zu dem Zweck, dem Herr Morlock die Terrainspekulation zu erschweren. — Selbstverständlich wurde der Zeitungsmann wieder verurteilt. Zwar Unrichtigkeiten habe sein Artikel nicht enthalten, aber die Form! Die Form! 25 Mark Geldstrafe! Dabei bleibt es. Die Kosten der Verhandlungen hat er zum größten Teil auch zu tragen.

Bemerkt mag noch werden, daß sich der Herr Morlock als bejammernswertes Opfer der Sozialdemokratie dem Gericht vorstellte. Nur weil er sich dem Joch dieser Partei nicht beugt, sei die „Hetze" gegen ihn und seine Geschäftspraxis losgegangen. Richtig ist, daß unsere Genossen in Zuffenhausen stets versucht haben, der Herrschaft des Herrn Morlock ein Ende zu machen. Leider mit negativem Erfolg. Der verurteilte Redakteur ist aber kein Sozialdemokrat, das von ihm geleitete Blatt neigte vielmehr zur konservativen Partei.

Triolen-Klatsch?

Wir berichteten kürzlich, das nationalliberale „Siegener Volksblatt" habe allerlei Andeutungen über eine Triolen-Affäre im christlichen Lager gemacht. Nach der „Staatsbürger Ztg." handelt es sich um Aufbauschung eines alten Klatsches. Sie schreibt:

„Wir erfahren dazu, daß anscheinend der einzige Kern der dunklen Andeutung des „Siegener Volksblattes" eine Behauptung ist, die Herr Lehrer Hendorf in Niederdieten über Herrn Sekretär Osterhr verbreitete und um derentwillen Herr Osterhr Herrn Lehrer Hendorf verklagt hat. Auch Redakteur O. Riedel vom „Siegener Volksblatt" wird sich wegen seiner Andeutungen vor Gericht verantworten müssen."

Zugleich veröffentlichen die Abgeordneten Dr. Burckhardt und Behrens in dem antisemitischen Blatte folgende Erklärungen:

„Godesberg. Was das „Siegener Volksblatt" bringt, ist Klatsch gegen Parteigenossen, den ich in Friedensdorf untersuchte. Ich werde Klage erheben. Dr. Burckhardt."

„Essen a. d. Ruhr. Um das „Siegener Volksblatt" wegen des hinterhältischen vergiftenden Angriffes zur klaren Feststellung zu zwingen, werde ich den Klageweg beschreiten. Behrens."

Arm und Reich in Württemberg.

Ein Einkommen von 500 M. jährlich wird in Württemberg bereits zur Einkommensteuer herangezogen. Das ist bitter für die Besteuerten, angenehm hingegen für den Statistiker, denn so lassen sich die Einkommensverhältnisse der verschiedenen Bevölkerungsschichten zahlenmäßig erfassen. Jetzt liegt die Statistik der württembergischen Einkommensteuer für 1908 vor, bearbeitet vom kgl. Steuerkollegium, publiziert in den „Württembergischen Jahrbüchern für Statistik und Landeskunde", herausgegeben vom kgl. statistischen Landesamt. Jahrgang 1909. Heft I. Württemberg zählt rund 2 300 000 Einwohner. Die Zahl der besteuerten Einzelpersonen ist 650 223 = 29 Proz. der Gesamteinwohnerschaft. Davon hatten zu versteuern ein Jahreseinkommen von 500—650 M., 131 173 Personen, ein Jahreseinkommen von 650—800 M. 91 148 Personen, ein Jahreseinkommen von 800—950 M. 76 602 Personen. Das sind von 650 223 Steuerzahlern 298 923 = 45 Proz., deren Einkommen 950 M. jährlich nicht übersteigt. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß kinderreiche Familien um 1 bis 2 Steuerstufen herabgesetzt werden können. Andererseits hat jedoch eine nicht geringe Anzahl Personen noch kein Jahreseinkommen von 500 M. und wird deshalb in der Statistik nicht geführt. Ein Einkommen von 950—1100 M. versteuerten 66 047 Personen. 364 907 Personen, also 56 Proz. aller Steuerzahler müssen mit einem Einkommen von 500 bis 1100 M. jährlich sich durchschlagen.

Nun die Kehrseite: Ein Einkommen von 50 000 M. und mehr bis über 2 Millionen Mark jährlich versteuerten 1311 Personen. Ihr steuerbares Einkommen bezifferte sich insgesamt auf 97 479 288 Mark. Ein Einkommen von 200 000 M. jährlich und mehr hatten 60 Personen zu verzehren, deren steuerbares Gesamteinkommen sich auf 24 031 004 M. bezifferte, pro Kopf also 400 516 M.

Ganz besonders scharf prägt sich der Gegensatz zwischen Arm und Reich naturgemäß in der Residenz Stuttgart aus. Ein Beispiel: 12 295 Personen versteuern ein Einkommen von 500 bis 650 M. jährlich. Ihr Gesamteinkommen beträgt im Höchstfall 7½ Millionen Mark, sehr wahrscheinlich aber weit weniger. Diesen 12 295 armen Teufeln stehen 21 Personen mit 9 723 555 Mark Gesamteinkommen gegenüber. Noch nicht zwei Dutzend Leute, deren Einkommen das der Zwölftausend noch um mindestens 2½ Millionen Mark übersteigt!

Weitere Maßregelungen in Kattowitz.

Nach einer Meldung des „Oberschlesischen Tageblattes" sind die Eisenbahnobersekretäre Taudera und Thomiak, die bei den Stadtverordnetenwahlen als Kandidaten auf der klerikal-polnischen Liste standen, in die Direktionsbezirke Köln bezw. Münster versetzt worden. — Offenbar wollen die beteiligten Ministerien ganze Arbeit machen, ehe die Interpellation im Reichstag verhandelt wird.

Geheimer Veterinärrat.

Um der Begierde nach schönen Titeln und Uniformen entgegenzukommen, beabsichtigt die Regierung, die stattliche Zahl der preußischen Geheimratstitel um einen neuen zu vermehren. Königliche Tierärzte, die auf eine langjährige und verdienstvolle Tätigkeit zurücksehen können, sollen zu deren Anerkennung den Charakter als „Geheime Veterinärräte" erhalten.

Sehr schön; aber recht viele Leute werden nicht wissen, was das Wort „Veterinär" bedeutet. Wäre es nicht einfacher, den schönen Titel „Geheimer Viehrat" zu prägen?

Oesterreich.

Die ungarische Krise.

Wien, 23. Dezember. Kaiser Franz Josef designierte den gewesenen Finanzminister Ladislaus Lukacs zum ungarischen Ministerpräsidenten und ermächtigte ihn, mit den politischen Parteien zum Zweck der Bildung eines neuen Kabinetts die Verbindungen zu pflegen. Lukacs reiste nachmittags von Wien nach Budapest ab.

Frankreich.

Der Kampf um den Proporz.

Paris, 21. Dezember. (Eig. Ber.) Ist die parlamentarische Demokratie in Frankreich wirklich der Verachtung anheimgefallen? Die „Action Française" und die „Guerre Sociale" wiederholen diese Behauptung mit solcher Ausdauer, daß manche Leute ihr wohl Glauben schenken mochten. Wer aber gestern in einer der beiden, vom Komitee für die Propaganda des Proporzes einberufenen Volksversammlungen die Tausende gesehen hat, die mit größter Aufmerksamkeit und mit rauschenden Kundgebungen des Beifalls den Erklärungen der Redner folgten, die die Bedeutung der Wahlreform für das politische Leben der Nation darlegten, wird wohl von Zweifeln an den Renommisereien der verschiedenen Antiparlamentarier erfaßt worden sein. Diese Versammlungen boten ein merkwürdiges Bild — durch die Teilnahme von Angehörigen aller Klassen und durch das Zusammenwirken von Rednern, deren manchem, wie z. B. dem polierten Akademiker Paul Deschanel dieses Milieu wenig vertraut sein mochte. Der Zusammenfluß und die Stimmung der Menge war so imponierend, daß die paar professionellen anarchistischen Versammlungssprenger, die nach der Salle Wagram, wo u. a. Deschanel und Jaurès sprachen, gekommen waren, bald verschwanden. — Zur gleichen Stunde hielten die Besitzstandspolitiker ihr Bankett ab. Etwa 160 Deputierte waren anwesend, unter ihnen die der geeinigten Partei angehörenden Basly, Lamendin und natürlich Breton. Der alte Combes sprach über die Notwendigkeit der Fortdauer des republikanischen Blocks, über die klerikale Gefahr und wie die Stücke des radikalen Leierkastens sonst heißen. Aber nicht einmal diese Gesellschaft wagte das Bezirkswahlrecht offen zu verteidigen und schützte Sympathien für die Listenwahl vor.

Belgien.

Die Sozialisten und der Königseid.

Brüssel, 22. Dezember. (Eig. Ber.) Der heutige „Peuple" veröffentlicht einen gemeinsamen Beschluß des Generalrats und der Parlamentarischen Fraktion der Arbeiterpartei, demzufolge die Fraktion an der feierlichen Kammersitzung teilnehmen wird, in der König Albert I. den Eid auf die Verfassung leisten wird. Das Parteiblatt betont, daß die Anwesenheit der Sozialisten bei der Eidesleistung nicht als eine Zustimmung gilt — die Proklamation des Generalrats bleibt der einmütige Ausdruck der Arbeiterpartei, die mehr als je der kapitalistischen Monarchie die soziale Republik entgegenstellt. Die Anwesenheit der sozialistischen Fraktion während der Eideszeremonie, sagt der „Peuple", soll verkünden, daß diejenigen, die von den Arbeitern ins Parlament geschickt worden sind, dort zu Hause sind und daß sie vor niemand zurückzuweichen haben.

Alberts Antrittsrede.

Brüssel, 23. Dezember. Der König leistete heute in der Kammer den Eid auf die Verfassung und hielt dann eine Rede des üblichen Zuschnitts, worin er seine beiden Vorgänger und das „Zivilisationswerk" am Kongo preist. Den Schluß bildeten ein paar allgemeine Redensarten über die Pflichten des Fürsten, der u. a. auch das Schicksal der Armen erleichtern, das intellektuelle und moralische Niveau heben und Unterricht und Erziehung erweitern helfen soll.

Nach Schluß der Sitzung kam es auf den Straßen zu den üblichen patriotischen Kundgebungen der guten Bürger, die in der Nähe des Palastes der Königsmutter programmwidrig unterbrochen wurden durch demonstrierende Sozialisten, die Hunderte von roten Flugblättern auswarfen, worin an das persönliche Regiment Leopold II. und sein Kongoverbrechen erinnert und die demokratische Republik verlangt wird. Die Sozialisten riefen dabei: „Es lebe die Republik!"

Italien.

Die Unterstützungen für Messina.

Rom, 23. Dezember. Das Zentral-Hilfskomitee für die Opfer der Erdbeben-Katastrophe in Sizilien und Calabrien veröffentlicht seinen endgültigen Rechenschaftsbericht. Hiernach betrugen die dem Komitee zugegangenen Gelder insgesamt 25 387 438 Lire, von denen bis zum 31. Oktober dieses Jahres 25 326 941 Lire verausgabt worden sind. Für die ersten dringenden Bedürfnisse wurden 4 197 744 Lire aufgewandt; die übrigen Summen wurden nach und nach als Unterstützung für Witwen, Waisen und Arbeitsunfähige, ferner zum Aufbau von Baracken, für Arbeitslöhne und anderes ausgegeben. Die Ausgaben für die Verwaltung und sonstigen Unkosten betrugen nur 69 615 Lire, da das Personal für seine Mühewaltung im Interesse der Wohltätigkeit keinerlei besondere Entschädigung beanspruchen wollte.

England.

Aus dem Wahlkampfe.

London, 22. Dezember. Der Präsident der Lokalverwaltung Burns hielt heute in Battersea eine Rede, in der er die in einem Londoner Blatte veröffentlichten Artikel des „Sozialisten" Blatchford verurteilte und ihn einen Unruhestifter nannte, der zu seiner eigenen Schande den Krieg mit Deutschland, das Englands friedlicher Nachbar sei, als unmittelbar bevorstehend hinstelle. Es sei mit allem Nachdruck zu verdammen, daß Blatchford in mutwilliger Weise mit einem gefährlichen Feuerbrand umgehe, den die Torypresse benutze, um ein Urteil anzurichten, wie es größer England oder irgend ein anderes Land niemals treffen könnte. (Beifall.) Die Regierung werde beschuldigt, daß sie die Flotte vernachlässige. England habe aber genug Kriegsschiffe, um seine Küsten unverletzt und unverletzbar gegenüber jedem Feinde, wer es auch sein möge, zu erhalten. Es sei Englands Aufgabe, mit Deutschland, das einer seiner vorzüglichsten Kunden sei, die besten Beziehungen zu unterhalten.

Schatzkanzler Lloyd George erklärte in einer Rede, die er heute in Slanelly hielt, den Versuch, Unfrieden zwischen Großbritannien und Deutschland zu stiften, für verbrecherisch. Diejenigen, die um eines zeitweiligen Parteivorteils willen einen solchen Versuch unternähmen, seien Verräter an ihrem eigenen Land und an der Menschheit.

Türkei.

Reaktionäre Umtriebe.

Konstantinopel, 19. Dezember. (Eig. Ber.) Die Ausschreitungen der Reaktionäre in Konstantinopel hören nicht auf. Neulich sind wieder einige Geistliche verhaftet worden, weil sie Flugblätter unter den Mohammedanern zu verbreiten versuchten, in denen diese aufgefordert wurden, sich gegen die neue Ordnung im osmanischen Reiche aufzulehnen. Außerdem dringen die Softas und in letzter Zeit auch verschiedene Frauen, als Agenten der Reaktion, trotz starker Bewachung in Kasernen ein, um unter den Soldaten ihre Ideen zu propagieren. Die Regierung findet gegen die Ränke dieser Feinde der Freiheit keine besseren Mittel als die der Agitation zugänglichen Militärabteilungen aus der Residenz ins Innere des Landes zu schicken.

Ueber diese Dinge habe ich neulich mit einem jungtürkischen Offizier eine Unterredung gehabt, der sich folgendermaßen geäußert hat: Die Lage in Konstantinopel sei ernst. Diese Stadt sei das Hauptquartier der Reaktionäre, weil hier sich die Massen befinden, unter denen die Reaktionäre ihre Anhänger rekrutieren. Es sei ja bekannt, daß ein ziemlich großer Teil der Residenzbewohner unter dem früheren Sultan als Beamte ohne Arbeit, oder mit Gehalt und besonders als Spitzel tätig waren. Jetzt aber müssen sie, wenn sie nicht Hungers sterben wollen, wirklich arbeiten; da sie aber nicht daran gewöhnt seien, so treten sie natürlich als erbitterte Feinde des neuen Regimes hervor. Vor der Provinz haben die Jungtürken fast keine Angst: es sei die Hauptstadt des Landes, die den Ton angebe. Deshalb haben die Jungtürken, wie auch die Reaktionäre, ihre besten Kräfte in Konstantinopel konzentriert. Es sei möglich, daß die Jungtürken nochmals gezwungen sein werden, sich mit den Reaktionären zu messen; aber diesmal werden die Verteidiger der Konstitution schonungslos sein.

Aus der Partei.

Zur Hofgänger-Affäre in Meiningen.

In einem Leitartikel des „Saalfelder Volksblatts" vom 21. Dezember äußert sich Genosse Artur Hofmann, Mitglied des meiningenschen Landtages, zur Sache. Oder vielmehr weniger zur Sache als gegen die frechen Kritiker, die sich erlauben, „außerhalb der meiningenschen Grenzpfähle" in meiningensche Angelegenheiten hineinzureden. Neues an Tatsachen, die unser Urteil ändern könnten, enthält der Artikel nicht — es fehlt sogar eine sehr wichtige Tatsache darin — dafür aber ist er reichlich geschmückt mit allerlei Kraftworten und -Wendungen, wie: „Prinzipienretter", „Uebergenossen", „politische Neurastheniker, die ihre einzige Aufgabe darin finden, die eigene Partei bei allen sich bietenden Gelegenheiten durch die Gosse zu ziehen" u. dergl. mehr. Wir nehmen diese gehäuften Liebenswürdigkeiten nicht weiter tragisch. Viel bedauerlicher ist es, daß an der Sache durch die Darstellung des Genossen Hofmann nichts gebessert wird, und besonders bedauerlich, wie Genosse Hofmann, um die Stellung der Landtagsfraktion verteidigen zu können, die Tatsachen frisiert. Er rechtfertigt mit einem großen Aufwand von Worten, daß der sozialdemokratische Vizepräsident sich verpflichtet hat, zum Herzog zu gehen, wenn dieser von ihm über Landesangelegenheiten politische Information wünscht. Hofmann ruft dadurch bei seinen Lesern den Eindruck hervor, als hätte sich die Kritik gegen diese Verpflichtung gewendet, was bekanntlich nicht der Fall. Zum Ausgleich unterläßt es Hofmann gänzlich, die Verpflichtung des Vizepräsidenten zur Vorstellung beim Herzog und dem Erbprinzen zu erwähnen. Gerade diese Verpflichtung aber war es, an der die Kritik geübt worden. Da Genosse Hofmann zur Verteidigung dieser Verpflichtung nichts zu sagen hat, so erübrigt sich für uns weiteres Eingehen auf den Artikel.

Warnung!

Ein sich als österreichischer Genosse ausgebender Journalist P. Reimann sucht von den Parteiorganisationen Unterstützung zu erlangen. Er gibt an, er sei vor zwei Jahren wegen Aufruhrs und Majestätsbeleidigung aus Oesterreich geflohen, jetzt aber begnadigt worden. Er will aber nicht in seine Heimat zurückkehren, sondern in Deutschland bleiben. Zuletzt gibt er an, sei er 1½ Jahr in London gewesen; er zeigt drei Legitimationskarten, die sehr mangelhaft sind, vom Kommunistischen Arbeiterverein London vor. Oesterreichische Parteilegitimationen kann er nicht aufweisen. Als Legitimation führt er einen Unterstützungsausweis vom Sozialdemokratischen Verein München mit 5 M., Fürth 2 M., Karlsbad 2 Kr. bei sich. Auf Kreuzfragen verwickelte er sich derart in Widersprüche, daß er abgewiesen wurde. Betreffender Reimann ist mittlerer Statur, trägt Brille und kurz gestutzten Schnurrbart. Die Organisationen werden vor Reimann gewarnt.

Sozialdemokratischer Verein Dresden-A.
Max Richter, Kassierer.

Eine neue sozialistische Zeitschrift in Dänemark. Die sozialdemokratische Partei Dänemarks will zu Anfang des neuen Jahres eine neue wissenschaftliche Zeitschrift herausgeben. Daß das Verlangen der Arbeiter nach Aufklärung und wissenschaftlicher Bildung groß ist, zeigt deutlich die außergewöhnlich rege Anteilnahme an dem Unternehmen; die vorgesehene Auflage von 10 000 ist für ein Land von zirka 3 Millionen Einwohner sehr hoch. Da schon 7000 Abonnenten vorhanden sind, ist die geplante Auflage wahrscheinlich noch zu niedrig. Die erste Nummer wird eine populär-historische Abhandlung des Genossen Dr. Gustav Bang, betitelt: Die Durchbruchszeiten in der Geschichte Europas; Durchbruch des Christentums, die Reformationszeit und die französische Revolution usw. enthalten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonto der Arbeiterbewegung.

Gegen Genossen, die in den Reihen der modernen Arbeiterbewegung kämpfen, wurde von deutschen Gerichten an Strafen erkannt im Monat

Juli 1909 .	8 Monate 5 Wochen Gefängnis,	1810 M. Geldstrafe,
August . .	3 Wochen 14 Tage Gefängnis,	464 „ „
September	5 Monate 5 Wochen Gefängnis,	1785 „ „
Oktober . .	1 Jahr Zuchthaus, 5 Monate 3 Wochen 1 Tag Gefängnis,	2000 „ „
November .	11 Monate 2 Wochen Gefängnis,	8085 „ „

Soziales.

(Siehe auch 1. Beilage).

Ungesetzliche Uebergriffe der Handwerkskammer.

Der seit zwei Jahren in der photochemigraphischen Abteilung der beklagten Firma Wilhelm Greve, Graphische Kunstanstalt, Ritterstraße 50, beschäftigt gewesene Lehrling E. klagte gestern im Beistand seines Vaters auf Fortsetzung des Lehrverhältnisses. Die Firma hatte den Lehrvertrag auf einem alten, von der Handwerkskammer herausgegebenen Formular geschlossen. Der Anmeldung bei der Handwerkskammer erwuchsen hierdurch Schwierigkeiten. Denn diese forderte, daß der Vertrag auf den neuen Formularen ausgefertigt werde. Der Kläger und dessen Vater weigerten sich aber, den neuausgefertigten Vertrag zu unterschreiben, weil das neue Formular zwei Bestimmungen enthält, die das alte Formular nicht aufweist und Kläger aus denselben Nachteile befürchtet. Es wird darin verlangt, daß der Kläger bezw. dessen Vater für böswillig oder durch grobes Verschulden verursachten Schaden haften und sich der Prüfung bei der Handwerkskammer unterziehen soll. Die beklagte Firma berichtete der Handwerkskammer von der Weigerung und ersuchte um weitere Auskunft, was sie in diesem Falle tun solle. Die Handwerkskammer verlangte aber trotzdem, daß unbedingt das vorschriftsmäßige Formular benutzt werde oder die Entlassung des Lehrlings zu erfolgen habe. Da die Beklagte das erstere nicht erreichen konnte, tat sie das letztere. Die Kammer 8 des Gewerbegerichts legte dar, daß die Handwerkskammer über ihre Befugnisse hinausgegangen ist und gab der Klage statt. Der Betrieb der Beklagten sei ein Fabrikbetrieb mit weitgehender Arbeitsteilung, in dem mehr als 200 Arbeiter beschäftigt werden, und unterstehe nicht der Handwerkskammer. Ueberdies entspricht der Vertrag durchaus den gesetzlichen Vorschriften und es kann die Aufhebung desselben nicht lediglich deshalb von der Handwerkskammer verlangt werden, weil lediglich ein altes Formular benutzt worden ist.

Das Verlangen der Handwerkskammer, den Vertrag aufzuheben, stellt das Verlangen eines Vertragsbruches dar. Die Geschäftsführer derselben Handelskammer stimmen aber so gern in die völlig unberechtigten Klagen über Neigungen von Arbeitern zum Vertragsbruch ein.

Eine nicht mitgeteilte Entlassung ist keine Entlassung.

Der Kutscher K. war bei der Firma F. C. Kullak, Kommanditgesellschaft, beschäftigt. Er erkrankte am 17. November auf einige Tage. Da er nach seiner Gesundung nicht mehr beschäftigt worden ist, klagte er auf Zahlung einer Entschädigung von 54 Mk. — den Lohn für 14 Tage —, weil ihm die Papiere nicht rechtzeitig behändigt worden sind. Von der Beklagten wurde eingewendet, Kläger sei mit Kündigungsausschluß beschäftigt worden, mit seiner Erkrankung sei das Arbeitsverhältnis als gelöst zu betrachten. Seiner Frau, die den restlichen Lohn abforderte, seien auch die Papiere angeboten, die Annahme von ihr aber verweigert worden. Die Ehefrau des Klägers bestritt dies als Zeugin. Ihr sei vielmehr gesagt worden, ihr Mann möge zusehen, daß er bald wiederkomme. Auf Befragen gibt der Vertreter der Beklagten zu, daß dem Kläger darüber, daß das Arbeitsverhältnis gelöst sei, nichts mitgeteilt worden ist. Eine briefliche Mitteilung wäre Arbeitern gegenüber nicht üblich. Das Gewerbegericht unter Vorsitz des Magistratsassessors Schultz verurteilte darauf dem Gesetz entsprechend die Beklagte zur Zahlung. Es hätte dem Kläger mitgeteilt werden müssen, daß er entlassen sei. Keineswegs hört ohne weiteres infolge einer Erkrankung das Arbeitsverhältnis auf.

Notstandsarbeiten und Steuerfiskus.

Die Bielefelder „Volkswacht" berichtet von zwei unerhörten Fällen der Ausbeutung Arbeitsloser durch die Stadt Herford.

In Herford meldete sich als Notstandsarbeiter der Arbeiter A. und arbeitete volle 6 Tage. Anstatt nun am Sonnabend auch für die 6 Tage seiner Tätigkeit den Lohn zu bekommen, erhielt er die Mitteilung, daß der Freitag und Sonnabend stehen bleiben, und er nur für 4 Tage Lohn erhalte. Doch die Hoffnung, daß es ja nächste Woche besser geht, verleiht ihm neue Kraft, und so werden wieder 6 Tage gearbeitet. Da der Tag nur mit acht Stunden berechnet wird, ist die Auszahlung von 12 M. zu erwarten. Doch der Mensch denkt und der Steuerfiskus lenkt. Dem Arbeiter werden für rückständige Steuerbeträge 7,75 M. in Abzug gebracht und 2,80 M. ausgezahlt.

Noch toller erging es dem Arbeiter B., einem Vater von 6 Kindern. Dieser hatte einen Lohn von 11,50 M. zu erwarten. Ihm wurden für rückständige Steuern 10,40 M. zurückbehalten und 36 Pfennige ausbezahlt. Auf seine eindringlichen Bitten hin verfügte der Stadtkämmerer die Auszahlung von 6,60 M.

Die Pfändung des Lohnes ist noch himmelschreiender als die Niedrigkeit des Lohnes für Arbeitslose. Läßt der Kämmerer vielleicht auch Armenunterstützungen wegen Lohnrückstandes mit Beschlag belegen? Den Lohn Arbeitsloser mit Beschlag legen lassen, ist eine neue Art Robot- und Zwangsarbeit zur Auffüllung einer notleidenden Stadtkasse. Von wo der Stadtkämmerer herstammt, ob etwa aus Ostelbien, ist uns nicht bekannt. Wer in dieser Weise, noch dazu 8 Tage vor Weihnachten, Sanktum Bureaukratium arbeitet und kältesten Herzens für ihn wirkt, kann schon von dort stammen.

Die Arbeitslosennot

der Stadt Braunschweig hat noch immer einen erheblichen Umfang. Das Gewerkschaftskartell stellte am 27. November bei 17 Gewerkschaften über 500 Arbeitslose fest. Infolgedessen hat das Gewerkschaftskartell in Gemeinschaft mit den Gewerkschaftsvorständen beim Magistrat Anträge auf Inangriffnahme von Notstandsarbeiten und Arbeitslosenunterstützung gestellt.

IX. Internationaler Kongreß für kaufmännisches Bildungswesen.

Der Zeitpunkt dieses mit Unterstützung des österreichischen Unterrichts- und des Handelsministeriums in Wien stattfindenden Kongresses ist auf den 11. bis 15. September 1910 festgesetzt. Das Komitee mit dem Sitz im Unterrichtsministerium (Wien, I, Minoritenplatz 5) beschäftigt sich bereits mit der Versendung der Einladungen. Die ausländischen Regierungen sind offiziell zur Entsendung von Delegierten eingeladen worden.

Staatliche Arbeitslosenunterstützung nach dem Gent-Berner System in der Schweiz.

Der Kanton Basel folgt nun mit der staatlichen Arbeitslosenunterstützung dem Kanton Genf auf dem Fuße nach, nachdem schon seit einiger Zeit im Schoße des Großen Rates zwei bezügliche Gesetzentwürfe der Regierung gelegen, die er nun in seiner letzten Sitzung durch einstimmige Annahme definitiv erledigt hat. Der eine Gesetzentwurf betraf die Errichtung einer staatlichen Arbeitslosenkasse für die gewerkschaftlich unorganisierten Arbeiter, der andere die staatliche Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung. Aus Zweckmäßigkeitsgründen wurde nun beschlossen, beide Vorlagen in einem Gesetze zu vereinigen, das nun versuchsweise für die Dauer von drei Jahren gelten soll, um dann je nach den gemachten Erfahrungen die Einrichtung zu einer dauernden zu machen oder wieder aufzuheben. Der Jahreskredit wurde von 30 000 Frank auf 35 000 Frank erhöht. Eine Verschlechterung wurde beschlossen in Sachen der Unterstützung ausgesperrter Arbeiter, die nun nach dem Gesetz nur erfolgen soll, wenn der Aussperrung nicht Streik oder Sperre vorangegangen ist, was bekanntlich in den meisten oder allen Fällen vorzukommen pflegt, so daß die Unterstützung ausgesperrter Arbeiter mit staatlicher Beihilfe sehr selten oder nicht vorkommen dürfte. Abgelehnt wurden Anträge betreffend Ausschluß der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise und obligatorische Eintragung der Gewerkschaften ins Handelsregister. Wie sich die Verbindung der beiden Systeme — des Genfer und des Berner — in einem Gesetze in der Praxis machen und wie sie namentlich auf die Weiterentwickelung der Gewerkschaften wirken wird, darauf darf man bei diesem Experiment in der Tat gespannt sein. Das ganze Projekt ist die Arbeit unseres Genossen Regierungsrat Wullschleger, also wie alle Gesetze zugunsten der Arbeiterklasse — positive sozialdemokratische Arbeit.

Gewerkschaftliches.

Zur Naturgeschichte des Unternehmer-Terrors.

Das Gewerkschaftskartell in Mannheim hat der badischen Zweiten Kammer der Landstände eine Petition übermittelt, in der gegen die Geschäftspraxis des Industriellen-Arbeitsnachweises zu Mannheim Einspruch eingelegt und gefordert wird:

1. Einrichtung paritätisch verwalteter Arbeitsnachweise in allen Gemeinden;
2. Verbot des Industrie-Arbeitsnachweises in Mannheim;
3. Verbot von Neugründungen einseitiger Interessenten-Arbeitsnachweise.

Auf Veranlassung der Regierung werden seitens des Bezirksamtes Erhebungen über die in der Oeffentlichkeit gegen den „Arbeitsnachweis der Industriellen" erhobenen Vorwürfe wegen Aussperrung mißliebiger Arbeiter veranstaltet. Es ist bereits der Arbeitersekretär, Genosse Böttcher, sehr eingehend vernommen worden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß alle erhobenen Anschuldigungen erwiesen werden. Die badische Regierung wird dann in die Lage versetzt sein, dem Bundesrat eine Fülle von Material für ein gesetzgeberisches Einschreiten gegen die in der Dunkelkammer der Unternehmer geübten Praktiken vorzulegen. Herr Delbrück, der bei der Verhandlung im Reichstag behauptete, von den geschilderten Mißständen nichts zu wissen, wird dann Gelegenheit haben, sein Wissen zu bereichern.

Auch der Staatsanwalt führt seit 14 Tagen eine Untersuchung, seine Ermittelungen sollen aber nicht genügendes Material zu einem strafrechtlichen Einschreiten ergeben haben.

Nach Veröffentlichung der Broschüre über den Arbeitsnachweis der Industriellen wurde der „Mannheimer Volksstimme" verschiedenes Material zugeschickt. Darunter befand sich die Mitgliederliste, Ausführungsbestimmungen zum Organisationsstatut hinsichtlich des Verhaltens der Unternehmer bei Streiks und Arbeitersperren nach Abschluß des Streiks, ferner einige Geheimzirkulare, in denen mit leeren Redensarten die aus den Geheimakten gemachten Angaben als falsch bezeichnet werden. Die „Volksstimme" richtete scharfe Angriffe gegen die Unternehmer, dabei auf die vorjährigen Ehrenerklärungen verweisend, die anläßlich des Streiks auf dem Strebelwerk gemacht wurden, denen zufolge solche Dinge, wie sie jetzt nachgewiesen sind, nicht vorgekommen seien.

Den städtischen Kollegien Mannheims liegt zurzeit ein sozialdemokratischer Antrag auf Einführung einer Arbeitslosenversicherung vor. Dieser Antrag kam in einer am 14. Dezember stattgefundenen Bürgerausschußsitzung zur Beratung, bei welcher Gelegenheit die Skandalgeschichte des industriellen Arbeitsnachweises zu einer Auseinandersetzung mit den Großindustriellen führte. Der Vorsitzende des Arbeitsnachweises, der Großindustrielle Engelhorn gab zu, daß die über den Arbeitsnachweis veröffentlichten Buchauszüge „einem früheren im Bureau des Arbeitsnachweises geführten Buch entnommen seien, welches länger als Jahresfrist nicht mehr im Gebrauch sei". Engelhorn führte weiterhin aus:

„In diesem Buche wurden die Namen derjenigen Arbeiter eingetragen, die irgend eine Firma nicht mehr zugewiesen haben wollte; . . . nebenbei wurde auch der Grund dafür angegeben. Einzelnen dieser Eintragungen wurde noch die Bezeichnung Z. K. hinzugefügt. Dieses Zeichen sowohl wie alle anderen in dem Buche angeführten Bemerkungen hatten, wie festgestellt worden ist, für die betreffenden Arbeiter keine weiteren Konsequenzen."

Demgegenüber steht aber fest, daß viele Vertrauensleute der Gewerkschaften tatsächlich Monate hindurch nirgends in Arbeit genommen wurden und daß diese jetzt zugegebenen Tatsachen vor Jahresfrist noch bestritten wurden. Engelhorn gab schließlich auch zu, daß eine Liste für die Arbeiter, die einer bestimmten Firma nicht mehr zugewiesen werden dürften, heute noch existiere, doch sei diese Liste jetzt anders angelegt, weshalb Beschwerden hiergegen nicht mehr kommen könnten. Die „Volksstimme" war daraufhin in der Lage, mitzuteilen, daß nach Bekanntwerden der Schandtaten die neue Liste in Gewahrsam gebracht worden sei, um sie der gerichtlichen Nachprüfung zu entziehen. Selbst die einlaufende Korrespondenz gehe jetzt nicht mehr zu Händen der Beamten im Arbeitsnachweis; der Syndikus Dr. Moebius sortiere diese erst.

Die „Volksstimme" hat verlangt, daß gegen sie durch ein Strafverfahren vorgegangen werden soll.

Berlin und Umgegend.

Den Tarifentwurf der Bauunternehmer

besprach Genosse Silberschmidt am Mittwoch in einer Versammlung des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter. Nach einer Skizzierung der Entwickelung im Wirtschaftsleben und in der Arbeiterorganisation führte der Redner aus: In den Kämpfen der jüngsten Vergangenheit haben sich die Organisationen der baugewerblichen Arbeiter die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung errungen und sind zum Abschluß von Tarifverträgen gekommen, in denen die beiderseitigen Rechte festgelegt werden. Der Entwurf, den die Unternehmer jetzt vorgelegt haben, sei kein freier Arbeitsvertrag, sondern ein Versuch, die Arbeiter zu knebeln. Der Entwurf sei nicht vom sozialen Empfinden, sondern von dem Gedanken erfüllt, daß der Unternehmer der Herr sei, der nicht nur über die Arbeitskraft, sondern auch über die Person des Arbeiters zu verfügen habe. Der schnöde Eigennutz der Unternehmer trete aus allen Paragraphen des Entwurfs hervor. Die Unternehmer maßen sich die Befugnis an, über die Organisation der Arbeiter mitzubestimmen und in sie einzugreifen. Das Verbot der Agitation in den Arbeitspausen sei ein Eingriff nicht nur in die Meinungsfreiheit der Arbeiter, sondern auch eine Verletzung ihrer staatsbürgerlichen Rechte. Nach der Absicht der Unternehmer sollen die Arbeiter selbst bei den tariflichen Festsetzungen ausgeschaltet und der Tarifabschluß in Zukunft Sache der Zentralinstanzen sein. Gegen die Interessen der Arbeiter verstoße auch das Verlangen, daß die Arbeitszeit nicht unter 10 Stunden verkürzt werden darf, wo sie zurzeit noch länger ist. Da im Laufe der letzten 20 Jahre die Arbeitsleistung um etwa das doppelte gestiegen sei, so sei eine Verkürzung der Arbeitszeit notwendig und berechtigt. Die schlimmste Zumutung, die den Arbeitern gestellt werde, sei die, daß sie den einseitigen Arbeitsnachweis der Unternehmer anerkennen und ausschließlich benutzen sollen. Diesen Arbeitsnachweis, der nichts anderes sei als ein Bureau zur Maßregelung der Arbeiter, die sich durch die Vertretung ihrer Interessen bei den Unternehmern mißliebig gemacht haben. — Die Aufgabe der Arbeiterorganisation sei es, den Angriff der Unternehmer auf ihre Grundrechte ganz entschieden zurückzuweisen. Es handele sich darum, ob die im bisherigen Vertrage niedergelegten Grundrechte bestehen bleiben sollen oder nicht und ob der Tarif in Zukunft noch ein Ausdruck sozialer Notwendigkeiten oder ein Instrument zur Knebelung der Arbeiter sein solle. Angesichts dieser Frage sei es möglich, daß im kommenden Frühjahr ein Kampf entbrennen werde, wie ihn das Baugewerbe noch nie gesehen habe. Für diesen Kampf, der von allen Arbeitern die größten Opfer in persönlicher und sachlicher Hinsicht fordern werde, müßten sich die Organisationen der Arbeiter rüsten. — Der Vortrag, der keine Diskussion hervorrief, fand lebhaften Beifall.

Die Versammlung vollzog die Wahl eines Ausschußmitgliedes, die auf Krause fiel.

Deutsches Reich.

Ein Jubiläum des Malerverbandes.

Zu den Gewerkschaftsorganisationen, die noch unter dem Sozialistengesetz errichtet wurden, zählt auch der Verband der Maler, der diese Tage auf sein 25jähriges Jubiläum zurückblicken kann. Die ersten Keime, die zur Gründung einer Organisation für das Malergewerbe auf zentraler Grundlage geführt haben, reichen bis zum Jahre 1868 zurück. Ueber die Wirksamkeit jedoch dieses ersten Organisationsversuchs, aus dem sich nach dem Berliner Arbeiterkongreß (26. September 1868) die „Allgemeine deutsche Arbeiterschaft der Maler, Lackierer und Vergolder", mit dem Sitz in Hamburg errichtete, ist näheres nicht bekannt geworden. Erst in den 70er Jahren schlug der Organisationsgedanke neue Wurzeln, und in einer Anzahl von Städten traten Fachvereine ins Leben. Hauptsächlich von Berlin aus wurde die Propaganda zur Gründung eines Zentralverbandes für alle deutschen Malergehilfen entfaltet. Am 21. und 22. Mai 1877 tagte in Leipzig ein Kongreß, der von Delegierten aus 12 Städten besucht war, und auf dem die Gründung des Verbandes mit dem Sitz in Leipzig beschlossen wurde.

Die junge Organisation machte gute Fortschritte. Vom 1. April 1878 ab erschien das erste Verbandsorgan: „Die Mappe". Doch nicht allzulange sollte diese gedeihliche Fortentwickelung dauern: die polizeilichen Drangsalierungen begannen. Bereits am 29. Juni 1878 wurde der Dresdener Zweigverein von der Polizei aufgelöst, weil sich der Verband „mit öffentlichen Angelegenheiten" befasse. Am 12. November 1878 wurde der Verband auf Grund des § 6 des Sozialistengesetzes aufgelöst. Nach der Auflösung fanden sich Berufsgenossen in verschiedenen Städten wieder in lokalen Fachvereinen zusammen.

Im Jahre 1883 richtete der Fachverein der Hamburger Maler- und Lackierergehilfen an die übrigen deutschen Berufsgenossen einen Aufruf zwecks Gründung eines neuen Verbandes. Der Aufruf hatte Erfolg; am 26. Dezember 1884 fanden sich in Dresden 15 Delegierte ein, die beschlossen, einen neuen Zentralverband ins Leben zu rufen mit dem Sitz in Hamburg. Der Verband nahm am 1. April 1885 seine Tätigkeit auf. Da das Statut in bezug auf die Errichtung der Reiseunterstützungskasse nicht dem preußischen Versicherungsgesetz vom 15. Juni 1852 entsprochen haben soll, verfielen die Gauvereine Frankfurt a. M. und Elberfeld der Auflösung, weil für die fixierten Beiträge keine bestimmte Gegenleistung garantiert sei; Verbände mit solchen Versicherungszwecken wurden der behördlichen Beaufsichtigung unterstellt. Darauf beschloß eine Generalversammlung, daß die Unterstützungen freiwillige seien. Vom Januar 1886 ab bis Ende Dezember erschien als Fachorgan das „Maler-Vereins-Blatt"; ihm folgte im größeren Format 1887 der „Correspondent", der bis 15. September 1888 in Hamburg erschien. Nachdem auf Grund des § 11 des Sozialistengesetzes die Nr. 14 und 18 verboten waren, erfolgte am 19. September 1888 das gänzliche Verbot des Organs. An seine Stelle trat der „Vereinsanzeiger".

Während in den Jahren 1892 bis 1895 infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Lage im Malergewerbe im Verhältnis nur wenige Lohnkämpfe ausbrachen, steigt von da ab die Zahl der Lohnbewegungen und Lohnkämpfe kräftig empor, und der Fortschritt der Organisation nimmt ein erfreuliches Tempo an. Im Jahre 1883 schon 714 Mitglieder, stieg diese Zahl bis zum Jahre 1908 auf 39 485. Von 1885—1909 mußten zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, ohne die partiellen Streiks, 694 Lohnkämpfe geführt werden. Weit über 1½ Millionen Mark Gesamtkosten wurden für diese Kämpfe von der Organisation geleistet. Erfreulich ist dafür auch das Resultat, daß dadurch Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen erzielt wurden. Dazu kommen aber noch viele andere Verbesserungen, nicht der Leistungen des Verbandes selbst zu vergessen: Kranken-, Sterbe-, Reise- und Gemaßregeltenunterstützung usw.

So sind 25 Jahre mühevoller Arbeit ins Land gezogen, seitdem der deutsche Malerverband aus den bescheidensten Anfängen heraus sich entwickelt hat. Schwere Opfer mußten während dieser Entwickelungsepoche gebracht und hartnäckige Kämpfe mit den Unternehmern um jegliche geringste Verbesserung geführt werden. Aber es ging vorwärts trotz aller Anfeindungen und trotz der Gegenmaßnahmen eines rückständigen Arbeitgebertums. Die Opfer wurden nicht umsonst gebracht. Mögen diese Lehren allen Verbandsmitgliedern ein erneuter Ansporn sein, mit allen Kräften für die weitere Stärkung der Organisation einzutreten und dem Verbande auch fernerhin die Treue zu bewahren. Mit dieser frohen Zuversicht begrüßen auch wir den Jubiläumstag des Malerverbandes.

Vom Elend des modernen Sklaventums.

Daß trotz aller Warnungen und wirtschaftlicher Krise der Import ausländischer Arbeitskräfte nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet ungestört weiter blüht, zeigen die fortwährenden Bahnzufuhren dieser wohlfeilen Menschenware. Welchem Elend die Leute sich oftmals ausliefern, davon haben sie natürlich keine Ahnung. Haben sie glücklich den beschwerlichen Transport aus irgend einem entfernten Erdenwinkel unter Not und Entbehrung überstanden, und sie meinen dann, nun könne die Arbeit losgehen, und der versprochene Goldregen ihnen zufallen, dann sehen sie sich oft schwer getäuscht, denn die Annahmebedingungen werden bekanntlich erst an Ort und Stelle von den Handlangern der Grubenmagnaten diktiert. Ein Entrinnen gibt es ja dann nicht mehr. Aber auch selbst die bedingungslose Auslieferung an das Grubenkapital sichert den armen Teufeln, die meist mit Sack und Pack erscheinen, noch lange nicht die Gewißheit, daß sie auch wirklich Arbeit erhalten. So erging es am 16. dieses Monats einem Trupp, der mit Kind und Kegel aus Ungarn gekommen und von einem gewissen Hellersberg für die Thyssenschen deutschen Kaiserschächte angeworben war. Die Leute müssen vor der Einstellung erst eine sogenannte „Wurmkur" durchmachen, und hierbei stellte sich dann heraus, daß von 20 Angeboten gerade ein einziger für gesund befunden wurde, während 19 wurmkrank waren! Selbstredend gerieten nun die Leute in die größte Not, da sie nicht eingestellt werden konnten, aber auch kein Geld hatten, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Durch Vermittelung der Polizei erhielten sie zwar noch Mittagessen in der Thyssenschen Menage, aber dann standen sie des Nachmittags frierend, jammernd und fluchend vor dem Wohnungsbureau umher, das wenige Gepäck und die Familienangehörigen dabei. Einer dieser Aermsten hatte nicht weniger als sieben Kinder bei sich. Frauen und Kinder natürlich in Lumpen eingewickelt. Schließlich gegen 6 Uhr abends kam dann der Transportwagen, die beklagenswerten Menschenkinder wurden verladen und zurück ging es wieder nach Ungarn. Wie die Leute mitteilten, soll noch ein anderer Trupp von 50 Familien an der Grenze zur Abfahrt bereit liegen und ein weiterer Trupp soll über Wien kommen. Wie wird es diesen ergehen? Werden sie ebenso enttäuscht zurückbefördert werden müssen? Der Arbeitsnachweis der Zechengewaltigen tritt ab 1. Januar in Kraft, die Kohlenläger sind überfüllt. Das Elend unter der Bergarbeiterbevölkerung wird mit jedem Tage größer. Und dennoch ziehen die Grubenmagnaten waggonweise Arbeitskräfte aus den rückständigsten Gegenden Europas ins Ruhrgebiet hinein! Wie lange soll das noch gut gehen! Ist es nicht vollkommen gerechtfertigt, wenn die Bergarbeiter der Ansicht sind, die Grubenkönige provozieren den Streik? Die Zeit muß kommen, wo den Massen der Geduldsfaden reißt. Mögen dann aber auch jene Leute sich nicht um die Verantwortung für all das Kommende herumdrücken, die die Bergarbeiter ins Elend hinein jagen.

Ausland.

Die Kapitäne und Offiziere der Seeschiffahrtsgesellschaft „Dalmatia" beschlossen, wie aus Triest gemeldet wird, falls bis zum 29. d. M. ihre der Direktion bereits seit längerer Zeit unterbreiteten Forderungen nicht bewilligt werden, den Dienst einzustellen.

Ein Streik norwegischer Hafenarbeiter.

Am Dienstag haben die Hafenarbeiter von Stavanger die Arbeit eingestellt, nachdem die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifvertrags scheiterten. Die Dampfschiffsexpediteure suchen Kontoristen und dergleichen Leute als Streikbrecher zu verwenden, haben aber damit wenig Erfolg. Es gelingt ihnen nicht einmal, die Güter an Bord zu schaffen, die noch zum Weihnachtsfest gebraucht werden.

Im Stich gelassen.

Man schreibt uns aus New York:

Es hatte den Anschein, als ob wir vor dem größten Eisenbahner-Streik ständen, der je in Amerika vorgekommen, den Chicagoer von 1894 eingeschlossen. Die zur Federation of Labor gehörenden Weichensteller an den großen Nordwestern-Bahnen und deren Zweiglinien, von Minneapolis-St. Paul bis zur Pacificküste, sind neulich für Lohnerhöhung an den Strike gegangen und es ging das Gerücht, daß zu ihrer Unterstützung alle anderen zur Federation gehörenden Eisenbahnerorganisationen an „Sympathie"-Streiks gehen würden. Es sind dies die Verbände der Frachtverlader, Wagenbauer, Bahn-Telegraphisten, Eisenbahn-Bauschreiner, Maschinenschlosser, Kesselschmiede und Former. Daß dagegen die Eisenbahner-„Bruderschaften" (Maschinisten, Kondukteure, Bremser, Trainmen und Weichensteller) altem Gebrauch gemäß eine solche Haltung nicht einnehmen, sondern „neutral" bleiben würden unter Vorwand der mit den Eisenbahn-Gesellschaften separat abgeschlossenen „Kontrakte", war von vornherein als sicher anzunehmen. Es verlautet zwar, daß die Bruderschaft der Trainmen — Zugangestellten — dies beabsichtige, aber deren „Großmeister" stellte dies entschieden in Abrede; tat auch noch ein Uebriges, indem er an Taft telegraphierte, daß nichts an dem Gerücht von einem Generalstreik der Eisenbahner-Bruderschaften sei. (Dieser „Arbeiterführer" spekuliert augenscheinlich auf ein Pöstchen an der Bundeskrippe!) Die Verbandsweichensteller können noch froh sein, wenn jene nicht an ihnen „scaben". — Seitdem verlautet aber auch nichts mehr von dem seitens der Federation of Labor projektierten Generalstreik, und wenn auch bisher der Eisenbahnverkehr, besonders derjenige von Frachtzügen, in umfassender Weise brachgelegt ist (in den oben genannten Städten, den Zentren der Mehlproduktion, mußten wegen Mangel an Zufuhr von Getreide alle Mühlen bis auf zwei den Betrieb einstellen), so scheint doch der Zustrom von „Streikbrechern" so stark zu sein, daß ein Sieg der Streiker nicht zu erhoffen ist.

Versammlungen.

In der letzten Versammlung des Zentralverbandes der Dachdecker hielt Genosse Hanauer einen Vortrag über „Ziele der Menschheit", welcher beifällig aufgenommen wurde und Anregung zu einer lebhaften Diskussion gab. Dann behandelte die Versammlung mehrere Ausschlußanträge. Görnitz gab darauf bekannt, daß in einer Sitzung mit den Arbeitgebern nun endgültig das Kuratorium zum paritätischen Arbeitsnachweis gebildet wurde und zwar aus 4 Arbeitgebern (2 von der Innung, 1 vom Arbeitgeberverband und 1 von der freien Vereinigung) und 4 Arbeitnehmern (2 vom Verband, 1 vom Gesellenausschuß und 1 von der christlichen Organisation), dazu deren Stellvertreter. Die Arbeitsvermittlung ist kostenlos und beginnt am 1. Januar 1910. Die Geschäftsordnung des Arbeitsnachweises soll auf Antrag O. Voigt jedem Verbandsmitglied gedruckt zugestellt werden.

Der Verband der Kupferschmiede hielt am Mittwoch im Gewerkschaftshaus seine Versammlung ab. W. Kühne, P. Gerwig und O. Jahrmarkt wurden als Delegierte zum Verbandstag in Mannheim vorgeschlagen. Nach erfolgter Neuwahl setzt sich der Vorstand der Filiale wie folgt zusammen: P. Gerwig, 1. Vorsitzender; E. Schon, 2. Vorsitzender; W. Kühne, Geschäftsführer (Bureau: Gartenstr. 101); H. Hoffmeister, dessen Stellvertreter; Steinicke, 1. Schriftführer; E. Wüstner, 2. Schriftführer und H. Kramer, W. Brunhöver, B. Grossel, A. Müller Revisoren. Ferner wurde beschlossen, eine Statistik aufzunehmen. Die Fragebogen sind bis zum 5. Januar 1910 dem Bureau einzusenden. Ueber den Stand der Tarifbewegung in der Brauindustrie berichtet der Geschäftsführer. Ferner wird das Verhalten eines Meisters bei der Firma Lautenschläger einer herben Kritik unterzogen. Genannte Firma verlangt Kupferschmiede nach dem Werk Reinickendorf 12/15. Kollegen haben Fahrgeld geopfert, ohne daß auch nur ein einziger Kollege von ihm eingestellt wurde. Es ist ein ganz sonderbarer Sport, wenn der Nachweis in der Dresdener Straße die Aermsten der Armen in jedem Falle mindestens um die Ausgabe des Fahrgeldes bringt, wenn keine Aussicht auf Einstellung bei der Firma Lautenschläger vorhanden ist. Falls dieses Gebaren an der Firma oder dem dortigen Meister liegt, haben es sich die Herren selbst zuzuschreiben, wenn bei guter Konjunktur niemand dort arbeiten will.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das mitteldeutsche Braunkohlensyndikat perfekt.

Leipzig, 23. Dezember. (W. T. B.) Heute wurde hier durch eine Vereinigung der Verkaufsvereine in Halle und Leipzig das **mitteldeutsche Braunkohlensyndikat** mit dem Sitz in Leipzig gegründet.

Die Kadetten-Interpellation abgelehnt.

Petersburg, 23. Dezember. (W. T. B.) Die Kommission der Reichsduma lehnte mit 18 gegen 6 Stimmen die Interpellation der Kadetten aus Anlaß der **Ermordung des Obersten Karpew** ab. Die Interpellation wurde als vollkommen unbegründet befunden.

Im Untersuchungsgefängnis gestorben.

Worms, 23. Dezember. (W. H.) Im Untersuchungsgefängnis zu Mainz starb die **wegen des Mordes an dem Lehrer Krüger** verhaftete Witwe Scheidt am Herzschlag.

Blutschande.

Hanau, 23. Dezember. (W. H.) Die Strafkammer verurteilte den in den fünfziger Jahren stehenden Spediteur Johann Furchland aus Fechenheim, Vater von 17 Kindern, zu **drei Jahren Zuchthaus** und dessen 29jährige Tochter zu **einem Jahr Gefängnis** wegen **Vergehens gegen § 173 St.-G.-B.** Dem Verhältnis sind 2 Kinder entsprossen.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Der Streikkrawall in Badisch-Rheinfelden vor Gericht.

Waldshut, 22. Dezember. (Eig. Ber.)

Gestern wurde noch um ¾8 Uhr der Arbeitersekretär Engel als Zeuge aufgerufen. Der Staatsanwalt beantragt die unbeeidigte Vernehmung des Zeugen, da er der Mittäterschaft verdächtig sei, gegen welchen Antrag sich der Verteidiger wendet. Das Gericht beschließt die Ablehnung des Antrags der Staatsanwaltschaft, da die Voraussetzung dafür nicht vorliege. Es erfolgt nun die

Vernehmung Engels,

der angibt, daß er seit 1907 **Arbeitersekretär des christlichen Metallarbeiterverbandes** ist; früher wäre er Maschinenschlosser gewesen. In längerer Ausführung schildert nun der Zeuge die Vorgänge der Lohnbewegung. Er betont, daß in früheren Jahren bereits die Sozialdemokraten Versuche gemacht, in Rheinfelden Organisationen zu gründen, die aber fehlschlugen. Dann hätte die christliche Metallarbeiterorganisation eingegriffen und viele Mitglieder gewonnen. Die Arbeiter hätten dann die bekannten Forderungen gestellt und ihn mit den Unterhandlungen betraut. **Die Fabrikleitung habe den Brief mit den Forderungen uneröffnet retourniert.** Dann habe man die **badische Fabrikinspektion** um Uebernahme der Vermittlung ersucht, **aber diese hätte die Vermittlung abgelehnt, weil noch keine Differenzen bestehen!** Der Zeuge sucht nun in gewandter Ausführung die Berechtigung der Arbeiterforderungen nachzuweisen. Lobend hebt der Zeuge hervor, wie sehr sich Direktor Liebendörffer der Sympathie der Arbeiter erfreute, aber die Generaldirektion hätte eine streng ablehnende Haltung eingenommen und hätte eine brutale Gesinnung an den Tag gelegt. Er hätte sich alle Mühe gegeben, einen **friedlichen Ausgleich herbeizuführen, aber diese Versuche seien an der Generaldirektion gescheitert.** Vom plötzlichen Ausbruche des Streiks sei er **überrascht** gewesen und erschrocken; aber die Streikenden seien sehr zuversichtlich gewesen. Die an verschiedenen Orten gemachten **Versuche um Vermittlung zur Beilegung des Streiks waren negativer Natur.** Der Zeuge glaubt nicht, daß die Fabrikleitung nicht in der Lage war, die Forderungen zu bewilligen. Nun schildert der Zeuge die Vorgänge an dem kritischen 13. August und seine Beteiligung an denselben; er verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß er ausgekniffen und seiner Pflicht nicht nachgekommen sei. Zeuge schildert den Vorgang bis zur Beendigung des Krawalls, um dann plötzlich abzubrechen, er habe alles zur Beruhigung der aufgeregten Masse getan.

Der Staatsanwalt **stellt an den Zeugen die Frage, ob er über seine Tätigkeit** während der Unterhandlungen über den Friedensschluß Bescheid geben könne, welche Frage der Zeuge beanstandet und das Gericht gibt dem Zeugen recht. Dieser fährt in seinen Depositionen weiter und schildert dann, was die Organisation für die Arbeiter **getan, wie** die Streikunterstützung geregelt war. Scharf **betont** er, **daß er strenge vor Ausschreitungen gewarnt** und jedem, **der sich** seinen Anordnungen nicht füge, **mit dem Ausschlusse bedroht.** Daß Gaddi aufreizend gesprochen, kann der Zeuge nicht behaupten, dagegen bestreitet er, die Aeußerung getan zu haben, wenn die Streikenden etwas unternehmen wollten, so sollen sie **das in seiner Abwesenheit** machen; **er hätte im Gegenteil auf strenge Ordnung gehalten.** Auf Befragen eines Richters erklärt der Zeuge, daß seine Behauptung richtig sei, **daß die Aluminiumwerke viel geringere Löhne zahlen, als die anderen Fabriken,** und er habe sich bereit erklärt, den Aluminiumarbeitern zu höheren Löhnen zu verhelfen. Auf Befragen des Staatsanwalts erklärt der Zeuge, daß es richtig sei, daß die Versammlung vor dem Krawall auch von nichtstreikenden Arbeitern besucht war und er hätte in beruhigendem Sinne zu derselben gesprochen. Die Vernehmung des Arbeitersekretärs Engel dauerte 1½ Stunden, nach welcher die Vereidigung erfolgte.

Wachtmeister **Selig,** stationiert in Säckingen, ist am 13. August nach Rheinfelden beordert worden und schildert die Vorkommnisse zunächst vor dem Streik und über das Begehren der Streikenden um Verhaftung des Aufsehers Fischer, der beschuldigt worden, einen Streikenden durch die Hand geschossen zu haben. **Er habe die Verhaftung abgelehnt, weil — kein Grund dafür vorgelegen.(!)** Der Zeuge gab dann eingehende Schilderung über die Vorkommnisse nach dem Krawall; über die Vorgänge beim Krawall kann der Zeuge nichts sagen, da er nicht zugegen war. Zeuge gibt seine Depositionen über die Verhaftung des Portiers Biel und erklärt auf Befragen des Staatsanwalts, daß er diesem vorgeschlagen, eine **Scheinverhaftung des Fischer vorzunehmen,** was der Staatsanwalt strikte ablehnte, da hierfür die Voraussetzungen fehlten.

Fischer sei nie verhaftet gewesen,

wohl hätte man ihm geraten, für einige Zeit von Rheinfelden abzureisen, um eine Beruhigung der Bevölkerung herbeizuführen.

Die Sitzung des

zweiten Verhandlungstages

(Mittwoch) wird mit der Fortsetzung der Zeugenvernehmung aufgenommen.

Zeuge **Vierling,** Vertrauensmann des freien Fabrikarbeiterverbandes, bezeichnet die von den christlichen Gewerkschaftern verbreitete Behauptung, daß

die Sozialdemokraten den Krawall angezettelt,

als **„einfältigen Quatsch"**; die Sozialdemokraten hätten sich **durchaus neutral** verhalten und er selber hätte mehrere seiner Kameraden von der Beteiligung zurückgehalten. Ob Gaddi, Jeck und Ottinger „aufgewiegelt" hätten, weiß der Zeuge nicht zu sagen. Die Aussagen des folgenden Zeugen bringen nach dieser Richtung ebenfalls keine neuen Tatsachen.

In der Nachmittagssitzung wird vor Eintritt in die Fortsetzung des Zeugenverhörs Oberamtmann Kapferer-Säckingen nochmals aufgerufen, um auf Verlangen des Staatsanwalts ein Mißverständnis dahin aufzuklären, daß bessere Positionen durch eine abermalige Verhandlung nicht erzielt werden konnten, weil der Landeskommissär gleichen Abends abgereist sei. Diese Version bezeichnet der Zeuge als unrichtig, denn nicht der Landeskommissär sei am Sonntagabend abgereist, sondern das Mitglied der Generaldirektion Oberst Naville sei am gleichen Abend abgereist.

Hierauf wird der Zeuge Vierling auf Verlangen des Staatsanwalts nochmals aufgerufen, um festzustellen, daß Zeuge in der Zeit zwischen 5—7½ Uhr den Engel ersucht habe, er solle da bleiben, denn die Streikenden wollen die Fabrik stürmen. Zeuge erörtert die Stellung der freien Gewerkschaften zu den christlich Organisierten und zu dem Streik in den Aluminiumwerken. Er erzählt weiter, wie er den Arbeitersekretär Engel in der Versammlung am Sonntagabend **öffentlich als Lump und Gauner bezeichnet** habe. Engel protestiert sehr lebhaft gegen die vom Zeugen ausgesprochenen Beleidigungen, wird aber vom Präsidenten ernstlich zur Ruhe gewiesen. Als er nachher zum Wort kam, ist er auf die Aeußerungen des Zeugen Vierling nicht mehr zurückgekommen und verläßt nach wenigen Bemerkungen den Zeugenstand wieder.

Johann Fischer, Aufseher in den Aluminiumwerken, dessentwegen der Sturm auf die Fabrik unternommen, hatte am kritischen Tage die aus Frankfurt angekommenen Arbeitswilligen an der Station Beuggen abzuholen, wobei ihm halbwegs Beuggen-Rheinfelden der Angeklagte Jeck in den Weg getreten sei. Er habe dem gesagt, **wenn man ihn nicht passieren lasse, mache er von dem Revolver Gebrauch.** Kurz vor dem die Arbeiterhäuser erreicht, sei er **von hinten angegriffen** und ihm der Revolver zu entreißen versucht worden; dabei sei **der Revolver — losgegangen und habe ihn und den Angreifer verletzt.** Während des Krawalls hatte sich der Zeuge innerhalb des Fabrikanwesens, in der Aluminiumhalle mit den Arbeitswilligen aufgehalten und er **glaubt, daß zuerst von außen in die Fabrik geschossen wurde, ehe der Portier Biel zur Waffe griff.** Zeuge will nichts davon wissen, daß die Fabrikleitung die Arbeitswilligen mit Revolvern ausgerüstet hätte.

Otto Dossenbach hat den Streik von Anfang bis zu Ende mitgemacht. Vor dem Streik habe er einen Lohn von 3,70 Mk., nach dem Streik einen solchen von 4,10 M. bezogen, und damit müsse er eine Frau und 11 Kinder ernähren. Im Jahre 1908 hätten die Arbeiter bereits einen Vorstoß um Lohnerhöhung unternommen, worauf die Fabrikleitung eine Aufbesserung von 10 Pf. pro Tag eintreten ließ. Der Zeuge gibt dann Auskunft über den Verlauf der Lohnbewegung, wobei er die Zeugen Engel und Liebendorffer auffordert, ihre früheren Aussagen in einigen wichtigen Punkten zu ergänzen.

Es kommt dabei zu

lebhaften Auseinandersetzungen

zwischen dem **Staatsanwalt,** den **Richtern** und den **Zeugen Liebendörffer und Engel,** um die Tatsache festzustellen, ob die Fabrikleitung vor dem Streik bestimmte Zusagen gemacht, **was** von Liebendörffer durchaus bestritten, von Engel aber ebenso bestimmt behauptet wird. Der Staatsanwalt möchte den Zeugen Engel der Unwahrheit überführen; aber dieser stützt sich auf Mitteilungen von Mitgliedern der Streikkommission und es konnte die Wahrheit nicht mit voller Sicherheit ermittelt werden.

Nachtwächter **Schlachter** war mit dem **Portier Biel** im Verwaltungsgebäude, und schildert, welche Beschimpfungen und Drohungen ihnen aus der Volksmenge zugerufen wurden; ein Steinhagel sei auf das Verwaltungsgebäude eröffnet worden. **Biel habe zuerst in die Luft** und, als der Schreckschuß keine Wirkung gehabt, **in die Menge geschossen.**

Auf die Vernehmung einiger weiterer Zeugen wird verzichtet. Die Beweiserhebung wurde um halb 8 Uhr geschlossen und die Verhandlung auf Donnerstag 9 Uhr vormittags vertagt.

* * *

Das Urteil.

Waldshut, 23. Dezember 1909. (Privatdepesche des „Vorwärts".) **In dem Prozeß gegen die christlichen Rheinfelder Arbeiter wegen Landfriedensbruch und Sachbeschädigung wurden am heutigen letzten Verhandlungstage sämtliche Angeklagte mit Ausnahme des Angeklagten Sänger für schuldig erklärt.** Es erhielten: Gatti **1 Jahr 2 Monat;** Ottinger **9 Monat; Jeck 1 Jahr 1 Monat;** Rand, Riedlinger, Schlachter, Bütscher je **5 Monat;** Sales, Baer, August Meier, Bruttel, Steinbrunner, Domini, Perrazini, Strittmatter je **4 Monat,** Batsch und Ida Trachsel **3 Monat,** Zeno Baer 8, Friedrich Meier, Dietsche, Riedlinger je **6 Wochen** Gefängnis. **Mit Ausnahme des Gatti wurde sämtlichen Angeklagten die Untersuchungshaft teilweise angerechnet.**

* * *

Dies ist das Ende der Arbeitertragödie von Rheinfelden. Die christlichen Arbeiter einer Fabrik, die viel geringere Löhne zahlt als andere Fabriken, fordern eine Aufbesserung. Sie wird ihnen hartnäckig versagt und alle Vermittelungsversuche scheitern an dem Starrsinn der Fabrikleitung. Nun gehen sie in den Streik. Aber die Fabrikleitung läßt durch bewaffnete Helfershelfer Streikbrecher herbeiführen, und als die Arbeiter mit diesen in Verbindung zu treten versuchen, geht einem dieser Helfershelfer „der Revolver los". Er verwundet einen der Streikenden. Aber die Behörde findet „keinen Anlaß zum Einschreiten" gegen den Schützen. Ja, wenn es einer der „Streikbrüder" gewesen wäre! Die Empörung der einer solchen Auffassung der Dinge ungewohnten christlichen Arbeiter wächst ins Ungemessene. Sie wollen den Schuldigen selbst in ihre Hände bringen. Da fallen Schüsse aus der Fabrik: ein Toter und ein Verwundeter wälzen sich erneut am Boden! Und nun fährt der Staat genau so wie gegen die ewig zufriedenen Mansfelder Bergleute gegen die christlichen Aluminiumarbeiter Maschinengewehre auf! Sie kamen nicht zum Schießen. Hier nicht wie dort nicht. Aber der Staatsanwalt schreitet ein. Und nun folgt der Tragödie der grauenhafte Schlußakt. **Neben dem Toten und zwei Verwundeten haben die christlichen Rheinfelder Arbeiter über 8 Jahre Gefängnis zu beklagen.** Sie, die die Lehre vom Klassenkampf und vom Klassenstaat immer weit von sich gewiesen haben, werden die Opfer dieses Kampfes, werden die Opfer dieses Staates. Die rechtfordernden Arbeiter wälzen sich röchelnd und sterbend am Boden oder wandern ins Gefängnis; die das kapitalistische Unrecht verteidigenden Revolver- und Büchsenschützen gehen frei umher.

Wir sind wißbegierig, was die christliche Arbeiterpresse **zu** diesem Urteil zu sagen hat und wie sie es bewertet!

Aus Industrie und Handel.

Dampfer-Subventionen.

Ein soeben auf Veranlassung der Hamburg-Amerika-Linie und des Vereins Hamburger Reeder vom Generalsekretär der Hamburg-Amerika-Linie B. Huldermann herausgegebenes Buch über „Die Subventionen der ausländischen Handelsflotten und ihre Bedeutung für die Entwickelung der Seeschiffahrt" (Berlin 1909, Ernst Siegfried Mittler u. Sohn) enthält sehr interessantes Material. Eine

Kleines Feuilleton.

Antiquitätenhandel und Antiquitätenfälschung. Das Thema der Fälschungen ist wieder aktuell geworden. Seitdem die Amerikaner das Beispiel der Römer zur Augustinischen Zeit nachahmen, die ganz Griechenland nach Kunstwerken absuchten, und ihre New Yorker oder Bostoner Prachthäuser mit den aus Europa zusammengekauften „erstklassigen Kunstwerken" füllen, ist die Jagd auf Kunstraritäten so groß geworden, daß kaum noch ein echtes Wild aufzutreiben ist. Dabei haben sie die Preise so hoch getrieben, daß die Zunft der Fälscher, die immer bestanden hat, sich ganz bedenklich vermehrte. Es ist kein Mysterium, daß in Palermo, Neapel, Rom, Florenz, Paris besondere Ateliers zur Erzeugung alter Bilder, Statuen usw. bestehen. Von Zeit zu Zeit schlagen die Zeitungen und Fachzeitschriften Lärm, aber die Dummen werden nicht alle. Außerdem pochen sie voller Eitelkeit auf ihr Kunstverständnis, das sie davor bewahre, gleich anderen hereinzufallen. Riesenvermögen aber verdienen die Großhändlerantiquare, die ihr System zur Industrie erhoben haben. In Rom soll es z. B. vorkommen, daß solch ein Antiquar sich mit einer alten dekadenten Adelsfamilie zusammentut, die ein sogenanntes Museum historischer Reliquien aus der Renaissancezeit besitzt. Diese Familie gibt große Empfänge, bei denen auch illustre Fremde erscheinen. Das Haupt der Familie verpflichtet diese Snobs, diese suchen sich zu revanchieren, und durch gute Freunde belehrt, erbieten sie sich, dem Principe oder Marchese eine alte Bronze oder Vase abzukaufen. Der versichert zwar, daß das Stück als teuere Erinnerung an die Familiengeschichte unverkäuflich ist, läßt aber mit sich handeln, und am Tage nachher erhält der Antiquar den Auftrag, Nummer soundso zu ersetzen. Eine andere Art des Gimpelfanges besteht darin, daß Antiquare allerlei Ladenhüter in den Palazzo eines alten Adelsgeschlechtes schaffen, dessen letztes Glied, nachdem er alles verloren hat, gegen eine Entschädigung sich dazu hergibt, unter seinem Namen zur Zeit der Fremdensaison eine Auktion zu veranstalten.

Aber wie verfertigt man Fälschungen? Manchmal in sehr einfacher Art. Eines Tages bemerkte ein Kunstkenner, daß in einem der Vorstadtquartiere von Paris eine große Zahl von Arbeitern in ein Fabrikgebäude eintraten, die Felle von Kälbern, Schafen und Ziegen trugen. Bald nachher sah er aus einem anderen Tor dieser Fabrik Arbeiter kommen, die große Ledertapeten trugen, die in Basrelief Szenen aus den Kreuzzügen darstellten. Da deren Arbeit perfekt imitiert war und sie auch alle die kleinen Defekte zeigten, die altem Leder eigen sind, ging er der Sache nach und erfuhr, daß man zur Erzeugung dieser Defekte die Felle an einzelnen Stellen mit Sirup bestreiche und auf diese willkommene Speise ein große Zahl von Filzläusen setzte. Waren diese satt, so waren die Felle antik. Um alte römische Bronzen zu erzielen, muß man schon zu schwierigeren Mitteln greifen. Man kopiert die ältesten klassischen Statuen und verstümmelt sie dann, indem man ihnen einen Arm oder ein Bein fortnimmt. Danach vergräbt man die Kopien in sumpfiges Erdreich, nachdem man sie vorher in eine ätzende Flüssigkeit getaucht hat. Nach einigen Monaten Ruhe unter der Erde erwirbt die Kopie das schönste antike Patinagrün, das der Amateur nur wünschen kann. Bronzewerke des Mittelalters sind schwerer nachzuahmen, erzielen dafür aber auch höhere Preise. Eine kleine vergoldete Bronzestatue des 15. Jahrhunderts wird mit 25 000 bis 50 000 Lire bezahlt. Einen echten Benvenuto Cellini zu fabrizieren, gelingt freilich selten, aber mit einem Giambologna, der so viele Statuetten und Kruzifixe hinterlassen hat, wird man schon eher fertig. Man macht ihn in einer Weise nach, die auch den größten Kenner täuscht. Eins der sonderbarsten Mittel wendet man bei der Fabrikation antiker Münzen an. Hat man sie im Rohbau fertig, so mischt man sie den Gänsen unter das Futter, diese schlucken sie und geben ihnen in ihrem Magen eine Patina, die jeder auf ein Alter von vielen Jahrhunderten schätzt. Freilich ist dieser Kniff jetzt etwas außer Mode gekommen, seitdem ein italienischer Physiologe Professor Spallanzoni entdeckte, daß die mit Fleisch gefüllten Bleituben, die er Gänsen vorwarf, um die Wirkung des Magensaftes zu studieren, sich in so seltsamer Weise veränderten.

Die Einheitszeit in Amerika. Der 1. Januar 1910 wird für Amerika einen wichtigen Zeitabschnitt bilden, denn an diesem Tage werden alle amerikanischen Staaten, die es nicht schon früher getan hatten, eine Einheitszeit annehmen. Zum mindesten haben sie sich dazu verpflichtet. Der dahin zielende Beschluß wurde, wie jetzt in einem Bericht der Regierung mitgeteilt wird, auf dem ersten Panamerikanischen Wissenschaftlichen Kongreß, der im letzten Januar in Santiago, der Hauptstadt von Chile, abgehalten wurde, in folgender Form einstimmig gefaßt: „Da erstens in den diplomatischen, kommerziellen und anderen Beziehungen zwischen den Völkern der Erde eine Zeiteinheit ein gemeinsamer und anerkannter Nutzen für alle ist; da zweitens die Einheitszeit, die auf der Teilung der Erdkugel in Stundenzonen von einem gemeinsamen Anfangspunkt gerechnet, beruht, mit unzweifelhaftem Vorteil seit dem 18. November 1883 in gewissen Ländern in Gebrauch ist; und da drittens praktisch alle europäischen Länder sowie Aegypten, Südafrika, Indien, Birma, Australien, Japan, Neuseeland, Kanada, die Vereinigten Staaten und andere Länder dies System der Weltzeit bereits angenommen haben; und da viertens die nötigen Zeitsignale jetzt mit aller wesentlichen Genauigkeit und kostenlos durch Kabel oder drahtlose Telegraphie täglich durch den ganzen amerikanischen Kontinent gesandt werden, so wird beschlossen, daß der Erste Panamerikanische Wissenschaftliche Kongreß auf solche Regierungen, die bisher noch keinen Schritt zur Annahme der Einheitszeit auf der Grundlage des Meridians von Greenwich getan haben, einen Druck dahin ausüben soll, daß diese vom 1. Januar 1910 angenommen werde." Uebrigens sind Peru und Panama den übrigen noch folgenden Ländern Amerikas im vorigen Jahre mit der Annahme der Einheitszeit bereits vorangegangen.

Humor und Satire.

Die Maximen Leopolds.

Im Jahre 1908 erschien in Paris ein **köstliches Buch, das sich** „Les carnets du roi" („Die Hefte des Königs") betitelte und die Regierungsmaximen Leopolds in Form von Ratschlägen enthielt, die er seinem Nachfolger zu erteilen sich den Anschein gibt. Aus dieser gelungenen Satire, die so rücksichtslos nie offen eingestandene Wahrheiten laut werden läßt wie einst Machiavellis Fürst, werden einige Stellen auch heute noch Interesse erwecken. Leopold rät:

„Laß dir von einem deiner Ordonnanzoffiziere geistreiche Worte und Sätze zurechtmachen, die man leicht an den Mann bringen kann, und bringe sie im richtigen Augenblick an. Wann dieser richtige Augenblick gekommen ist, das wird dir dein Adjutant durch ein Zeichen zu erkennen geben."

„Es ist unnütz, daß du große Tugenden besitzest oder auch nur heuchelst; das Volk versteht davon ja doch nichts! Es würde dich für einen Sonderling oder gar für verrückt halten. . . . Ich habe aus der Verachtung, die mir mein Volk einflößte, niemals ein Hehl gemacht, und je geringschätziger, je hochmütiger und gleichgültiger ich mich zeigte, desto mehr Liebe und Ergebenheit schien man mir zu zollen."

„Sei ein Mann deiner Zeit und nimm ihre Sitten an. Sei aber vorsichtig und klug. Betrachte den Thron allezeit als einen Sitz vorübergehender Erscheinung und knüpfe an ihn keine Ewigkeitshoffnungen."

Notizen.

— Eine „Adresse an Bode" erläßt eine „Anzahl von Kunstfreunden" (im ganzen die Mitglieder des Kaiser-Friedrich-Museumsvereins). Die Herren, die zweifellos sehr viel von den Geschäften und einiges von der Kunst, aber nichts von den Aufgaben einer unabhängigen Presse verstehen, versichern Herrn Bode ihres Vertrauens und ihrer Dankbarkeit. Insofern diese Adresse eine private geblieben wäre, würde man nichts dazu zu bemerken haben. Aber wenn die jüdischen und arischen Geldgeber des Kaiser-Friedrich-Museums versichern, daß der Streit um die Florabüste ausschließlich vor ein Forum von Kunsthistorikern gehört, so muß man sie in ihre Schranken weisen und ihnen raten, mit ihren Privatansichten die Oeffentlichkeit zu verschonen. Der Besitz großer Vermögen und einiger Privatsammlungen berechtigt noch niemand, in einen Streit einzugreifen, der mit den sonstigen Verdiensten des Herrn Bode nichts zu tun hat.

— Wo ist Cook? Das ist jetzt die Frage, die alle die beschäftigt, die durch den dreisten Schwindel des Nordpolspekulanten düpiert worden sind. Indes, der Autor der Komödie läßt nichts von sich hören. Mag alle Welt schimpfen, und die Kopenhagener Professoren zumal, die Cook zu seinem Humbug mißbraucht hat: er hat sein Geld in Sicherheit gebracht. Das ist ihm offenbar die Hauptsache. Der Sekretär Cooks, Lonsdale, mag inzwischen sehen, **wie er** mit den Leuten fertig wird, denen er — offenbar gutgläubig — **alle** die schönen Geschichten erzählt hat von Cooks Kriegslisten und echten Notizbüchern, die immer noch ankommen sollen.

Untersuchung der Subventionen in den verschiedenen Ländern, die eine größere Handelsflotte haben, ergab folgendes Bild:

	Handelsflotte in 1000 Reg.-To.	Subventionen in Mill. M.	Per Reg.-To. M.
Großbritannien . . .	17 378	34	1,95
Oesterreich-Ungarn . .	750	20	26,70
Frankreich	1 894	53	28,00
Deutschland	4 267	8	1,85
Italien	1 320	16	12,10
Japan	1 153	28½	24,70
Rußland	972	11	11,30
Spanien	710	15½	21,85

Herr Huldermann bemerkt dazu, es sei außerordentlich bezeichnend, daß in dieser Tabelle, in die nur die Länder aufgenommen sind, die sich entweder durch eine große Handelsflotte oder durch große Subventionen auszeichnen, durch eine außerordentlich geringe Ziffer der Subventionen per Tonne der Handelsflotte gerade die beiden Länder hervortreten, die anerkanntermaßen in der Schiffahrt besonders Hervorragendes geleistet haben, nämlich Großbritannien und Deutschland. Sie haben im letzten Jahrzehnt ihre Handelsflotten gewaltig vergrößern können, England um fast 5 Millionen Tonnen, Deutschland um über 2 Millionen Tonnen. Ihr Beispiel zeige, daß auch ohne Subventionen auf dem Weltmeer Erfolge zu erringen seien, die andere Länder trotz großer Subventionen nicht errungen haben.

Die vorliegende Schrift, die vom Standpunkt der Hamburger Reeder aus und in deren kapitalistischem Interesse geschrieben ist, sucht den Nachweis zu führen, daß die Subventionspolitik zum Ruin der Seeschiffahrt beitragen werde. Die subventionierten Linien können natürlich billige Frachten übernehmen. Die Konkurrenz suche das gleiche zu erreichen. Die Subventionen müssen dann wieder erhöht werden und würden so zu einer Schraube ohne Ende werden. Es sei nicht abzusehen, wohin die Subventionspolitik führen werde, wenn man sich nicht endlich entschließe, wenigstens die freien, an gar keine bestimmten Gegenleistungen gebundenen Subventionen durch internationale Uebereinkunft abzuschaffen, so wie man die Zuckerprämien abgeschafft hat. Um erstklassige Postdampferlinien nach Ostafrika, Ostasien und Australien zu erhalten, zahle die deutsche Regierung eine Subvention von rund 7 Millionen Mark. Ohne Subvention könnten diese Linien auch betrieben werden, wenn das Reich damit zufrieden wäre, bescheidenere Dampfer auf jenen Routen verkehren zu sehen.

Zur Erklärung dieses Notschreis und Protestes gegen die Subventionspolitik wird mitgeteilt, daß die sieben größten deutschen Reedereien im Jahre 1908 auf ein Gesamt-Aktienkapital von 330 Millionen Mark ein Dividendenerträgnis von nur etwa 1¼ Proz. im Durchschnitt erzielt haben, während sie das gleiche Kapital für 1907 noch mit 5½ Proz. und für 1906 ein Kapital von 274 Millionen Mark mit 8¼ Proz. verzinsen konnten. Sechs englische Frachtdampferreedereien, die über 1 700 000 Brutto-Registertonnen verfügten, haben 1908 nur einen Gewinn erzielt, der für eine nötige Abschreibung nicht ausreichte. Dieses Resultat ist begreiflich, wenn man erfährt, wie seit 1899/1900 die Frachtraten zurückgegangen sind. So z. B. für Getreide von La Plata nach Nordeuropa von 30 Sh. auf 7½ Sh., für Jute von Kalkutta nach Dundee von 30 Sh. auf 12½ Sh., für Kohlen von Cardiff nach Bombay von 27½ auf 8 Sh. usw.

Eisenbahneinnahmen.

Die Entwickelung der Eisenbahneinnahmen in den ersten elf Monaten des laufenden Jahres im Vergleich mit der Parallelzeit 1908 zeigt die folgende Zusammenstellung:

	aus Personenverkehr		aus Güterverkehr	
	1908	1909	1908	1909
	M.	M.	M.	M.
Januar .	41 900 123	45 226 712	124 068 865	118 234 412
Februar .	40 371 268	39 929 951	126 262 701	118 601 536
März . .	49 310 145	48 887 947	131 584 020	134 834 752
April . .	59 182 283	61 507 588	124 860 935	127 238 597
Mai . .	56 608 772	65 949 665	127 508 512	127 315 994
Juni . .	71 374 072	69 220 482	119 204 560	128 265 688
Juli . .	75 171 391	78 690 492	130 917 672	134 815 075
August .	75 834 173	97 831 287	131 272 101	135 324 002
Septembr.	63 927 658	66 345 811	136 432 436	142 303 169
Oktober .	58 767 995	62 696 486	149 626 064	153 224 811
November	47 286 071	49 419 853	135 422 887	144 685 762

Staatliche Schlachtviehversicherung in Preußen. Der Plan einer staatlichen Schlachtviehversicherung ist erneut akut geworden, dadurch, daß das preußische Landwirtschaftsministerium durch das Landesökonomiekollegium den Landwirtschaftskammern die Ergebnisse der im vorigen Jahre amtlich vorgenommenen Feststellungen über die Ausdehnung der Schlachtviehversicherung übermittelt hat. Das Oekonomiekollegium hat die Landwirtschaftskammern um eine Aeußerung ersucht, nachdem kürzlich in Berlin eine Konferenz der Kammern sich mit der Angelegenheit beschäftigt hat. Hierbei hat sich u. a. die Landwirtschaftskammer zu Wiesbaden gegen die Versicherung erklärt, die schlesische hat gefordert, daß die Versicherung im ganzen Reich oder überhaupt nicht eingeführt werden sollte, aber auch im ersteren Falle müßten Träger der Versicherung die kleineren Kommunalverbände bleiben.

Trustreklame. Aus New-York meldet das Wolff-Bureau, daß die United States Steel Corporation beabsichtigt, einen Betrag von mehr als zwei Millionen Dollars als Bonus an ihre Angestellten zu verteilen. 60 Proz. von den Zuwendungen werden in bar ausgezahlt; wegen der restlichen 40 Proz. soll es den Angestellten freistehen, entweder Vorzugsaktien der Gesellschaft zum Kurse von 124 Proz. oder gewöhnliche Aktien zum Kurse von 90 Proz. zu nehmen.

Soziales.

(Siehe auch Hauptblatt.)

Zur Rechtlosigkeit der Dienstboten.

Ein Dienstmädchen, das seit 1906 bei einer Herrschaft bei Brandenburg a. H. in Stellung war und sich für das Jahr 1910 wieder bei derselben Herrschaft vermietet hatte, war gezwungen, in einem gegen ihren Dienstherrn eingeleiteten Strafverfahren wegen Unterschlagung zuungunsten des „Herrn" auszusagen. Von dieser Zeit ab taugte das Mädchen nichts mehr. Die gröbsten Beschimpfungen mußte es sich gefallen lassen. Sie kündigte deshalb das Dienstverhältnis. Diese Aufbäumung menschlichen Gefühls brachte den Dienst-„Herrn" aber nur noch mehr in Harnisch. Am 30. Oktober kehrte er vom Jahrmarkt zurück und belegte das Mädchen mit den unflätigsten Schimpfnamen, so daß selbst eine anwesende Arbeiterfrau sagte: **„Mädel, laß Dir doch das nicht gefallen! Diese Behandlung ist ja unerhört! Geh doch nach Hause!"** Diesen Rat wollte das Mädchen befolgen. Sie ging nach ihrer Kammer, um sich umzukleiden. Von seiner Mutter auf das Vorhaben des Mädchens aufmerksam gemacht, drang der Dienstherr in die Kammer des Mädchens ein und suchte sie durch Prügel zum Bleiben zu nötigen. Die Mißhandlungen waren so stark, daß die Nachbarn die Schmerzensschreie auf der Straße hörten. Mit welch brutaler Gewalt der „Herr" vorgegangen ist, geht aus nachstehendem **ärztlichen Attest** hervor. Es lautet:

„Vor mir erscheint das Dienstmädchen Marie Dichte aus Golzow und gibt an, mit der Faust geschlagen worden zu sein.

Die p. D. ist sehr verweint — Liderhäute stark gerötet, Augenbindehaut verschwollen. Das Gesicht im ganzen etwas aufgedunsen. Nase wie Oberlippe etwas aufgetrieben. Nasaneingang und Oberlippe mit trockenen Blutmassen überzogen. An der rechten Hälfte der Innenseite der Oberlippe sieht man einen etwa **1 Zentimeter langen, etwas klaffenden frischen Riß in der Schleimhaut. . . .**" gez.: Dr. med. Rud. Janisch prakt. Arzt."

Gestützt auf dieses Gutachten und das Zeugnis von drei Zeugen stellte das Mädchen **Strafantrag gegen den Dienstherrn.** Darauf erhielt sie folgenden Bescheid von dem **Amtsanwalt** in Brandenburg a. H.: „Auf Ihren Strafantrag vom 1. 11. 09 wider den Mühlenbesitzer Edmund Hennig wegen Körperverletzung werde ich die öffentliche Klage nicht erheben, weil das **nicht im öffentlichen** Interesse liegt. Es bleibt Ihnen unbenommen, Ihr Recht im Wege der Privatklage zu verfolgen."

Das Mädchen und deren Angehörige waren anderer Ansicht darüber, ob die Verfolgung solcher Roheit „im öffentlichen Interesse" liegt. Es wurde Beschwerde gegen den Beschluß des Amtsanwalts erhoben. Diese wurde aber kurz und bündig von dem **Ersten Staatsanwalt beim Landgericht Potsdam** zurückgewiesen. — Wenn ein roher Dienstherr einen Dienstboten mit den gemeinsten Beschimpfungen belegt und obendrein den Dienstboten durch Mißhandlungen erheblich verletzt, so liegt die Strafverfolgung demnach nicht im öffentlichen Interesse — das ist die Quintessenz dieses wie vieler anderer ähnlicher Fälle. Der Weg der Privatklage für den Dienstboten — die Dienste der Staatsanwaltschaft der Dienstherrschaft. Wenn ein Dienstbote auch nur „widerspänstig", „ungehorsam" ist oder gar den Dienst verläßt, wird auf Antrag des Dienstherrn „im öffentlichen Interesse" Anklage erhoben, die Polizei überdies gegen das arme Wesen mobil gemacht. Aber wenn ein Dienstherr die Wehrlosigkeit und die nahezu an Rechtlosigkeit streifende Lage eines preußischen Dienstboten zu rohen Mißhandlungen mißbraucht, dann liegt es „im öffentlichen Interesse" keine Anklage zu erheben. Wie denkt der **Justizminister** über diese im Namen ihrer Amtsgewalt ausgeübte Begünstigung von Roheiten durch die Anklagebehörde? Gedenkt er die ihm unterstellten Staatsanwaltschaften anzuweisen, in jedem Fall „im öffentlichen Interesse" Anklage zu erheben, in dem das Dienstverhältnis zu Prügeleien und Nötigungsversuchen wie in diesem Fall mißbraucht wird? Und wie denkt der **Justizminister** ferner über endliche Beseitigung der schmachvollen Ausnahmegesetze gegen das Gesinde und ländliche Arbeiter?

Gerichts-Zeitung.

Das Lourdes-Wunder in der Berufungsinstanz. Wie uns ein Privattelegramm meldet, wurde die Berufung des Dr. Ernst vom Landgericht zu Metz unter Auferlegung der Kosten an Kläger zurückgewiesen. Es bleibt also dabei, daß einwandfrei und gerichtlich festgestellt ist die angeblich durch die vermeintliche Wunderquelle von Lourdes von Lupus geheilte Frau Rouchel hat 1. nicht an Lupus, sondern an Lues gelitten, ist 2. nach wie vor luetisch, hatte 3. in Lourdes Aenderungen der Syphilisgeschwüre aufzuweisen, wie sie oftmals bei Luetischen ohne „Wunderquellen" vorkommen, ist 4. mißbraucht, um den Aberglauben an die Lourdesquelle zu nähren.

Als einziges „Wunder" im ganzen Prozeß ist auffallend, daß in zwei Instanzen dem Rechtsbewußtsein und Rechtsempfinden entsprechend geurteilt und nicht gar noch die Zweifler an der Wundertätigkeit der Lourdesquelle wegen Beschimpfung von Einrichtungen einer Kirche angeklagt oder wegen Schädigung des klerikalen Geldbeutels verfolgt sind. Es kommt also doch mal vor, daß Recht und Gerechtigkeit eins sind. Freilich steht dem Dr. Ernst, der das Vorhandensein der Lues in seinem Attest unerwähnt ließ, noch die Revision an das Oberlandesgericht zu.

Haftung des Fabrikherrn.

In dem Fabrikhof einer **Aktiengesellschaft für Gasmotoren** in **Köln-Ehrenfeld** war eines Tages die **fünfjährige Tochter des Leiters der Fabrik** dadurch verunglückt, daß eine an eine Wand gelehnte Riemenscheibe umkippte und auf sie fiel. Die Kleine wollte über den Fabrikhof gehen, um in den Garten zu gelangen, den ihr in der Fabrik wohnender Vater mit benutzte. Infolge der Verletzungen des Kindes im Gesicht sowie an Hals und Knie erhob der Vater als Vertreter Ansprüche gegen die betreffende Fabrik.

Während **das Landgericht Köln** der Verunglückten nur Schmerzensgeld in Höhe von 1000 M. zusprach, verurteilte das **Oberlandesgericht Köln** die Beklagte zur **Zahlung von 300 M.** für die ausgehaltenen physischen Schmerzen, und kam weiterhin zu der Feststellung, daß die Beklagte **außerdem** verpflichtet sei, der Verletzten allen aus dem Unfall erwachsenden **Vermögensschaden** und weiteren Nichtvermögensschaden zu ersetzen.

Dieses Urteil des Oberlandesgerichts **Köln wurde vom 7. Zivilsenat des Reichsgerichts** anläßlich der **Revision** der Beklagten **bestätigt.** Der erkennende Senat legt hierzu dar, daß der Fabrikhof nicht nur dem Verkehr der in der Fabrik beschäftigten Personen diente, sondern auch dem Verkehr der Insassen des Wohnhauses, das mit dem Fabrikgebäude ein einheitliches Ganzes bildete. Die Beklagte hätte deshalb damit rechnen müssen, daß sich ein Kind in spielhafter Weise mit der Riemenscheibe zu schaffen machen werde und daß dabei die Scheibe leicht umfallen könne. Es hätte deshalb, ohne die im Verkehr erforderliche Sorgfalt zu verletzen, die Scheibe nicht in der Art und Weise aufgestellt werden können, wie es geschehen sei. Wenn auch die Beklagte einwende, daß **Arbeiter eines Tiefbauunternehmers,** der an einem Teil des Hofes Ausschachtungen vornehmen ließ, die Scheibe von dem früheren Standorte fortgenommen und an der Unfallstelle aufgestellt haben, so könne sie sich damit nicht entlasten. Es habe der Beklagten die Verpflichtung für eine anderweitige Unterbringung der Riemenscheibe obgelegen.

Dieselben Grundsätze, wie sie das Reichsgericht hier darlegt, treffen auf die Haftung jedes Hausbesitzers zu.

Wie Strafanträge gegen Streikende zustandekommen.

Die Näherin **Kowalk** hatte sich am Dienstag vor dem Schöffengericht Rixdorf wegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung und Beleidigung zu verantworten. Die **Angeklagte** wies darauf hin, daß die Anklage wegen Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung schon deshalb zu Unrecht erfolgt sei, weil der Streik mit der Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen nichts zu tun gehabt habe. Die Streikenden hätten lediglich die Wiederanstellung eines zu Unrecht von der Firma **Maschtera u. Striem,** Kottbuser Damm 70/71, entlassenen Meisters durchsetzen wollen. Die Arbeitswillige bekundete, daß hinter ihr ein paar beleidigende Worte gerufen seien, die offenbar von der Angeklagten, die sie an der Stimme erkannt habe ausgegangen seien, und daß die Beklagte außerdem zu ihr gesagt habe: „Wir streiken für eine gerechte Sache, wer Charakter und Ehrgefühl hat, schließt sich uns an." Der **Amtsanwalt** beantragte daraufhin eine Strafe von **10 Tagen Gefängnis.** In den Worten, wer Charakter und Ehrgefühl habe, liege eine Beleidigung, denn die Angeklagte habe damit diese Eigenschaften der Zeugin absprechen wollen. Auch die Voraussetzungen des § 153 lägen vor. Die Beklagte habe selbst erklärt, daß die Arbeiter für eine gerechte Sache streiken. Eine gerechte Sache aber sei es nicht, wenn die Wiedereinstellung eines vom Unternehmer entlassenen Arbeiters erzwungen werden solle! **Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heinemann,** betonte, daß es selbstverständlich sei, daß der § 153 auszuscheiden habe, da die gesetzlichen Tatbestandsmerkmale, die eben nicht vorliegen, nicht fingiert werden dürfen. Auf die Frage des Verteidigers an die Zeugin, **ob sie den Strafantrag wegen Beleidigung nicht zurücknehmen wollte, erklärte die Zeugin, das tue sie gern; sie sei ganz wie die Angeklagte Arbeiterin und habe den Strafantrag nur durch den Unternehmer Striem dazu gezwungen gestellt.**

Der Verteidiger beantragte daraufhin die **Freisprechung** von der Anklage wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung und die Einstellung des Verfahrens wegen Beleidigung. Der Antrag des Amtsanwalts, die Kosten des Verfahrens wegen Beleidigung der Zeugin zur Last zu legen, sei unbegründet, da, wenn ein von Amts wegen zu verfolgendes Delikt, wie § 153 der Gewerbeordnung, und ein nur auf Antrag verfolgbares, wie Beleidigung, in **derselben Handlung** liegen, von ersterem aber Freisprechung, bei letzterem Einstellung erfolge, die gesamten Kosten der Staatskasse zur Last fielen. Das **Gericht** erkannte demgemäß, daß die Angeklagte von der Anklage aus § 153 der Gewerbeordnung **freizusprechen** sei, da der Streik nicht die Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen zum Gegenstande gehabt habe. Das Verfahren wegen Beleidigung sei infolge Zurücknahme des Strafantrages **einzustellen.** Die gesamten Kosten des Verfahrens wurden der **Staatskasse** zur Last gelegt.

Ein Fabrikdirektor als Pascha.

Wie aus Freiburg mitgeteilt wird, wurde vor der dortigen Strafkammer in zweitägiger Verhandlung gegen einen **49 Jahre alten Fabrikdirektor Emanuel Marx** aus **Sulzbach** wegen einer Reihe **Sittlichkeitsdelikte** verhandelt.

Es waren über 40 Zeugen und 2 Professoren der Universität als Sachverständige geladen. Der Angeklagte wurde beschuldigt, sich vor 2 Jahren verschiedentlich gegen eine damals **14 Jahre alte Fabrikarbeiterin** vergangen zu haben. Bei seiner Vernehmung behauptete er, daß dies nur leeres Gerede sei, ein Gendarm habe gegen ihn die betreffende Anzeige erstattet, nachdem er ihm die Wohnung gekündigt hatte. Der Vorsitzende teilte dagegen mit, daß die ganze Angelegenheit ins Rollen gekommen sei infolge eines anonymen Briefes, der an die Staatsanwaltschaft gerichtet war. Als das Verfahren eingeleitet wurde, schloß sich der Vater des verführten Mädchens dem Verfahren an. In der weiteren Beweisaufnahme bekundeten **mehrere jugendliche Fabrikarbeiterinnen,** daß der Angeklagte sich an ihnen vergangen habe. Ein Mädchen behauptet, sie habe sich seinem Willen fügen müssen, weil der Angeklagte **drohte, er werde sonst ihren Vater aus der Fabrik entlassen.** Ueber den Leumund dieses Mädchens wurden eine ganze Reihe von Zeugen gehört, die alle bestätigten, daß die Familie sich des besten Ansehens erfreue, und daß es sich um ordentliche und rechtliche Leute handelte. Der Gendarm, auf dessen Anzeige der Angeklagte das Verfahren zurückführt, bekundet, daß er bei dem Angeklagten eine freie Wohnung innehatte, wofür er verschiedene Arbeiten übernahm. Dieser Umstand habe ihn natürlich nicht hindern können, seine Amtspflicht zu erfüllen. Das **Gericht** kam zu der vollen Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten und verurteilte ihn gestern zu **acht Monaten Gefängnis,** auf die die Untersuchungshaft eingerechnet wurde.

Eine eigenartige „Urkundenfälschung"

führte den Bergmann **Albert Diener** aus Clausthal vor die Göttinger Strafkammer. Kurz vor Pfingsten fand sich in der Grube „Kaiser Wilhelm II." eine sogenannte **Gedingstufe** versetzt. Es ist das ein an die Stollenwand angenageltes Merkzeichen, von welchem aus die Länge des ausgehauenen Ganges gemessen und der Akkordlohn berechnet wird. Und zwar war das Zeichen um 1—2 Meter zurückverlegt, so daß sich für die Arbeiter ein Gewinn ergeben mußte. Zur Kenntnis des Obersteigers kam die Fälschung durch den heute Angeklagten. Natürlich lenkte sich der Verdacht zunächst auf die Arbeiterkolonne, welche den Ruhen haben konnte. Schließlich kam es aber an den Tag, daß Diener, der in einer anderen Kameradschaft arbeitete, selbst das Zeichen versetzt hatte, um dem Vorhauer der verdächtigten Kolonne, mit dem er in Feindschaft lebte, einen Streich zu spielen! Da eine Gedingstufe als beweiserhebliche Privaturkunde anzusehen ist, wurde Diener wegen **Urkundenfälschung zu drei Monaten Gefängnis** verurteilt.

Unzüchtige Scherzpostkarten.

Die unlogische Begrenzung des Rechtsmittels der Revision auf Verletzung von „Rechtsnormen" im Gegensatz zu „tatsächlichen Feststellungen", bringt es mit sich, daß das Reichsgericht in ganz gleichliegenden Strafsachen bald so bald so entscheidet. Vor kurzer Zeit bestätigte, wie wir am 27. November mitteilten, der 3. Strafsenat ein **Bremer** Urteil, durch welches ein Händler nach § 184, 1 verurteilt worden war, weil er eine Postkarte feilgehalten hat, welche aus **vier nackten Frauenkörpern** zusammengesetzt, den **Kopf eines Lebemannes** zeigt. Am 19. August hat nun dieselbe Strafkammer des Landgerichts **Bremen,** allerdings unter anderer Besetzung, den Buchbindermeister W., der wegen **derselben Postkarte** angeklagt war, **freigesprochen.** Im Urteile war klar und schlüssig der Nachweis erbracht, daß von einer Verletzung des Scham- und Sittlichkeitsgefühls des normalen Menschen keine Rede sein könne — eine zutreffende Auffassung, der auch wir bei Besprechung des erwähnten Reichsgerichtsurteils Raum gaben. — Die **Revision** des Staatsanwalts gegen dieses Urteil wurde am Mittwoch von demselben Senate **verworfen.** In der Begründung wurde betont, daß derartige sich widersprechende Urteile nach Lage der Gesetzgebung nicht zu vermeiden sind.

Der Sittlichkeit ist sicherlich mehr mit der Freisprechung als mit der Verurteilung gedient, die lediglich unsittliche Unsittlichkeitsschnüffler zu befriedigen geeignet ist.

Aus der Frauenbewegung.

Die proletarische Frauenbewegung in Holland.

In dem kürzlich erschienenen „Arbeiter-Jahrbüchlein für 1910", herausgegeben von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Niederland, gibt die Genossin Pothuis-Smit eine Uebersicht über die Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung dieses Bundes. Die ersten sozialistischen Frauenvereine wurden im Jahre 1888 gegründet; der erste in Amsterdam, der zweite in Rotterdam, dann einer in Haag und einigen anderen Städten. Der damals bestehende Sozialdemokratische Bund gewährte den Frauenvereinen das Recht, sich ihm anzuschließen, und im Jahre 1887 erschien zum ersten Mal auf dem Parteikongreß eine weibliche Delegierte. Aber die jungen Organisationen gingen bald zugrunde. Als auch der alte Sozialdemokratische Bund mehr und mehr in Verfall geraten war und 1894 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei gegründet wurde, da war zunächst wenig Neigung zu einer besonderen Frauenpropaganda vorhanden. Die Partei forderte selbstverständlich in ihrem Programm Gleichberechtigung der Frau auf allen Gebieten, aber man wollte die Einheitlichkeit der Bewegung nicht durch eine besondere Frauenbewegung „schwächen" und einen Feminismus" großziehen. Aber mit dem Wachstum der Partei und der Gewerkschaften änderten sich die Ansichten. Das Zentralorgan „Het Volk" führte bei seiner Gründung (1899) eine besondere Rubrik für die Frauen ein, in der vor allem auch Aufklärung über die Frauenbewegung im Ausland gegeben wurde. (Allerdings hat die Redaktion diese Rubrik im Jahre 1906 wieder fallen gelassen, in der Meinung, daß ein besserer Ausbau der „Gemischten Neuigkeiten" mehr weibliche Leser heranziehen werde.) Inzwischen hatte sich jedoch immer mehr die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß eine besondere Frauenpropaganda notwendig sei, weil man mit der allgemeinen Parteiagitation nicht recht an die Frauen herankommen

konnte. Es waren zunächst einige Genossinnen in Amsterdam, die diese Ansicht zur Geltung brachten. Sie wünschten keineswegs eine unabhängige Frauenorganisation, sondern nur im Anschluß an die Partei einen Propagandaklub der Frauen, in den nur Mitglieder der Partei Aufnahme finden sollten. Ein solcher Sozialdemokratischer Frauenpropagandaklub für Amsterdam wurde dann auch 1905 im Einverständnis mit der Parteiorganisation gegründet. Man agitierte vor allem durch Hausbesuch, den ein besonderer „Leitfaden" erleichterte. Solche Klubs entwickelten sich bald auch in anderen Städten Hollands und im Jahre 1907 bestanden bereits 12 mit zusammen 550 Mitgliedern. Sie sandten im selben Jahre zwei Delegierte nach der Frauenkonferenz in Mannheim. Am Tage vor dem holländischen Parteitag zu Ostern 1908 wurde der Bund sozialdemokratischer Frauenpropagandaklubs gegründet. Jetzt besteht der Bund aus 18 Klubs und außerdem sind in drei Städten noch sozialdemokratische Propagandaklubs vorhanden, die sich dem Bunde nicht angeschlossen haben.

Seit dem 1. Mai 1908 gibt der Bund als sein Organ „De Proletarische Vrouw" heraus. Gegründet wurde das Blatt bereits 1905 als Organ des Amsterdamer Frauenklubs. Es erschien damals als Monatsblatt und hatte 450 Abonnenten. Seit dem 1. Januar 1908 erscheint es 14tägig und im Herbst 1909 war die Auflage bereits auf 2800 gestiegen. Die Frauenklubs und ihr Bund haben neben der allgemeinen Propaganda und Aufklärungsarbeit ihr Augenmerk besonders auch auf die Wahlrechtsfrage gerichtet. Bekanntlich ist es aber in Holland, abgesehen davon, daß die Frauen überhaupt kein Wahlrecht haben, auch mit dem Männerwahlrecht noch so schlecht bestellt, daß kaum die Hälfte der erwachsenen Männer wahlberechtigt ist. Nun befürchtete man — auch in den Kreisen der Genossinnen — daß, wenn man die Frauenwahlrechtsfrage allzusehr in den Vordergrund schiebe, die Reaktion in ihrem Interesse und zur Schwächung des proletarischen Einflusses ein beschränktes Frauenwahlrecht einführen werde. Aus diesem Grunde, und um jede Beeinträchtigung oder Verzögerung des schon seit langen Jahren geführten allgemeinen Wahlrechtskampfes zu vermeiden, verzichtete man darauf, in dem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion zur Reform der Verfassung sogleich das Frauenwahlrecht zu fordern. In der Verfassung sollte nur freier Spielraum für die Einführung des Frauenwahlrechts geschaffen werden, damit er dann bei der Ausarbeitung eines neuen Wahlgesetzes verwirklicht werden könne. Gegen diese Auffassung machte sich nach und nach eine Opposition geltend, und nachdem der internationale Kongreß in Stuttgart 1907 eine Resolution annahm, die die sozialdemokratischen Parteien verpflichtete, überall die Forderung des Frauenwahlrechts in den Wahlrechtskampf, sowohl bei der Propaganda wie bei der parlamentarischen Aktion, aufzunehmen, änderte auch die niederländische Kammerfraktion ihren Antrag zur Verfassungsreform in diesem Sinne.

In den letzten Jahren haben die Frauenklubs sich unter anderem auch mit der Frage der Mutterschaftsversicherung eifrig befaßt und dafür gesorgt, daß diese Forderung 1909 in das Kampfprogramm der Arbeiterpartei Aufnahme fand. Ferner haben die Klubs sich eifrig an der Wahlagitation und der Aufmunterung säumiger proletarischer Wähler beteiligt. Die Aufklärungs- und Bildungsarbeit wird in Kursus- und Leseabenden eifrig betrieben und auch der Frage der Kindererziehung widmen die Genossinnen besondere Aufmerksamkeit. Die Parteikasse hat den Bund der Frauenklubs im letzten Jahre mit 25 Gulden unterstützt, für das nächste Jahr soll diese Summe auf 100 Gulden erhöht werden. — Zum Schluß ihres Artikels schreibt die Genossin Pothuis-Smit:

„Im allgemeinen wurde die Errichtung der Klubs von den männlichen Parteigenossen mit wenig Sympathie begrüßt, eine Haltung, die natürlich sehr gut zu verstehen, aber darum nicht minder verkehrt ist. Aber nach der Arbeit von einigen Jahren änderte sich das. Viele, die im Anfang die Tätigkeit der Frauen unnötig, ja selbst schädlich nannten, sind nun, da sie die Resultate sehen, anderer Meinung geworden. —

Die sozialdemokratische Frauenbewegung steht noch im Anfang der Arbeit, die sie zu verrichten hat. Nur das Allererste ist geschehen, der Grund ist gelegt. Nun gilt es, weiter zu bauen. Aber wir können voll guten Mutes sein. Vielleicht ist in diesem Augenblick nirgends so viel Eifer und Feuer für das Propagandawerk in der Partei vorhanden als dort. Eine Riesenaufgabe scheint es, die abgearbeitete proletarische Frau für unseren Kampf zu gewinnen, aber wir haben gesehen, daß es geht. Und wir gehen also dieses Jahr wieder an die Arbeit mit der festen Ueberzeugung, daß es uns weiter bringen wird."

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 22.12. cm	seit 21.12. cm [1]	Wasserstand	am 22.12. cm	seit 21.12. cm [1]
Memel, Tilsit	481[2]	—7	Saale, Grochlitz	186	—10
Pregel, Insterburg	3[3]	0	Havel, Spandau[5]	88	—2
Weichsel, Thorn	82[4]	—26	„ Rathenow[5]	118[3]	—2
Oder, Ratibor	170	0	Spree, Spremberg[5]	88	—2
„ Krossen	172[3]	—15	„ Beeskow	160	—1
„ Frankfurt	190[4]	—20	Weser, Münden	46	—22
Warthe, Schrimm	64[4]	—20	„ Minden	112	+10
„ Landsberg	92[3]	—4	Rhein, Maximiliansau	446	+43
Netze, Nordnamm	8[3]	+1	„ Kaub	210	+7
Elbe, Leitmeritz	1	+2	„ Köln	302	+54
„ Dresden	-130[4]	—6	Neckar, Heilbronn	142	—4
„ Barby	171	—6	Main, Wertheim	—	—
„ Magdeburg	138	—12	Mosel, Trier	252	—15

[1]) + bedeutet Wachs. — Fall. [2]) Unterpegel. [3]) Eisstand. [4]) Eistreiben. [5]) Grundeisgang.

Auf der Oder dauert noch bei Kienitz und Schwedt der Grundeisgang fort.

Witterungsübersicht vom 23. Dezember 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5°C = 4°R.
Swinemünde	741	SSW	5	Regen	4
Hamburg	739	SW	4	Regen	7
Berlin	744	SW	3	Regen	5
Frankf. a. M.	745	NW	1	Nebel	4
München	751	SSO	1	bedeckt	3
Wien	754	NO	1	Nebel	2
Haparanda	765	NNO	2	wolkenl.	—28
Petersburg	764	NNO	1	wolkenl.	—12
Scilly	735	SW	4	bedeckt	9
Aberdeen	730	SSW	1	bedeckt	4
Paris	745	SSO	4	bedeckt	12

Wetterprognose für Freitag, den 24. Dezember 1909.

Sehr mild und zeitweise aufklarend, aber vorherrschend wolkig mit Niederschlägen und ziemlich starken südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, links Zahlstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

P. N. Weißensee. 1. Nach der Richtung fehlt uns die Erfahrung. 2. Hebammenlehranstalt Königliche Charité, Schumannstr. 21/22. Kostenpunkt 300 Mark. Der Kursus dauert von Oktober bis April. Meldungen werden nur bis zum Alter von 27 Jahren berücksichtigt. — **F. M. 100.** Marie-Seebach-Schule. Bei hervorragendem Talent unentgeltlich. Dauer des Kursus zehn Monate. Gesuche sind zu richten an den Vorsitzenden Oberregisseur Herrn Max Grube, Königl. Schauspielhaus. Briefliche Antworten lehnen wir ab. — **Max Schubert, Sebastianstr.** Wir empfehlen Ihnen, die Probe zur Begutachtung einem Fachmann vorzulegen. — **Mandoline 59.** Mandolinenklub Lyra, Hussitenstr. 34. — **A. K. 500.** Nehmen Sie ein Kochbuch zur Hand. Der Raum des „Vorwärts" ist dazu nicht da. — **J. L. 100.** Der Raum des Briefkastens läßt so weitgehende Frage- und Antwortstellung nicht zu. Orientieren Sie sich durch einschlägige Literatur, die ihnen in den Bibliotheken zur Verfügung steht. — **P. M. 75.** Erkundigen Sie sich bitte im amtlichen Auskunftsbureau, Bahnhof Alexanderplatz. — **Entrenous.** Auf das Geschäftsgebahren der Inserenten haben wir keinen Einfluß. — **G. K. 73.** Auf geschäftliche Empfehlungen lassen wir uns grundsätzlich nicht ein. — **K. E. 18.** Stiftungsdeputation des Magistrats, Poststr. 16, weist Ihnen das Gewünschte nach. — **G. E. 27.** Zur Impfung Ihres Kindes werden Sie mit Angabe des Impfarztes in ortsüblicher Weise aufgefordert. Im übrigen auch durch die dortigen Aerzte. — **W. B. 74.** Verschieden. Ohne nähere Angabe des Ortes nicht zu beantworten. Richten Sie Ihre Anfrage am besten an einen Gemeindevertreter oder Stadtverordneten des in Frage kommenden Ortes. — **Julius 32.** Richten Sie Ihr Gesuch an die Charité. Wegen Ihrer Gesinnung können Ihnen Schwierigkeiten nicht gemacht werden. — **G. P. 23.** Eine Klage gegen den Hauswirt hätte Aussicht auf Erfolg.

Unserm Bezirksführer Genossen
Georg Buchmann
und seiner lieben Braut, Genossin **Anna Quast**, die herzlichsten Glückwünsche zur Hochzeit!
Die Genossinnen und Genossen des 125. Bezirks. 36712

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis
Sandberger Viertel.
Bezirk Nr. 373. Teil III.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt
Gustav Kretschmer
(Dolziger Str. 48)
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. Dezember, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Zentral-Friedhofe in Friedrichsfelde statt.

Der Vorstand.

Zentral-Verband der Zivilmusiker Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Gustav Braeseke
am 21. d. M. verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am 25. Dezember (1. Feiertag), nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Kirchhofes in Groß-Lichterfelde-Ost, Langestraße, aus statt.

Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber, unvergeßlicher Mann, unser stets sorgender Vater
August Friede
am 21. Dezember gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Die tieftrauernde Witwe Pauline Friede geb. Walter nebst Kindern, 36712
Rüdersdorfer Str. 18.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter
Auguste Langner
sagen wir allen Verwandten, Freunden, Genossinnen und Genossen des 4. Wahlkreises unseren aufrichtigen Dank.

Reinh. Langner und Sohn.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner
Artur Nagel
am 21. d. Mts. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofs in Niederschönhausen-Nordend aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
131/15 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.

Für die innige Teilnahme bei der Beerdigung meines Sohnes **Emil** sage ich den werten Kollegen, der Geschäftsleitung des „Vorwärts" sowie dem Wahlverein des 6. Wahlkreises meinen Dank.

Die trauernde Mutter
29925 **Berta Frederich.**

Enorm billiger Verkauf
elegant. Monatsgarderoben früher 50–90 M., jetzt 12–28 M.
Deutsches Bekleidungshaus,
Große Frankfurterstraße 89.
Nur 1 Treppe, kein Laden.
Fahrgeld wird vergütet.

Zum Weihnachtsfest
Beste Bezugsquelle
Auf Teilzahlung

Wöchentl. nur 1 Mark
Herren- und Damenuhren, Ketten, Wand- und Standuhren, Grammophone, Zithern und alle Musikwaren.

Rollschuhe.
Juhre & König,
Warschauer Str. 68
Frankfurter Chaussee 121 (Laden)
Reinickendorfer Straße 101
und Göbenstraße 19.
Achten Sie genau auf unsere Firma.

Bilz Sanatorium
Dresden-Radebeul, 3 Aerzte, Prospekte frei. Zu Winterkuren sehr geeignet!

Garderobe
für
Herren, Damen und Kinder,
neueste Fassons
größte Auswahl.
Pelz-Garnituren
für Damen und Kinder
in kolossaler Auswahl
wöchentlich 1 Mark.
Möbel
Polsterwaren, komplette Wohnungs- und Kücheneinrichtungen, Leib- und Bettwäsche, Betten, Steppdecken, Teppiche, Gardinen, Portieren, Bilder, Wand- und Taschenuhren, Gas- und Petroleumkronen, Sport- u. Kinderwagen
auf Kredit
auch gegen bar
an jedermann, eventuell
ohne Anzahlung
bei kleinster Abzahlung.
S. Dorn
Alte Schönhauser Straße 3
Ecke Linienstraße.
Heute bis 10 Uhr abends geöffnet

Tischler-Verein E. H. 80.

Die von der Generalversammlung beschlossene Statutenänderung, Herabsetzung der Beiträge, ist von der Behörde genehmigt und tritt mit dem ersten Beitrag 1910 in Kraft.

Billetts zum Trianon-Theater am ersten Weihnachtstag sind noch bei allen Vorstandsmitgliedern zu haben.
199/17 **Der Vorstand.**

Aufklärung!
Mehr als
+2000 Aerzte+
verwenden im eigenen Gebrauche unsere
Hygienische Erfindung.
Verlangen Sie gratis Prospekt durch:
Chemische Fabrik „NASSOVIA"
Wiesbad. 225.
Als Drucksachegratis.
Als verschlossener Brief gegen 20 Pf.-Freim.

Soeben erschienen:
Goethes Werke
in sechs Bänden.

Im Auftrage der Goethe-Gesellschaft ausgewählt und herausgegeben von Erich Schmidt.

Elegante Ausstattung.
Preis nur 6 Mark.
Expedition des „Vorwärts"
Berlin SW., Lindenstr. 69
(Laden).

Kinder, die gern drucken,
zeigen Brunnenstr. 9.
Kompl. Druckereien von 40, 50, 75 Pf. usw. bis 4.50
Neu! Telegr. Schreibmaschine 4 M.
Plakat-Druck- und Schablonierkasten von 3.00 an.
H. Guttmann, Stempel-Fabrik. Fernspr. III, 6442. **Brunnenstraße 9** am Rosenthaler Tor.

Achtung! **Zigarrenhändler!** Achtung!
Größtes Lager in abgelagerten Zigarren
Größtes Lager in Weihnachtspackungen
Max Ziegenhals, BERLIN NO. 43, 70 Neue Königstr. 70
Telephon: Amt VII, 3047.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Berlin.

Das **Verbandsbureau** ist am **Freitag, den 24. Dezember (Heiligabend)** und am **Freitag, den 31. Dezember (Silvester) nur bis 1 Uhr mittags geöffnet.**

Das Bureau ist **geschlossen** am:

Freitag, den 24. Dezember, nachmittags.
Sonnabend, den 25. Dezember, den ganzen Tag.
Montag, den 27. Dezember, den ganzen Tag.
Freitag, den 31. Dezember, nachmittags.
Sonnabend, den 1. Januar, den ganzen Tag.

Diejenigen **Arbeitslosen**, welche die Unterstützung Sonnabends zu bekommen haben, erhalten sie **Freitags, vormittags von 9—12 Uhr**, ausgezahlt.

Die **Arbeitsnachweise** sind am 25. und 27. Dezember und 1. Januar **geschlossen.**

Die **Einkassierung der Beiträge in den Zahlstellen** erfolgt am 24. Dezember von 4—6 und am 31. Dezember von 5—7 Uhr.

33/20 **Die Ortsverwaltung.**

Wir empfehlen unsere hochfeinen aber doch billigen **Punschextrakte:**
1/8 Extrakt und 7/8 heißes Wasser gibt einen fertigen, vorzüglichen Punsch.

	1/1 Flasche
Glühfruchtwein-Punsch	1.10 M.
Arrak- „	1.50 „
Grog- „	1.50 „
Rum- „	1.50 „
Rotwein- „	1.50 „
Schlummer- „	1.50 „
Schwedischer- „	2.— „
Alkoholfreier- „	1.20 „

Käuflich in allen Geschäften in Berlin und Vororten, welche unsere Waren führen.

Jedes Etikett trägt unsere Firma
worauf wir zu achten bitten.

Man verlange Preislisten.

Hermann Meyer & Co. Akt.-Ges.
N., Wattstr. 11/12.

Hugo Beling

Weine ▫ **Liköre**

Filialen in allen Stadtteilen
und Vororten!

▫▫▫▫

Versäumen Sie nicht

heute bei mir

Ihren Einkauf zu machen!

▫▫▫▫

Sie erhalten ein reizendes Weihnachtsgeschenk
oder
::: eine Probeflasche Likör gratis! :::

Zum Feste!

Paletots und Ulster Tausendfältige Auswahl
80.- 70.- 60.- 50.- 40.- 36.- M.
30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 15.- M.

Geh-Pelze Geschmackvolle Pelzarten
275.- 250.- 225.- M.
185.- 150.- 115.- M.

Moderne Anzüge Tausendfältige Auswahl
70.- 65.- 55.- 50.- 40.- 36.- M.
30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 15.- M.

Moderne Hosen Neuzeitige, haltbare Stoffe
20.- 18.- 16.- 14.- 12.- 10.- M.
9.- 8.- 7.- 6.- 5.- 4.50 M.

Phantasie-Westen Aparte Neuheiten
18.- 15.- 12.- 10.- 9.- 8.- M.
6.- 5.- 4.- 3.50 2.75 2.- M.

BaerSohn

Spezial-Haus größten Maßstabes
für gute Herren- und Knaben-Kleidung

Chausseestraße 29-30 ▫ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Str. 20 ▫ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Winter-Katalog Nr. 38 (Neueste Moden) auf Wunsch kostenlos und portofrei.

Morgen, Sonnabend, den 1. Feiertag, geschlossen; Sonntag bis 2 Uhr geöffnet.

---

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Kein Laden! Kein Kaufzwang!

Sie sparen Geld! Wenn Sie **Möbel** direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: **Willi Maaß,** Brunnenstr. 35 kein Laden Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Hut-Arnold

Dresdenerstr. 116 (Kein Laden) am Oranienplatz

Hut und Mützen Engrosgeschäft

Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!

Weiche Herrenhüte v. 1,50-6,00 Nur fehlerfreie moderne Ware
Steife Herrenhüte v. 2,00-7,00 Nur fehlerfreie moderne Ware.

Grösste Auswahl in Mützen und Pelzwaren.

Wir offerieren unsere durch warme Destillation hergestellten Liköre bei unübertroffener Qualität zu folgenden sehr billigen Preisen. Z. B.:

Alpenkräuter	0,90 M.
Stonsdorfer	0,90 „
Berliner Doppel-Kümmel	0,95 „
Glühwürmchen	0,95 „
Thorner Lebenstropfen	1,10 „
Stargardter Tropfen	1,10 „
Halb und Halb	1,10 „
Meyers feiner Magenbitter	1,20 „
Kognak-Verschnitt	1,20 „
Rum-Verschnitt	1,20 „
Aromatique	1,80 „
Berliner Tafel-Kümmel	1,80 „

Käuflich in allen Geschäften in Berlin und Vororten, welche unsere Waren führen.

Jedes Etikett trägt unsere Firma, worauf wir zu achten bitten.
Man verlange Preislisten.

Hermann Meyer & Co.

Akt.-Ges.

N., Wattstraße 11/12.

D. Lechner

Brunnenstr. 7 am Rosenthaler Tor.

Auf Kredit

Garderoben für Herren, Damen und Kinder.

Pelzstolas, Betten

Kronen, Grätzin Hängelicht! Große Auswahl,
von **1 Mark** wöchentl. Teilzahlung an

Anzahlung von 5 Mark an

Ohne Anzahlung für Kunden, welche ihr Konto bei mir beglichen haben.

Sprechmaschinen

6 Platten gratis!

Möbel jeder Art!

Stube und Küche von **15** M. Anzahlung an.
Einzelne Möbelstücke von **5** M. Anzahlung an.

Teppiche, Portieren, Bilder usw.

Lieferung auch nach auswärts.

Vorzeiger dieses Inserats erhält nach Einkauf 3 M. gutgeschrieben.

Abends bis 10 Uhr geöffnet.

Gesundheit ist Reichtum!

Bade Berlin-Ost im

„Bad Frankfurt"

Große Frankfurter Str. 136.

Medizinische Bäder aller Art

in werktäglich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.

2 Wannenbäder mit je 2 Handtüchern 75 Pf. (40 Minuten Badezeit.)

Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Brauerei Friedrichshain (Am Königstor)

Am 1., 2. und 3. Weihnachtsfeiertag: **Fröhliche Weihnachten**

in den mit der neuesten und schönsten **Alpen-Dekoration** geschmückten Festsälen — **elektrische Riesenbäume** — veranstaltet von dem rühmlichst bekannten Festwirt

Schorsch Ehrengruber mit seiner Truppe (60 Personen) aus **München.**

Fröhlichstes Weihnachtskonzert — Jubel und Trubel.

Humoristisches Schneetreiben — Ueberraschungen. — Anfang 4 Uhr.

Am 3. Feiertage: **Gewitter in den Alpen: Es hagelt Weihnachtsgeschenke.**

Außerdem am 2. Feiertage von 12—3 Uhr mittags: **Matinee-Konzert** von **Alexander Schirman** (der russische Strauß (mit seinen 40 Künstlern).

Entree 50 Pf.

Ohne jede Anzahlung

Gegründet 1839. Gegründet 1839.

verkaufe ich **Pianos** erstklassiges Fabrikat (2mal prämiiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle.

(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag. 95/16*

Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.

Conrad Krause Nchfg., Berlin, Ansbacher Str. 1 Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.

Auch Sonntags geöffnet.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Auf Wunsch der Parteigenossen von **Zehlendorf-Wannseebahn** weisen wir nochmals darauf hin, daß die dortigen Lokale „Kaiserhof“, Potsdamer Straße, „Fürstenhof“ mit Stehbierhalle am Bahnhof, Hauptstraße, und Bruhn, Machnower Straße 2 der Arbeiterschaft seit Jahren beharrlich verweigert werden. Wir ersuchen daher, den Lokalkampf unserer Genossen, der gleichzeitig ein Kampf um die Gleichberechtigung mit den anderen Parteien ist, tatkräftig zu unterstützen.

In **Biesdorf-Süd** steht uns das Lokal „Gustav Exners Gesellschaftshaus“, Köpenicker Straße 25, zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Weihnachtsveranstaltungen

haben auch in diesem Jahre verschiedene Wahlvereine in Aussicht genommen. Es kommen folgende Arrangements in Frage:

Zweiter Wahlkreis. Sonnabend, den 25. Dezember (1. Weihnachtsfeiertag), abends 6 Uhr, in den Gesamträumen der „Viktoria-Brauerei“, Lützowstr. 111: **Winterfest.** Mitwirkende: Berliner Sinfonie-Orchester, Herr Fr. Grosse (Cello), Gesangverein „Liedertafel-West“. Nachher Ball. **Eintritt 30 Pf.**

Vierter Wahlkreis. Sonntag, 26. Dezember (zweiter Weihnachtsfeiertag): Zwei große Matineen in Kellers Festsälen, Koppenstraße 29, unter Mitwirkung der Konzertsängerinnen Fräulein Hedwig Geißler, Fräulein Marianne Geyer und des Rezitators und Dialekthumoristen Otto Wiemer;

im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuser Straße 6, unter Mitwirkung der Frau Margarete Walkotte und des Trios der Herren R. Kursch, W. Deckert und F. Gutbeutsch. Eröffnung 11 Uhr. Billett 30 Pf. Anfang präzise 12 Uhr. Wir ersuchen die Mitglieder und deren Angehörige, sich rechtzeitig mit Billetts zu versehen, da offene Kasse nicht stattfindet.

Sechster Wahlkreis. Sonnabend, den 25. Dezember, mittags 12 Uhr (1. Weihnachtsfeiertag): Große Matinee im Berliner Prater, Kastanien-Allee 7—9. Mitwirkende: Berliner Ulk-Trio, Gesangverein „Hilaritas“, Freie Turner der Schönhauser Vorstadt, Zivil-Berufsmusiker.

Sonntag, den 26. Dezember, mittags 12 Uhr (2. Weihnachtsfeiertag): Sechs Matineen in folgenden Lokalen: Prachtsäle Nordwest, Wiclefstr. 24; Patzenhofer Brauerei, Turmstraße 25/26; Ballschmieders Etablissement, Badstr. 16; Jos. Frankes Festsäle, Badstr. 19; Bernhard Rose-Theater, Badstr. 57; Germania-Säle, Chausseestr. 110. Mitwirkende: Berliner Ulk-Trio, Berliner Humor-Trio, Volkssängergesellschaft Hugo Anke, Apollo-Sänger, Volkssänger-Gesellschaft Strzelewicz, Paul Mantheys „Lustige Sänger“, Mundharmonika-Verein „Vorwärts“, Elite-Orchester Fritz Blume. — Gesangvereine: Liederlust II, Vereinte Sangesbrüder Moabit, Vereinigter Sängerchor Wedding, „Neu Erwacht“. — Freie Turner und Zivil-Berufsmusiker.

Sonntag, den 26. Dezember, nachmittags 5 Uhr: Heiterer Kunst- und Musikabend in den Pharus-Sälen, Müllerstraße 142. Mitwirkende: Berliner Ulk-Trio, Tietzsche Konzertkapelle, Lotte Frapk (Soubrette), Herr Fritz Richard vom Deutschen Theater.

Rixdorf. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß die Bibliothek des Wahlvereins vom 24. bis 27. Dezember geschlossen bleibt. Wiedereröffnung Dienstag, den 28. Dezember, abends 7 Uhr.

Die Bibliothekskommission.

Schöneberg. Die am Dienstag, den 28. Dezember fällige Wahlvereinsversammlung fällt aus. Am Montag, den 27. d. M. (3. Weihnachtsfeiertag) veranstalten die Genossinnen in den Räumen der Neuen Rathaussäle, Meiningerstraße 8, eine Märchenaufführung: „Der Fischer und sine Fru“, dargestellt von Kindern.

Kaulsdorf N.-B. Wir machen die Genossen, namentlich diejenigen, welche während der Feiertage hierher kommen, darauf aufmerksam, daß uns das Hamannsche Lokal (Inhaber Kobelt), Frankfurter Chaussee, nach wie vor zu Parteizwecken verweigert wird und ersuchen dringend, dieses zu beachten. Für den persönlichen Verkehr steht das Lokal von Götze an der Frankfurter Chaussee zur Verfügung. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Der moderne Tannenbaum.

Weihnachtsmann und Schutzmann sind niemals rechte Freunde gewesen. In den letzten Jahren hat sich die Polizeiobrigkeit immer mehr bemüht, ihre Nase recht tief auch in den Weihnachtskram zu stecken. Den kleinen Straßenhändlern, welche ja nunmehr vom Berliner Weihnachtstrubel endgültig abgesägt sind, was im Prinzip des Kinderschutzes zweifellos sein Gutes hat, wurde von unseren Schutzleuten noch vor Jahresfrist scharf auf die Finger gesehen, und vielen großen Geschäftsleuten wird auch in Zukunft die Weihnachtsfreude durch übereifrige Polizeier mit einem Strafmandat versalzen werden. Noch hat ja der Weihnachtsmann nicht offiziell Einkehr gehalten, aber schon macht die Polizei gegen ihn mobil. Angeblich auf Veranlassung der Steuerbehörde läßt sie die bereits auf den Engrosmärkten lagernden Tannenbaumbestände revidieren. Moloch Staat schenkt dem Volke selbst zum „Feste der Liebe“ nicht die geringste Kleinigkeit. Er nimmt, was er kriegen kann, und sorgt dafür, daß selbst die Preise für Tannenbäume kräftig in die Höhe gehen.

Kostet der elendeste Tannenstrunk mehr als ein Viergroschenbrot, dann muß der bescheidenen Proletarierfamilie der moderne Ausputz des Weihnachtsbaumes doppelt schwer fallen. Das sogenannte Christkind ist verteufelt anspruchsvoll geworden. Längst begnügt es sich nicht mehr mit grünen Zweigen, harzigem Tannenduft und schmalen Dreierlichten. Auch die Weihnachtstanne hat die Mode unserer nach außen hin so talmiglänzenden Zeiten mitgemacht. Sie läßt sich putzen und schmücken wie ein eitles Frauenzimmer, das alle natürliche Anmut unter hohlem Tand versteckt. In unserer Jugend, noch vor zwanzig und dreißig Jahren, feierten wir Weihnachten anders, vielleicht besser und innerlicher. Die ganze Familie war in den paar freien Abendstunden vor dem großen Tag damit beschäftigt, den Schmuck des Tannenbaums mühsam mit eigenen Fingern zu basteln. Da wurden bunte Papierketten geklebt, leuchtende Sterne geschnitten, Aepfel und Nüsse vergoldet und versilbert. All den liebevoll zusammengefügten Weihnachtskram hing man nebst Pfefferkuchenfiguren und Zuckerkringeln an Wollfäden über die Zweige, und zuguterletzt kam als Prunkstück auf die Spitze eine goldene Pappsonne oder ein wächserner Engel. Solche selbstgefertigte Einfachheit, über die doch helle Freude herrschte bei Groß und Klein, sieht man heute selten. Wer das Geld dazu hat, kann seinen Tannenbaumschmuck bis auf das letzte Stückchen fix und fertig kaufen und sich für wenige Tage einen Glanz vorzaubern, gegen den die rauhe Wirklichkeit gewaltig absticht. Diese moderne Industrie des Christbaumschmucks hat sogar einen Aufschwung genommen, an den man vor wenigen Jahren noch nicht dachte. Was da alles erfunden und hergestellt wird, ist oft bewundernswert, aber auch nichts für arme Leute. Der Appetit kommt hier beim bloßen Ansehen. Doch überlegt man es sich richtig, so ist ein Weihnachtsstollen oder auch nur ein Viergroschenbrot nützlicher als die glitzernde gebrechliche Ware, die das Auge, aber nicht den knurrenden Magen erfreut.

Ist nicht auch dieser Luxus am Weihnachtsbaum des Reichen ein Zeichen unserer Zeit. In gar vielen Familien, bei denen das Geld keine Rolle spielt, brennen am Weihnachtsabend Tannenbäume, deren Herstellung einen Bläuling und mehr gekostet hat. Die Stearinkerze mit ihrem milden flackernden Licht ist durch die elektrische Glühbirne in allen Farben ersetzt. Der Fuß des Baumes wurzelt in einem mechanischen Musikwerk, und gefallsüchtig dreht sich das Ganze im Kreise. Unter Gold- und Silberflittern sind die grünen Tannenzweige kaum sichtbar. Rings auf den Gabentischen liegt ein halbes Warenhaus aufgestapelt. Blasiert machen die an Pracht gewöhnten Wohlhabenden den christlichen Rummel mit. Keine reine Freude kann in ihren versteinerten Herzen aufkommen und auch kein Funke von Gefühl, ob wohl jenen, die all den glänzenden Kram in schlecht bezahlter Arbeit gefertigt haben, heute auch der Tannenbaum strahlt. Sie können sich nicht hineindenken, daß in Tausenden von Familien auch am Weihnachtsabend die Sorge vor der Tür steht. Und wer doch mit den letzten zusammengekratzten Groschen seinen Lieben einen bescheidenen Tannenbaum aufgebaut hat, dem leuchtet trotz der pochenden Not wenigstens für kurze Stunden die echte Freude aus den Augen.

Wintersonnenwende.

Dem Tag, da die Sonne endlich ihren tiefsten Stand erreicht, um sich zögernd aus ihrer gedrückten Stellung aufzurichten wie ein vom Schicksal gebeugter Wanderer, der neuen Mut zu schöpfen beginnt, sehnt alles Lebendige sich entgegen. Nicht bloß der Mensch, der die Wintersonnenwende im voraus berechnet und schon in uralten Vorgeschlechtern seinen Kultus mit dieser Erscheinung getrieben hat, sondern auch Tier und Pflanze. Sie rechnen nichts aber sie fühlen, gleichviel mit oder ohne Bewußtsein. Denn jedem Leben ist Empfindung gemeinsam. Wenn es bergab geht, der Kampf um die Existenzbedingungen immer schwerer wird und der Frost ans Herz greift, dann wird im gleichen Maße die Empfindung stärker, daß der Tiefpunkt erreicht werden wird und die Zukunft wieder ein Aufsteigen bringen muß. Das Periodische beherrscht alles was lebt, wie es auch alles beherrscht, was wir tot nennen, weil wir sein Leben nicht sehen.

Draußen hat alles die Energie des Lebens auf den kleinsten Punkt gestellt. Es ist Schlafenszeit. Am schlimmsten geht es der höheren Tierwelt, soweit der Winterschlaf bei ihnen nicht zur ständigen Institution geworden ist. Die Vögel, die bei uns ausharren, kennen diese Einrichtung nicht, sie läßt sich mit ihrem heißen Blute nicht vereinigen. Jeder Winter fordert viele Opfer unter ihnen. Auch Meister Lampe und den Rehen wird übel mitgespielt, wenn der Schnee zu tief und zu lange liegt. Besser hat es das Eichhörnchen, das abwechselnd schläft und bei schönem Wetter erwacht, um Exkursionen nach seinen Haselnuß- und anderen Vorräten in hohlen Bäumen zu unternehmen. Das Kleinzeug aber schläft im Schlamm der Teiche, der Seen, in Erdlöchern und zu Myriaden in den Moospolstern und im Mulm des Waldbodens. Bald wird die Sonne wieder höher und höher steigen. Unmerklich und doch stetig wird sich die Kraft ihrer Strahlen steigern, und während der Kalender noch Monate hindurch den Winter anzeigt, und Schnee und Eis die Fluren decken, ist der Beginn des Winters doch nur der Anfang seines Endes.

Ueber Mißerfolge des Achtklassensystems der Gemeindeschule

wurde in der letzten Stadtverordnetensitzung wieder von Wortführern der freisinnigen Mehrheit geklagt. Was von solchem Gerede zu halten ist, zeigte ihnen unser Redner Genosse Borgmann. Es ist vielleicht nicht überflüssig, daß wir auf den Gegenstand noch einmal zurückkommen.

Gerade die Uebersicht über die Gemeindeschulfrequenz, die den Anlaß zu dieser Debatte über den Wert oder Unwert des Achtklassensystems gab, bestärkt uns nur noch in der Meinung, daß die Erfolge des Achtklassensystems sich von Jahr zu Jahr bessern werden. Wieder hat in dem laufenden Winterhalbjahr, auf das die Frequenzübersicht sich beziehlt, die Zahl der in die obersten Klassen aufgerückten Kinder zugenommen. Ueberblicken wir den Zeitraum vom Winterhalbjahr 1907/08 bis zum Winterhalbjahr 1909/10, so sehen wir, daß die Gesamtzahl der Gemeindeschulkinder Berlins infolge des Rückganges, der in 1908 begann, jetzt niedriger ist als Ende 1907. Vermindert hat sich aber die Zahl der Kinder nur in den unteren und in den mittleren Klassen, in den oberen hat sie ununterbrochen sich vermehrt. Im November 1907, Mai 1908, November 1908, Mai 1909, November 1909 wurden gezählt: in den zweiten Klassen 9819, 10 120, 10 177, 10 581, 10 598 Knaben und 10 606, 10 590, 10 688, 10 844, 11 250 Mädchen, in den ersten Klassen 4547, 4724, 4773, 4988, 5137 Knaben und 4756, 5024, 5073, 5363, 5421 Mädchen. Diese Zahlenreihen zeigen besonders für die ersten Klassen eine kräftige Aufwärtsbewegung, wobei immer zu beachten ist, daß im Lauf derselben fünf Halbjahre in den Gemeindeschulen Berlins die Gesamtzahl der Knaben von 112 921 auf 112 580, die der Mädchen von 115 547 auf 114 708 sich ermäßigt hat. Wir dürfen erwarten, daß die Aufwärtsbewegung der Frequenz erster und zweiter Klassen fortdauern wird, so daß schließlich eine ausreichend große Zahl Gemeindeschulkinder in diese Klassen gelangt. Daß in einer achtjährigen Schulzeit sämtliche Kinder es bis zur obersten Klasse bringen, wird sich selbstverständlich niemals erreichen lassen. Auch bei sieben, ja sogar bei sechs Klassen würde das nicht möglich sein und ist es nicht möglich gewesen.

Die hemmenden Ursachen, die so manches Kind im Aufrücken beeinträchtigen, sind in der Stadtverordnetensitzung erörtert worden. Auch Stadtschulrat Fischer hat sie bei der Feier der Einweihung der 300. Gemeindeschule in seiner Festrede berührt. Unter anderem nannte er die zahlreichen Umzüge innerhalb der Stadt, die zu einer Umschulung der Kinder nötigen, auch die zahlreichen Zuzüge von außerhalb, die den Gemeindeschulen Berlins für die nach außerhalb wegziehenden Kinder einen minder gut vorgebildeten Ersatz zuführen. Es hätte nahe gelegen, hier auch auf diejenigen Umschulungen hinzuweisen, die die Schulverwaltung den nicht umziehenden Kindern aufzwingt, weil sie der Ersparnis wegen die Klassen möglichst füllen will und minder gefüllte Klassen auflöst. Der Herr Stadtschulrat überging in seiner Festrede diesen Punkt mit völligem Stillschweigen. Weiß einer, wie groß alljährlich die Zahl dieser Umschulungen ist? In den Verwaltungsberichten der Schuldeputation finden wir Angaben über die Zahl der Kinder, die ihre Schulen verließen, ohne die Schulpflicht erfüllt zu haben, d. h. derjenigen Kinder, die lediglich ihre Schule wechselten (soweit sie nicht durch Tod ausschieden oder in Erziehungsanstalten gegeben wurden). Im Schuljahr 1908/09 schieden aus ihren Schulen aus: 18 909 Kinder wegen Verzug innerhalb Berlins, 10 361 wegen Verzug nach außerhalb, 2234 wegen Uebertritt in höhere Lehranstalten, 243 wegen Ueberweisung in Fürsorgeerziehung, 556 durch den Tod. Außerdem wird für 8486 „Umschulung aus anderen Gründen“ genannt. Was für „andere Gründe“ können das sein? Wir müssen annehmen, daß wir es hier mit jenen Umschulungen zu tun haben, die die Schulverwaltung aus Ersparnisgründen den Kindern aufzwingt. Die Zahl dieser Umschulungen ist in den letzten Jahren noch beträchtlich gestiegen: in dem Jahrfünft 1904/05 bis 1908/09 war sie 6637, 6396, 7518, 6796, 8486.

Wie wär's, wenn die Schulverwaltung sich bemühte, wenigstens diese Ursachen der Beeinträchtigung des Unterrichtserfolges zu beseitigen? Aber gerade hier, wo ihr die Möglichkeit gegeben ist, bessernd einzugreifen, wird sie es nicht tun wollen. Unsere Gemeindeschulen werden die aufgezwungenen Umschulungen behalten, weil — nach einem Wort des Stadtschulrats — Gemeindeschulen nicht mit höheren Lehranstalten zu vergleichen sind. Gemeindeschulen müssen es eben leiden, daß man sie nicht als einen Schulorganismus ansieht, sondern als ein Sammelsurium von Kindern, die man bald hierhin, bald dorthin schiebt. Gemeindeschulen müssen damit zufrieden sein, daß man ihnen die minder gefüllten Klassen auflöst und die überzähligen Kinder fremden Schulen zuweist. Und das um der Ersparnis willen!

Neujahrsgrüße des Weltverkehrs. Seit einer Reihe von Jahren hat sich die Sitte herausgebildet, daß die großen Post- und Telegraphenämter der ganzen Welt Neujahrsgrüße austauschen. Von Berlin aus werden nach allen wichtigen Hauptstädten des In- und Auslandes poetische Depeschen und künstlerisch ausgestattete Kartengrüße gesandt. Für die Glückwunschkarte der deutschen Reichspost wird sogar in der Regel eine Preiskonkurrenz ausgeschrieben. Hier gratulieren auch die großen Telegraphen- und Postämter unter sich mit bunten Karten. Die Zahl der Depeschen und Karten, welche aus allen möglichen deutschen Gauen und aus dem Auslande kommen, geht in die Hunderte. Sie zeigen gewöhnlich hübsche Ansichten der betreffenden Städte und sind in der Landessprache oder in mehreren Sprachen abgefaßt. Regelmäßig waren in den letzten Jahren unter anderem Oesterreich, England, Holland, die Schweiz, Amerika, die Türkei, Ostasien vertreten. Beispielsweise depeschierte Wien vor Jahresfrist an Berlin die folgenden launigen Knittelverse:

Im neuen Jahre 1909
Da wollen wir's wie un'sre Kanzler halten,
Ob auch Gefahren uns umdräun,
Wir bleiben doch die festverbundenen Alten.
Schon Schiller sagt, daß Treu' kein leerer Wahn,
Und Schiller hat von Bülow nichts gewußt
Und nichts, wie unten am Balkan
Man die Völker gegen Oestreich hußt.
Hauptsache bleibt aber doch der „Draht“,
Selbstverständlich, wenn man ihn hat.
Drum bring' auch das neue Jahr so viel Geld,
Als man in Berlin Denkmäler zählt.

Wir schreiben Herrn Kraetke an der Jahreswende aufrichtig ins Weltverkehrs-Stammbuch:

Halt nicht mehr Neujahrskarten feil
Und sez' Dich bald aufs Altenteil!

Wie „Interviews“ des „Berliner Lokal-Anzeiger“ zustande kommen.

Die Sucht des „Lokal-Anzeigers“, bei allen möglichen Gelegenheiten bestimmte Personen interviewen zu lassen und das Ergebnis in sensationell aufgeputzter Weise seinem Lesepublikum brühwarm vorzusetzen, hat dem Scherlblatt wieder einmal eine arge Blamage eingebracht.

Zum Ausgang des Kwilecki-Prozesses brachte der „Lokal-Anz.“ ein längeres Interview mit dem Posener Rechtsanwalt Landsberg, dem Vertreter der Frau Mayer. Nun teilt Justizrat Landsberg in den „Pos. Neuesten Nachr.“ mit, daß er ein solches „Interview“ mit niemand gehabt habe. Auf das telegraphische Ersuchen eines Berliner Herrn habe er eine Ausfragerei abgelehnt und nur lediglich ein paar Fragen beantwortet. Daraus habe nun der „Berl. Lok.-Anz.“ ein langes Interview konstruiert, dem er auf keinem Fall beistimmen könne. Justizrat Landsberg verwahrt sich ausdrücklich gegen diese „blöden, seiner Anwaltsstellung und seiner Ueberzeugung widerstreitenden Bemerkungen.“

Justizrat Landsberg hat ein Schreiben an die Redaktion des „L.-A.“ gerichtet und den Abdruck desselben verlangt. In seiner gestrigen Morgenausgabe bringt der „L.-A.“ nur eine kurze Bemerkung aus dem Schreiben und wie wir konstatieren können, unter Weglassung der scharfen Worte. Das Originalschreiben, das in den „Pos. Neuest. Nachr.“ veröffentlicht ist, wird sich Herr Scherl wohl nicht hinter den Spiegel stecken.

Eisenbahnunfall. Nach amtlicher Meldung ist in vergangener Nacht, 1 Uhr 35 Minuten, bei der Einfahrt des letzten fahrplanmäßigen Stadtbahnzuges in Bahnhof Charlottenburg in der Weiche 2 die Maschine und der erste Wagen des Zuges entgleist. Die Aufgleisung beanspruchte die Zeit bis 7 Uhr 25 Minuten morgens. Bis dahin wurde der Betrieb über die Ferngleise aufrechterhalten. Personen sind nicht verletzt worden. Der Schaden an den Betriebsmitteln und dem Gleise ist unerheblich.

Ein Bauunfall, bei dem zwei Personen verletzt wurden, ereignete sich gestern gegen Abend in der Kurfürstenstraße 115/116. Auf dem umfangreichen Grundstück führt der jüdische „Bruderverein zu gegenseitiger Unterstützung“ Neubauten auf, die im Rohbau fast fertiggestellt sind. Gestern waren nun Arbeiter damit beschäftigt, in der Dachkonstruktion einen schweren Träger zu verlegen. Dieser ruhte an beiden Enden auf Holzblöcken und war zur Vorsicht angeseilt worden. Durch Zufall geriet nun einer der Holzblöcke ins Wanken, wobei auch zwei Arbeiter das Gleichgewicht verloren und mehrere Meter tief in das oberste Geschoß hinabstürzten. Da sich sofort das Gerücht verbreitete, daß ein Teil des Dachgeschosses eingestürzt sei und Personen unter sich begraben habe, so wurde die Charlottenburger Feuerwehr herbeigerufen. Diese brauchte jedoch nicht in Tätigkeit zu treten, da die abgestürzten Arbeiter bereits in Sicherheit gebracht waren. Ihre Verletzungen erwiesen sich glücklicherweise auch nicht als schwer. Beide konnten nach Anlegung von Verbänden ihre Wohnung aufsuchen.

Unglaublich leichtsinniges Umgehen mit einer Schußwaffe hat abermals einen bedauerlichen Unglücksfall herbeigeführt. Vorgestern abend begab sich der Musikdirektor im königl. Opernhause Fritz Bäcker nach Erledigung von Weihnachtseinkäufen mit seinen beiden Söhnen im Alter von 8 und 10 Jahren nach einem Waffengeschäft in der Friedrichstraße, um einen Revolver entladen zu lassen. Der hier tätige 24 Jahre alte Angestellte Hugo Brandt ging mit der Waffe so fahrlässig um, daß sie sich plötzlich entlud und eine Kugel dem älteren Sohne Bäckers in die rechte Seite unterhalb des Schulterblattes drang, die Lungenspitze durchbohrte und im Körper stecken blieb. Herr B. brachte den Knaben mittels Droschke nach dem Urbankrankenhause, wo er bedenklich daniederliegt. — Daß ein

Angestellter eines Waffengeschäftes ein solches Unglück verursacht, ist unbegreiflich.

Kindesmorde? Eine grausige Entdeckung machte vorgestern der Schneider Reinhold Sommer in der Metzerstr. 26. Als er einen Ofen zum erstenmal heizen wollte, fand er im Feuerloch ein Paket, das die Leiche eines neugeborenen Kindes enthielt. Diese war schon stark verwest. Ob das Kind umgebracht worden ist, ließ sich deshalb nicht ohne weiteres mehr feststellen. Die Mutter ist wahrscheinlich ein Mädchen, das Ende Juni dort gewohnt hat. Es muß das Kind heimlich geboren und die Leiche in den Ofen gesteckt haben. Die Unbekannte nannte sich damals Franziska Bawelski. Als sie wegzog gab sie an, daß sie nach Danzig zurückfahren wolle. Ob jedoch ihre Angaben richtig sind, ist sehr die Frage. — Eine andere Kindesleiche fand gestern abend ein Bewohner des Hauses Kreuzbergstr. 48 auf dem Bürgersteig. Auch diese wurde der Polizei übergeben und nach dem Schauhause gebracht.

Gefunden. Ein auf den Namen Georg Schellack, Mechaniker, lautendes Mitgliedsbuch Nr. 358 156 des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist gefunden worden. Abzuholen in der Zeitungsspedition Rummelsburg, Alt-Boxhagen 56.

Im Rose-Theater beherrscht Goethes „Faust" den Spielplan. Das Stück geht mit Ausnahme von Freitag, Silvesterabend, täglich in Szene. Am Silvesterabend gelangt das Lustspiel „Der Vizepapa" von Artur Richards zum erstenmal zur Aufführung. An den drei Feiertagen wird nachmittags am ersten „Maria Stuart", am zweiten „Kabale und Liebe", am dritten „Die Grille" gegeben.

Feuerwehrnachrichten. In der letzten Nacht kam in der Warschauer Straße 41/42, nahe der Warschauer Brücke, in einem großen Fabrikgebäude Feuer aus. Dort brannten in einer Korkenfabrik Regale, Fenster, Decken, Korken, eine Korkenmühle und anderes. Die Flammen hatten schon eine solche Ausdehnung erlangt, daß der 7. Zug gleich mehrere Schlauchleitungen vornehmen mußte, um ein Ueberspringen der Flammen auf die übrigen dort befindlichen Betriebe zu verhüten. Erst nach mehrstündiger Tätigkeit konnte die Feuerwehr wieder abrücken. Der Schaden ist erheblich, soll aber durch Versicherung gedeckt sein. Ueber die Entstehung war nichts zu ermitteln. — In selbstmörderischer Absicht versuchte sich in der letzten Nacht eine Frau in der Blücherstraße 33 mit Leuchtgas zu vergiften. Die um Hilfe angegangene Feuerwehr entsandte unverzüglich zwei Samariter mit Sauerstoff. Nach etwa einstündigem Bemühen war die Frau so weit wieder hergestellt, daß man Hoffnung auf Rettung hegen darf.

Vorort-Nachrichten.

Weihnachtsveranstaltungen.

Schöneberg. Am ersten Weihnachtsfeiertage findet in den Neuen Rathaussälen eine Festlichkeit des Arbeiter-Gesangvereins „Schöneberger Männerchor" statt. Konzert, Gesang und Tanz bilden das reichhaltige Programm und sind Billetts in der Spedition, Martin-Luther-Straße 51, zu haben.

Der Arbeiter-Turnverein veranstaltet an demselben Tage in den Prachtsälen des Westens, Spichernstraße, sein Weihnachtsvergnügen.

Steglitz. Der Wahlverein begeht sein diesjähriges Weihnachtsfest am Sonnabend, den 25. d. M. (1. Feierag), in den Markgrafensälen, Markgrafendamm 34, unter Mitwirkung des Berliner Sinfonie-Orchesters (Dirigent Maximilian Fischer), des Gesangvereins „Frohsinn" und „Vorwärts IV" (M. d. A.-S.-B.) und des „Berliner Volks-Kabarett" des Herrn Rosemann-Rosse". Anschließend großer Ball. Saalöffnung 5 Uhr, Beginn des Konzerts 6 Uhr. Eintritt 30 Pf. Die arbeitslosen Genossen nebst Familie haben freien Eintritt.

Köpenick. Der Gesangverein „Männer-Chor" (M. d. A.-S.-B.) veranstaltet am 1. Feiertag abends 7 Uhr im Stadttheater ein Konzert unter Leitung des Chormeisters H. Paul und Mitwirkung des Sinfonie-Orchesters, des Herrn Vogel-Berlin und des Rezitators Schätzer-Parafini vom Schiller-Theater, Berlin. Zur Aufführung gelangt unter anderem „Columbus", Melodrama für Chor und Orchester. Nach dem Konzert: Tanz.

Da der Verein bei unseren Festlichkeiten und sonstigen Anlässen stets seine Schuldigkeit tut, werden die Genossen ersucht, diese künstlerische Veranstaltung zu besuchen.

Klein-Schönebeck-Schöneiche. Der hiesige Arbeiter-Turnverein veranstaltet am ersten Weihnachtsfeiertag ein Vergnügen mit reichhaltigem Programm. Da der Verein bei Arbeiterfestlichkeiten mitwirkt, so wird die hiesige Arbeiterschaft ersucht, sich recht zahlreich an dem Weihnachtsvergnügen zu beteiligen.

Spandau. Der Bildungsausschuß veranstaltet am ersten Weihnachtsfeiertag vormittags 11 Uhr im Lokale von Böhle, Havelstraße, eine Matinee, in welcher bedeutende Künstler mitwirken. — Die Freie Gemeinde veranstaltet am selben Tage abends 7 Uhr im Lokale von Gottwald, Schönwalder Straße, eine Abendunterhaltung, bei welcher die Spandauer Volksbühne das mehraktige Theaterstück „Freidenker und Jesuit" zur Aufführung bringen wird. Beide Veranstaltungen werden hoffentlich von den Parteigenossen durch zahlreichen Besuch unterstützt werden.

Charlottenburg.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung. Die Versammlung vom Mittwoch zog sich bis nach Mitternacht hin. Von den Verhandlungsgegenständen beanspruchte das größte Interesse der Bericht des Ausschusses über den sozialdemokratischen Antrag betreffend die Mißhandlungen im Waisenhaus Luisen-Andenken. Wie bereits mitgeteilt, hat der Ausschuß nicht nur den Antrag auf Entlassung des Hausvaters und Verbot der Ausübung der Erziehungsarbeit im Nebenamt mit allen Stimmen gegen die der Antragsteller abgelehnt, sondern sogar darüber hinaus dem Hausvater noch ein besonderes Vertrauensvotum ausgestellt. Unsere an die vom Ausschuß vorgenommene „Untersuchung" geknüpfte Kritik hat die Mehrheit der Versammlung naturgemäß arg verschnupft. Während der Berichterstatter Stadtv. Dr. Röthig diesem Unwillen wenigstens in anständiger Form Ausdruck gab, suchte sein Fraktionskollege, der sich liberal nennende Stadtv. Otto, seinem gequälten Herzen durch Zwischenrufe wie „ganz des „Vorwärts" würdig" Luft zu machen. Tatsächlich aber ist die Kritik des „Vorwärts" noch viel zu milde gewesen. Wies doch unser Fraktionsredner Dr. Borchardt aus den Akten nach, daß in einem Falle, wo geprügelt wurde, der Arzt dem Waisenvater ernsthafte Vorhaltungen über sein Benehmen gemacht hat, während der Ausschuß, obwohl ihm der Brief des Arztes vorlag, in seinen „Feststellungen" einfach erklärt, der Brief enthalte keine Vorhaltungen. Wenn man so die Wahrheit auf den Kopf stellt und wenn man außerdem die Vernehmung der von den Antragstellern genannten Zeugen grundsätzlich ablehnt, dann haben die „Feststellungen" natürlich keinen Wert, dann hat, wie einer unserer Genossen durch einen Zwischenruf bemerkte, der Ausschuß lediglich Komödie gespielt.

Als erster Diskussionsredner bemühte sich Genosse Dr. Borchardt noch einmal in objektiver Weise das Material der Antragsteller und das Ergebnis der Ausschußberatungen zu würdigen und vor allem den Nachweis zu führen, daß ein Mann, der, wenn er mit der Erziehungsarbeit beginnt, bereits durch seine Lehrtätigkeit ermüdet ist, unmöglich seines Amtes in der richtigen Weise walten kann. Aber unser Genosse predigte tauben Ohren. Die Liberalen schickten einen Redner nach dem andern vor, die sich gegenseitig in sittlichem Pathos zu überbieten strebten, ein Moment, das der so überaus ernsten Sache einen humoristischen Beigeschmack gab. Auch unseren weiteren Rednern, dem Genossen Zietsch, der den Herren mit einem gewuchtigen Beweismaterial diente, sowie dem Genossen Vogel, der sich gegen die Prügelpädagogen im allgemeinen wandte, gelang es nicht, die Mehrheit zu bekehren. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten lehnte die Versammlung den Antrag ab und besiegelte das Vertrauensvotum des Ausschusses. Die Folgen werden sich zeigen: entweder der Hausvater zieht aus der sozialdemokratischen Kritik die richtigen Lehren und ändert seine Erziehungsmethode, dann hat der Antrag, obwohl er abgelehnt ist, dennoch seinen Zweck erreicht; oder aber die Zustände im Waisenhaus werden noch schlimmer, und dann sind die bürgerlichen Stadtverordneten, die so schnell mit ihrem Vertrauensvotum zur Hand waren, die Mitschuldigen.

Unter den übrigen Vorlagen, mit denen sich die Versammlung zu beschäftigen hatte, befanden sich einige, die Nachbewilligungen für Schulbauten forderten. In diesen Fällen sind die Voranschläge in außergewöhnlich hohem Maße überschritten worden. Und nicht nur das. Obwohl die Etatsüberschreitungen schon beizeiten bemerkt wurden, ist die Versammlung um die Nachbewilligung nicht angegangen worden. Das geschieht erst jetzt, wo alles fertiggestellt ist, ein Beweis dafür, wie leicht der Magistrat über das Budgetrecht der Stadtverordnetenversammlung hinweggeht. Nachdem u. a. Genosse Bartsch das Verhalten des Magistrats einer scharfen Kritik unterzogen hatte, wurden die Vorlagen einem Ausschuß überwiesen.

Von den Petitionen, über die Bericht erstattet wurde, interessiert besonders die des Mietervereins, der darum bittet, daß die Bevorzugung der Hausbesitzer bei der Zusammensetzung des Sparkassenvorstandes aufhört. Entgegen dem Antrag des Petitionsausschusses, der auf Uebergang zur Tagesordnung lautete, sprach sich Genosse Hirsch namens unserer Fraktion im Sinne der Petenten aus, wobei er gleichzeitig gegen das Hausbesitzerprivileg im allgemeinen Front machte. Die Liberalen ließen durch ihren Wortführer Dr. Crüger erklären, daß sie zwar für Uebergang zur Tagesordnung stimmen würden, daß aber auch sie Gegner des Hausbesitzerprivilegs sind. Herr Dr. Crüger war sichtlich überrascht, als unser Genosse Hirsch ihm aus den Akten nachwies, daß gerade die Liberalen Charlottenburgs erst vor wenigen Jahren für das Hausbesitzerprivileg eine Lanze gebrochen hatten. Offener als Dr. Crüger war der nationalliberale Dr. Stadthagen, der sich nur für eine Einschränkung, aber nicht für eine Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs aussprach. Ueber die Petition selbst ging die Versammlung mit großer Mehrheit zur Tagesordnung über.

Eine Petition betr. baldige Aufschließung des Stadtteils Nord-Westend wurde dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Vorlage betr. die Errichtung einer Waldschule für Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten gelangte mit der Einschränkung zur Annahme, daß für die Verpflegungskosten nur halbe Freistellen bewilligt werden dürfen. Ausnahmen hiervon kann der Magistrat nach Anhörung der betreffenden Deputationen gewähren.

Gleichfalls angenommen wurde der Antrag des Ausschusses betreffend Unfallfürsorge für städtische Ehrenbeamte. Der Antrag, den wir im Wortlaut bereits mitgeteilt haben, ist auf sozialdemokratische Initiative zurückzuführen.

Eine Reihe weiterer Vorlagen, darunter die betreffend die Errichtung und Vermietung eines Dienstgebäudes für die Arbeiterversicherungs-Schiedsgerichte auf dem Grundstück Berliner Str. 11/12, wurden Ausschüssen überwiesen.

An die Mitteilung des Stadtverordnetenvorstehers betreffend Kontrolle über die Ausführung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung knüpfte sich eine längere Debatte über die mangelhaften Verkehrsverhältnisse Charlottenburgs, in der Genosse Gebert das Verhalten der Großen Berliner und der Berlin-Charlottenburger Straßenbahngesellschaft gebührend geißelte.

Die nächste Sitzung findet am 5. Januar statt.

Rixdorf.

Die Buchhandlung der „Vorwärts"-Spedition, Neckarstr. 2, ist heute Heiligabend bis 7 Uhr abends geöffnet. Reichhaltige Auswahl in Jugendschriften, Prämienwerken, Parteischriften.

Storkow.

Ein Verbrechen liegt wahrscheinlich einem Leichenfund zu Grunde, der bei Storkow gemacht wurde. In einem Mühlenfließ wurde der Leichnam einer erwachsenen weiblichen Person entdeckt. Die Tote ist eine bisher noch nicht rekognoszierte etwa 65 Jahre alte Frau aus den niederen Ständen. Sie lag mit dem Gesicht nach unten in dem etwa einen halben Meter tiefen Gewässer. Da sämtliche Taschen leer waren und auch die Ohrringe fehlen, so wird angenommen, daß hier ein Verbrechen vorliegt. Verstärkt wird dieser Verdacht auch noch durch den Umstand, daß in der vorletzten Nacht mehrere Hilferufe an der Fundstelle vernommen wurden. In der Nähe der Leiche stand eine Tragekiepe auf dem Erdboden. Sie war ebenfalls fast vollständig leer. Unter der Bluse der Toten fand man mehrere Zigarrenstummel, deren Vorhandensein ebenfalls seltsam berührt. Die Polizei ist bemüht, den geheimnisvollen Leichenfund aufzuklären. Daß die Unbekannte aus der betreffenden Gegend stammt, ist zweifellos.

Britz.

Die letzte Gemeindevertretersitzung beschloß, für fremde Kinder ein Schulgeld von 30 M. pro Jahr zu erheben. Bei Beratung der Neueinrichtung einer Lehrerstelle an den hiesigen Gemeindeschulen vom 1. April 1910 ab betonte der Vorsitzende, daß am 1. Oktober 1908 1666 Schulkinder in 34 Klassen bei einem Klassendurchschnitt von 49 Schülern, am 1. April 1909 1708 Schulkinder in 34 Klassen mit 50 Schülern und am 1. Oktober 1909 1684 Schulkinder in 34 Klassen mit durchschnittlich 49—50 Schülern vorhanden waren. Auf Grund dieser Tatsache beantragte die Schulkommission wegen Ueberfüllung der fünf siebenten Klassen — sie haben alle über 60 Kinder — eine neue siebente Klasse zu errichten. Die Mittel hierfür wurden von der Vertretung einstimmung bewilligt. Betreffs Beleuchtung der Kreis-Chaussee zwischen Buschkrug und dem Rixdorfer Krankenhause hat Rixdorf an Britz das Ersuchen gerichtet, die genannte, bisher nicht beleuchtete Strecke ausreichend mit Licht zu versehen. Britz will nun, wie der Vorsitzende betonte, vom Buschkrug bis zur Buckower Grenze (1150 Meter) 20 Metallfaden-Glühlampen im Abstande von 60 Metern aufstellen. Rixdorf erklärt sich bereit, jährlich 1000 M. an die Gemeinde Britz zu zahlen, bis die Straße reguliert sei. Mit diesen Abmachungen erklärt sich die Vertretung einverstanden. Bei dem Punkt: Erwerb eines Hausgrundstücks zwecks Verbindung der Wendastraße mit der Werderstraße betonte der Vorsitzende, daß sowohl der Rixdorfer Bankverein wie auch die Gemeinde Britz ein Interesse an dem Projekt hätten. Ersterer fordere von der Gemeinde Britz die Ausführung des Projekts und wolle dazu der Gemeinde 8000 M. als einmaligen Beitrag bedingungslos geben und 10 000 M. als unverzinsbares Darlehn auf fünf Jahre zur Verfügung stellen. Nach einigen Aeußerungen des Herrn Ziggert sowie des Genossen Kitzing hierzu wurde beschlossen, daß der Bankverein, der einen großen Nutzen von der Durchlegung ziehe, ein höheres Angebot bringen könne. Vorläufig soll von dem Projekt Abstand genommen, im übrigen aber weitere Vorschläge in dieser Angelegenheit in Erwägung gezogen werden. Der Kostenanschlag beträgt 78 000 M. ohne Grundstück. Hierzu hätte der Bankverein 50 000 M. und die Gemeinde Britz 30 000 M. aufzuwenden. Der Punkt „Gasanstaltsangelegenheiten" rief eine längere Debatte hervor. Der vor zehn Jahren mit der Englischen Gasanstalt abgeschlossene Vertrag wurde von der Gemeinde Britz am 16. Dezember 1908 gekündigt und ist abgelaufen. Der endgültige Abschluß des Kaufvertrages hat noch nicht vorgelegt werden können, da die Englische Gasgesellschaft jetzt höhere Forderungen an die Gemeinde stellt. Es wurde beschlossen, daß schon jetzt die Arbeiter und Beamten der Gasanstalt von der Gemeinde übernommen werden. Der Vorsitzende betonte, um fernerhin die Rentabilität des Gaswerks aufrechtzuerhalten, sei es notwendig, daß der Preis für Gas vom 1. April 1910 ab erhöht werden müsse. In zahlreichen Orten in der Umgegend Berlins werde ein höherer Gaspreis erhoben wie bisher in Britz. Er schlug einen Einheitspreis von 14 Pf. für Koch- sowie Leuchtgas vor, wobei ein Gasmesser gespart würde. Ferner machte der Vorsitzende einen Vorschlag, wonach 11 resp. 18 Pf. gefordert werden sollen, dafür aber die Messermiete in Wegfall kommen müsse. Herr Ziggert wandte sich gegen den letzten Vorschlag. Genosse Kitzing trat im Höchstfalle für einen Durchnittspreis von 18 Pf. ein. Der Vorsitzende betonte, daß seine Ausführungen hierüber nur dazu dienen sollten, um die Aussprache zu fördern. An die um 6½ Uhr beendete öffentliche Sitzung, schloß sich noch eine nichtöffentliche an.

Spandau.

Gegen die letzte Stadtverordneten-Stichwahl der zweiten Abteilung ist bekanntlich seitens eines durchgefallenen Kandidaten, dem Betriebstechniker Schirmbeck Protest eingelegt worden, in welchem zur Begründung u. a. gesagt war, daß zirka 12 Wähler doppelt gewählt haben. Die letzte Stadtverordnetenversammlung beschloß, diese Angelegenheit einem Ausschuß zu überweisen. Der Ausschuß hat nun getagt und ist zur Ungültigkeitserklärung der Wahl gekommen und zwar aus folgenden Gründen: Die Behauptung des Protestes, daß zirka 12 Wähler doppelt gewählt haben, ist nicht erwiesen, der Ausschuß greife aber bei der Prüfung auf die Hauptwahl zurück und vertrete die Ansicht, daß diese Hauptwahl eigentlich ungültig sei, weil infolge des großen Andranges und bei der Unzulänglichkeit des Wahllokals viele Wähler ihr Wahlrecht nicht ausüben konnten, was nach bezüglichen Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts zur Ungültigkeitserklärung ausreicht. Nun hat aber die Stadtverordnetenversammlung die bei der Hauptwahl der II. Abteilung erfolgten Wahlen für gültig erklärt und gegen diese ist auch in der gesetzlichen Zeit kein Protest eingelegt worden. Bei dieser Sachlage wird man ja sehr gespannt sein können, wie sich die Stadtverordnetenversammlung zu diesem sonderbaren Beschluß des Ausschusses stellen wird. Es ist kaum anzunehmen, daß sie denselben gutheißen kann. Das Bild wird allerdings verständlich, wenn man berücksichtigt, daß Dr. Kantorowicz ein etwas freiheitlich gesinnter Liberaler und vor allen Dingen Jude ist, während die Stadtverordneten Dr. Baumert, Bender und Lüdicke zu denjenigen Personen gehören, die man gemeinhin als Judenfresser bezeichnet. Sollte der unhaltbare Beschluß des Ausschusses in der Stadtverordneten-Versammlung genehmigt werden, dann kann man dem Spandauer Liberalismus wirklich Beileid zu seinem Begräbnis aussprechen. Er hat dann vollständig ausgespielt und sich vollständig ins Schlepptau der Konservativen nehmen lassen. Verdient hat der Spandauer Stadtfreisinn ja eine solche Blamage reichlich, denn bei der letzten Wahl wie auch bei den früheren hat er tapfer sich unter die Fittige des Reichsverbandes nehmen lassen. In den Bezirksvereinen, die auch als liberal und freisinnig gelten, ist es offen ausgesprochen, daß die Bestrebungen des Reichsverbandes zu unterstützen seien. Bei den Sozialdemokraten kann dieses Intermezzo nur Heiterkeit hervorrufen.

Vermischtes.

Ein Eisenbahnunglück.

Einer amtlichen Meldung aus Bremen zufolge fuhr gestern früh um 6 Uhr 25 Min. infolge Ungangbarkeit der Eingangsweiche bei der Station Scheeßel der Hamburger D.-Zug 91 auf den Schluß des Güterzuges 9319. Rittmeister Ernst v. Maltzan vom 9. Dragonerregiment in Metz und Oberarzt Dr. Otto Koelpin von der Provinzialheilanstalt in Bonn wurden getötet. Leicht verletzt wurden die Gattin des Dr. Koelpin, der Oberarzt Braundorf in Rostock und ein Packmeister. Die Lokomotive und zwei Wagen des D.-Zuges 91 sowie mehrere Wagen des Güterzuges 9319 wurden beschädigt.

Ein weiteres Eisenbahnunglück wird aus Beuthen gemeldet: Der Personenzug 585 ist gestern nachmittag zwischen den Stationen Ludwigsglück und Borsigwerk von hinten auf den Schnellzug 83 aufgefahren, der kurz vor Borsigwerk hielt. Von dem Personenzuge entgleisten ein Block- und ein Gepäckwagen, von dem Schnellzuge ein Heiz- und ein Personenwagen. Drei Personen sind leicht verletzt. Der Materialschaden ist gering. Die Schnellzüge werden inzwischen über Kattowitz, Schwientochlowitz, Zabrze und Gleiwitz umgeleitet.

Schiffsunfälle. Wie eine Meldung aus London besagt, wütet an der englischen Küste ein heftiger Sturm, der große Verheerungen angerichtet hat. Eine Reihe von Schiffsunfällen werden berichtet, auch vermißt man mehrere Dampfer, welche überfällig sind. In Nordengland herrschen starke Schneestürme.

Einer Lloydmeldung aus Oporto zufolge ist das Wasser im dortigen Hafen durch Sturmfluten gestiegen. Verschiedene Schiffe, darunter der deutsche Dampfer „Cintra", befinden sich in gefährlicher Lage. Viele mit Gütern beladene Leichter sind gesunken.

Neues Erdbeben in Armenien.

In Erzerum erschütterte, einer Meldung aus Konstantinopel zufolge ein furchtbares Erdbeben alle Quartiere der Stadt. Die Garnisonskaserne ist eine Ruine, die geretteten Soldaten, Gendarmen und gesamte Bevölkerung kampieren trotz der sibirischen Kälte im Freien. Die Größe des Menschenverlustes ist unbekannt. Seit Tagen waren bereits in Bodenschwankungen Anzeichen der herannahenden Katastrophe erkennbar.

Auf einen Racheakt von Sträflingen

dürfte ein Bootsunglück zurückzuführen sein, das sich in der Nähe der Halbinsel Cayenne ereignete.

Wie die Pariser Blätter aus Cayenne melden, kenterte in der Nähe der Halbinsel auf nicht aufgeklärte Weise eine von Sträflingen bediente Dampfschaluppe, in der sich ein Oberaufseher, zwei Aerzte, mehrere Aufseher und zwei Frauen mit zwei Kindern nach der Strafkolonie Kuru begeben wollten, wo eine Meuterei ausgebrochen war. Alle, mit Ausnahme der Sträflinge, stürzten ins Wasser. Die Sträflinge retteten die Frauen und die Kinder und ließen die anderen ertrinken. Aufseher, die am Ufer dem Vorfall zusahen, konnten sich nach heftigem Kampf mit den Sträflingen der Schaluppe bemächtigen. Wie es heißt, ist die Meuterei infolge der Wiedereinführung der körperlichen Züchtigung ausgebrochen.

Sturmverheerungen in Portugal. In ganz Portugal hat, wie aus Lissabon gemeldet wird, der herrschende starke Sturm große Verheerungen angerichtet. Viele Bahnverbindungen sind zerstört. Der Südexpreß entgleiste bei Santirin, zwei Wagen wurden zertrümmert, Personen jedoch nicht verletzt.

Opfer des Meeres.

In ruhiger Dünung rollen wieder die Wogen der Nordsee, die im Sturm der letzten Wochen nicht weniger als 27 braven Fischern von der Marscheninsel Finkenwärder in der Nordeelbe ein kühles Grab geworden sind. Alle Hoffnung, daß die vermißten 8 Fischkutter mit ihrer 27 Mann zählenden Besatzung noch einmal auftauchen könnten, sind von den maßgebenden Stellen jetzt aufgegeben worden, wenn vielleicht manch Angehöriger auch noch von einem Wunder träumt, das den Gatten oder Sohn oder Bruder wieder zurückführen soll. Finkenwärder ist ein dunkles Kapitel in der Geschichte unserer Seefischerei. Jahraus, jahrein zollen seine Bewohner dem Meere ihren Tribut. Finkenwärder ist noch der einzige deutsche Seefischereiplatz, von dem aus die Hochseefischerei mit Segelfahrzeugen ausgeübt wird, sonst geschieht dies überall mit den viel seetüchtigeren Dampfern. In den letzten Jahren hatte man das Augenmerk namentlich darauf gelenkt, die Segelkutter größer zu bauen, damit sie nicht bei einem plötzlich einsetzenden Sturm sofort verloren waren. Man hatte dabei auch ganz hübsche Erfolge erzielt, die Verlustziffern auf dem Meere sanken auf ein Minimum, bis der Tod das in den letzten Wochen wieder einholte. Selbst wenn der Orkan, der in solcher Stärke seit Jahren nicht getobt hat, die Fahrzeuge bis in die nördliche Nordsee entführt hätte, müßte man davon schon lange Nachricht haben. Von den 27 Untergegangenen waren die meisten verheiratet und das kommende Weihnachtsfest sieht eine große Schar von Halbweisen. Es liegt ein Stück Tragik von „Pierre Lotis „Islandfischer" in dem Schicksal der Leute von Finkenwärder, das überall warme Teilnahme finden wird. Die Hinterbliebenen der Toten haben einen rechtlichen Anspruch nur gegen die Seeberufsgenossenschaft und deren Renten sind nicht allzu große.

Freireligiöse Gemeinde. Während der Weihnachtsferien in der Pappel-Allee 15/17 keine Vorlesung. Am 1. Feiertag, vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6: Festvortrag von Herrn Prof. Dr. A. Gehrke. — Am 2. Feiertag: Festvortrag von Herrn E. W. Trojan. — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 13. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Die Geschäftsmonarchie. — De la Mettrie. Zu seinem zweihundertsten Geburtstag. Von Victor Constans (Paris). — Fünfundzwanzig Jahre Krankenversicherung in Deutschland. Von Gustav Hoch (Hanau a. M.). — Was kann der Arbeiter für Bildungszwecke aufwenden? Von Johannes Helden. — Technisch-wirtschaftliche Rundschau. Von Rich. Woldt. — Literarische Rundschau: Howard Evans, Sir Randal Cremer, His Life and Work. Von J. S., London. S. Cammareri-Scurti, Il latifondo in Sicilia e l'inferiorità meridionale. Von Oda Olberg. — Zeitschriftenschau.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Socialism for Students (Sozialismus für Studenten) von Joseph E. Cohen. 153 Seiten. 50 Cents. — **History of the great american fortunes** (Geschichte der großen amerikanischen Vermögen) von Gustavus Myers. Band I. 296 Seiten. Chicago 1910, bei Charles H. Kerr u. Cie.

Die Konjunktur. Monatsschrift für Wirtschaftskunde und Wirtschaftspolitik, herausgegeben von Richard Calwer. 1. Jahrgang. Heft 3. Vierteljährlich 6 M. Einzelheft 2 M. Verlag, Berlin W. 30.

Auf Langfahrt. Abenteuer und Erlebnisse eines Weltenbummlers zu Wasser und zu Lande. Von Otto Larssen. Preis 5 M., geb. 6 M.

Das Herz. 263 Seiten. — **Die Fessel.** 259 Seiten. — **Die Spinne von Isera.** 107 Seiten. Haupt u. Hammon, Verlag, Leipzig.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage: Fleisch:** Zufuhr stark, Geschäft rege, Preise für Schweinefleisch anziehend, sonst unverändert. **Wild:** Zufuhr knapp, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise zum Teil nachgebend. **Geflügel:** Zufuhr sehr reichlich, Geschäft flau, Preise ungenügend. **Fische:** Zufuhr genügend, Geschäft rege, Preise befriedigend. **Butter und Käse:** Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Südfrüchte:** Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise für Aepfel nachgebend, sonst fest.

Theater und Vergnügungen

Sämtliche Theater geschlossen.

Lessing-Theater.
Freitag: Geschlossen. Die Kasse ist von 10—1 Uhr geöffnet.
Sonnabend, 8 Uhr: **Das Konzert.**

Berliner Theater.
Heute: **Geschlossen.**
An beiden Feiertagen: **Hohe Politik.**

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Sonnabend, Sonntag und Montag:
Ein königlicher Spaß.

Theater des Westens.
Heute: Geschlossen.
Ab morgen täglich 8 Uhr:
Die geschiedene Frau.
Sonnabend 3½ Uhr: **Ein Walzertraum.**

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Heute: **Geschlossen.**
Morgen nachmittag 3 Uhr:
Der Zigeunerbaron.
Abd. 8 U.: **Graf von Luxemburg.**

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Heute: **Geschlossen.**
Sonnabend, 25. Dez., nachm. 3 Uhr:
Flachsmann als Erzieher.
Abends 8 Uhr:
Die Haubenlerche.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Othello.
Abends 8 Uhr: Im bunten Rock.

Lustspielhaus.
Heute: **Geschlossen.**
Sonnabend u. Sonntag nachm. 3 U.: **Alles soll keine Briefe schreiben.**
Abends 8 Uhr: **Der dunkle Punkt.**

Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Heute: **Geschlossen.**
An den Feiertagen: **Im Taubenschlag.**
1. Feiertag 3 Uhr: **Musotte.**
2. u. 3. Feiertag 3 Uhr: **Kümmere Dich um Amelie.**

Volks-Oper.
SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.
Heute: **Geschlossen.**

Luisen-Theater.
Heute: **Geschlossen.**
Sonnabend 3 Uhr: **Gib mich frei.**
8 Uhr: **Reise um die Erde in 80 Tagen.**
Sonntag 3 Uhr: Die Geier-Wally.
8 Uhr: Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
Montag 9 Uhr: Wilhelm Tell.
8 Uhr zum 25. Male: Gib mich frei.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132
Heute geschlossen.
Morgen: **Faust.**
Tragödie v. Goethe. I. Teil.
Anf. 8 Uhr. Ende 11½ Uhr.
Nachm. 3 Uhr: **Maria Stuart.**

Gastspiel-Theater.
Mozart-Oper.
25. Dezember (1. Feiertag) 8 Uhr: **Zar und Zimmermann.**
Nm. 3½ U.: **Postillion von Lonjumeau.**
26. Dez. (2. Feiert.) 8 Uhr: **Die Jüdin.**
Nm. 3½ Uhr: **Der Freischütz.**
27. Dezember, abds. 8 Uhr: **Undine.**

Metropol-Theater
Heute geschlossen.
Morgen und folgende Tage:
Hallo!!!
Die große Revue!
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Folies Caprice.
Heute: **Geschlossen.**
Am 1., 2. und 3. Feiertag:
Sicher ist sicher.
Bunter Teil.
Der Mann meiner Frau.
Anf. 8¼ Uhr. Vorverkauf 11—2

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)
Freitag: **Geschlossen.**
Sonnabend, nachm. 3 Uhr: **Kabale und Liebe.**
Ein bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.
Ende 5½ Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Der Schwur der Treue.**
Lustspiel in 3 Akten v. O. Blumenthal.
Ende 10½ Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Naraiß.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Miß Hobbs.**
Montag, abends 8 Uhr: **Ein Volksfeind.**

Schiller-Theater (Charlottenburg).
Freitag: **Geschlossen.**
Sonnabend, nachm. 3 Uhr: **Gespenster.**
Ein Familiendrama in 3 Aufzügen von Henrik Ibsen.
Ende 5¾ Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Die Verschwörung d. Fiesko zu Genua.**
Ein republikanisches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.
Ende 11 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Ehre.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Die Braut von Messina.**
Montag, nachm. 3 Uhr: **Das Käthchen v. Heilbronn**
Montag, abends 8 Uhr: **Der Meineidbauer.**

Castan's Panoptieum
Friedrichstr. 165 (Pschorrpalast)
Familientage! Jeder Besucher kann 1 Kind frei einführen!
Gr. Weihnachts-Ausstellung
Aschenbrödel. Dornröschen. Schneewittchen.
Indische Witwen-Verbrennung.
Große Illusion in acht Bildern.
An den 3 Feiertagen täglich 2 Vorstellungen.
Heitere Künstler-Abende.
Grammophon-Konzerte: Caruso, Abott, Ancona, Farrar.
Brillante Zaubersoireen
mit vollständig neuem Programm. 3670L*

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Heute:
Geschlossen.

Apollo Theater
Heute: **Geschlossen.**

Wintergarten
Heute geschlossen!
An beiden Weihnachtstagen je
2 Vorstellungen 2
Nachmittags: Anfang 3½ Uhr.
Kleine Preise!

	für Erwachsene	für Kinder
Terrasse	3.—	2.—
Loge	3.—	2.—
Parquet Fauteuil	2.50	1.50
Seiten-Terrasse	2.50	1.50
Fauteuil	2.—	1.—
Reserv. Platz	1.—	0.50
Entree	0.75	0.40

Abends: Anfang 8 Uhr.
In beiden Vorstellungen:
Otto Reutter.
La Pia
in ihrer Szene „Der Wellen Geist".
Herlans Hunde-Theater:
„Entführung d. Salome-Tänzerin", gespielt von 42 Hunden
und die
auserlesenen Sterne
am
Dezember-Himmel
des
Wintergartens.
Billette für die Weihnachtstage sind schon heute Freitag an der Kasse bis abends 6 Uhr zu haben.

Weihnachts-Messe
Dresdener Str. 34/35 Luisenhof (älteste u. größte)
Täglich: **KONZERT.**
Eröffnung: Wochentags 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr.
Entree Sonntags 20, wochentags 10 Pf.

Neues Herrnfeld Theater
Kommandantenstr. 57. T. A. 4, 5083.
Am 1. und 2. Weihnachts-Feiertag, nachm. 4 Uhr (halbe Preise):
Die beiden Bindelbands
An allen 3 Feiertagen Abends 8 Uhr:
„So muß man's machen"
Hierzu:
Ein Rettungsmittel
Am 31. Dezember:
Große Silvester-Feier.
Billett-Vorverk. täglich 11—2 Uhr.

Passage-Panoptikum. Senegal in Berlin!
50 wilde Weiber
Männer, Kinder.
Drei Negerdörfer
Ohne Extra-Entree!
Vom 22. Dezbr. bis inkl. 4. Januar:
Volkstage!

Voigt-Theater
Gesundbrunnen. Badstraße 55
Freitag, den 24. Dezember:
Geschlossen.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Wegen Renovation geschlossen.
An allen drei Feiertagen:
Große Fest-Vorstellungen!
Billettvorverkauf täglich von 11 bis 1 Uhr im Theater-Bureau.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Montag, den 27. Dezember (3. Weihnachtsfeiertag), in Freyers Festsälen, Koppenstr. 29:
Weihnachts-Vergnügen.
KONZERT
ausgeführt vom Neuen Berliner Konzert-Orchester. Dirigent: Rudolf Tietz.
Paul Jescheck-Ensemble. 93/18*
Von 5½ Uhr für Kinder im Nebensaale: **Kasperle-Theater.**
Im oberen Saal von 4 Uhr ab: **Tanz.**
Eröffnung 3 Uhr. Eintritt **50 Pf.** inkl. **Tanz. Anfang 4 Uhr.** Das Komitee.
NB. Billetts sind zu haben im Bureau, Engelufer 14, im Restaurant Wilhelm Welzer, Koppenstraße 62 (schrägüber von Freyers Festsälen) und im Zigarrengeschäft des Kollegen Fritz Schwemke, Schönleinstr. 34 (Ecke Kottbuser Damm und Boeckhstraße).

Branche der Klavierarbeiter.

Montag, den 27. Dezember (3. Weihnachtsfeiertag):
Großes Weihnachts-Vergnügen
im großen Saale des **Gewerkschaftshauses,** Engelufer 15.
KONZERT
ausgeführt vom Neuen Berliner Tonkünstler-Orchester. Dirig.: Herr Franz Hellfelder.
Berliner Ulk-Trio.
Nach dem Konzert: TANZ.
Eröffnung 4 Uhr. **Billett inkl. Tanz 50 Pf.** Anfang 5 Uhr.
Für Kinder von 8 Uhr an im Saal 5: **Kasperle-Theater.**
Die Saaltüren bleiben während der Aufführungen geschlossen.
Billetts sind zu haben bei den Vertrauensleuten der einzelnen Betriebe und im Verkehrslokal bei **Bieberstein,** Adalbertstraße 59. 93/17*

Zirkus Schumann
Freitag, den 24. Dezember: Geschlossen.
An den 3 Weihnachtsfeiertagen, 25., 26., 27. Dez., 3½ u. 7½ U.:
je 2 große Vorstellungen.
Nachmittags hat jeder Besucher 1 Kind unter 10 Jahren frei, weitere Kinder zahlen halbe Preise, außer Galerie. Nachmittags und abends ungekürzt:
Die drei Rivalen
Große Feerie in 5 Akten.
Vorher das gr. Programm, u. a.
Debut **Bagonghi**
der kleinste und komischste Reiter der Welt. Sergeant Brenan, der beste Diabolo-Spieler. Der Amerikaner Nibio mit seinen wunderbaren Papageien.
Die Zirkuskasse ist von 10 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Volks-Theater
Rixdorf, Hermannstraße 20.
Sonnabend, den 25. Dezember: **Entehrt.**
Schauspiel in 5 Akten von Heute.
Anfang 7 Uhr.
Sonntag, den 26. Dezember: Die Reise durch Berlin in 80 Stunden. Posse m. Gesang in 6 Bild. v. Salingré.
Anfang 7 Uhr.
Montag, den 27. Dezember: **Das Warenhausfräulein.**
Volksstück in 5 Akt. v. Otto Reinh. Popper.
Anfang 8 Uhr.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Bis Weihnachten geschlossen.
An allen drei Feiertagen:
Gr. Elite-Fest-Soireen.
Hoffmanns Norddeutsch. Sänger
und Weihnachtskränzchen.
Großartiges, hochaktuelles Programm mit den modernsten Schlagern

Karl Haverland
Anfang **Theater** pünkt. 8 U.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
13 neue erstklassige Spezialitäten. **13**
Schlager auf Schlager!

Zirkus Busch.
Heute, Freitag: Geschlossen!
An allen 3 Feiertagen: Je
2 Große Galavorstellungen 2
Um 3½ u. 7½ Uhr.
Um 3½ Uhr zahlen Kinder unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen halbe Preise (Galerie volle Preise).
In sämtlichen Vorstellungen
3½ Uhr: **Farmerleben.**
7½ Uhr:
Die neue russische Pantomime
Marja.

W. Noacks Theater
Grunewaldstr. 16, am Rosenthaler Tor.
An allen drei Feiertagen:
Nachmittags und abends: Große Fest-Vorstellungen.
2. u. 3. Feiertag: **Familientanz.**
Billetts zu allen Vorstellungen täglich ab 11 im Bureau.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonnabend (1. Feiertag), 25. Dez.: **Weihnachten in Feindesland.**
Sonntag (2. Feiertag), 26. Dezember: **Der Walzerkönig.**
Montag (3. Feiertag), 27. Dezember: Zum unwiderruflich letztenmal: **Maria Stuart.**

Buggenhagen
am Moritzplatz
Anf. 8 Uhr.
Den 1. und 2. Feiertag:
2 Große Extra-Vorstellungen 2
Nachmittags 3 Uhr: Das ganze Spezialitäten-Programm mit Meyer mit'n Hängeboden.
Ein Kind frei.
Abends 7 Uhr: Das phänomenale Weihnachts-Programm mit der Novität:
Die Trockenwohner.
Vorbestellungen für Silvestertische werden schon jetzt entgegengenommen.

Walhalla-Neues Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Heute geschlossen!
Am 1. und 2. Weihnachtsfeiertag je 2 Festvorstellungen
3½ und 8 Uhr.

Casino-Theater
Lothringer Straße 37.
Heute: **Geschlossen.**
Morgen, Sonnabend, 8 Uhr:
Der Obergauner.
Sonnabend, 25. Dez., nachm. 4 Uhr, Sonntag, 26. Dez., nachm. 4 Uhr: **Neu! Trudchens Sommerreise.**

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstraße 72. Täglich:
Gr. Weihnachts-Vorstellungen.
Berliner Herzen oder: **O, du gnadenreiche Weihnachtszeit.**
Weihnachtsfestspiel mit Ges. von Fischer-Ohmann
mit **Franz Sobanski.**
Neue Spezialitäten. Anf. 8 Uhr, des Festspiels 9½ Uhr.
An allen 3 Feiertagen: **Gr. Fest-Vorstellungen.** Anf. 3½ Uhr.

Trianon-Theater.
Heute: **Geschlossen.**
An allen 3 Feiertagen abends 8 Uhr
Buridans Esel.

Reichshallen-Theater.
Heute: Keine Soiree der Stettiner Sänger.
1. u. 2. Feiert.: Anfang 7 Uhr.
3. Feiertag: Anfang 7½ Uhr.
Der Nachtwächter v. Zerpenschleuse
Am 2. Feiertag, mittags 12 Uhr: Gr. Weihnachts-Benefiz-Matinee.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

wöchentliche Teilzahlung liefere elegante fertige
Herren- u. Knaben-Garderobe
Ersatz für Maß.
Maß-Anfertigung.
Feinste Verarbeitg.
unter Leitung erstklassiger Schneidermeister
J. Kurzberg
40 Rosenthaler Str. 40
I. Etage, direkt am Hackeschen Markt
Kein Waren-Kredit-Haus!
Bei Barzahlung 10% Rabatt

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Hygienische Bedarfsartikel
Drogerie Zaremba
Weinbergsweg 1, dir. a. Rosenthaler Tor. Billigste Bezugsquelle! Versuch f. zur dauernden Kundschaft.

Wohl selten sind einer Marke so viele Anerkennungen aus Konsumentenkreisen gezollt worden, wie unserer
JOSETTI JUNO
CIGARETTE.
Dieselbe vereinigt aber auch in sich alle Vorzüge, die der Raucher von einer erstklassigen Marke verlangt. Juno-Cigaretten sind heute die führende Marke der 2 Pf.-Preislage.
Josetti-Juno-Cigaretten m. u. o. M. 10 Stck. 20 Pf.

Pelz-Stola-Verkauf
zu hervorragend billigen Preisen
Eigene Kürschnerei.
en gros **Riesenhafte Auswahl** detail
über **1000** Stolas von 3 Mark an
Colliers von 1,50 M. an
Echte Skunks-Stola 1,60 Meter lang von 25 M. an
Eile zu Weile
Dresdener Str. 119, Eckhaus Oranien-Platz.
Bitte genau auf die Nr. 119 u. Firma „Eile zu Weile" zu achten.
Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort für den bezeichneten Preis.

Neujahrskarten! Bekannt billigste Bezugsquelle für Händler und Wiederverkäufer.
Witzkarten, 100 Stck. 30, 40 u. 60 Pf. — **Geprägte Golddruckpostkarten 1910** 100 Stck. 50 Pf. — **Neu!** Ein fröhliches Neujahr ohne Katzenjammer! — Größte Auswahl in besseren und ganz feinen Karten.
S. & G. Saulsohn, Berlin C. 25. Kaiser Wilhelm-Straße 19a.
Nahe der Münzstraße.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Durch Rauch beschädigte Gardinen, Stores werden zu fabelhaft billigen Preisen verkauft. 3001R*

Durch Rauch beschädigte Tüllbettdecken, Ronleaux spottbillig. E. Weitzenbergs Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Tuchportieren, komplette Garnitur, 2.65, 2.95, 3.45, 4.80, 5.75, 6.75, 7.85 usw.

Plüschportieren, komplette Garnitur, 5.85, 6.75, 7.50, 8.85, 9.50, 11.—, 12.— usw. Portierenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Durch Rauch beschädigte Tischdecken, Stück 0.65, 0.85, 0.95, 1.25, 1.85, 2.25 usw.

Durch Rauch beschädigte Plüschdecken, jetzt bedeutend unter Preis. E. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Durch Rauch beschädigte Steppdecken in allen Farben, staunend billig.

Durch Rauch beschädigte Diwandecken, weit unter Preis. Große Frankfurterstraße 125.

Durch Rauch, Brand und Wasser beschädigte Teppiche, Bettvorleger zum vollständigen Ausverkauf, jetzt für die Hälfte des Preises. Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Durch Rauch beschädigte Felle, weit unter Preis.

Durch Brand und Wasser beschädigte Linoleum- und Läuferstoffe fabelhaft billig. Große Frankfurterstraße 125.

Beschädigte Schlafdecken 1.45, 1.95, 2.45, 2.85 usw.

Möbelstoffreste, Wolle und Plüsch, spottbillig. E. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Leihhaus Schmidt, Rosenthalerstraße 48, an der Warschauerstraße. Uhren, Ketten, Gold-, Silberwaren, Verkauf verfallener Pfänder billigst.

Leihhaus Schmidt, Rosenthalerstraße 48. Betten, Leib-, Tisch- und Bettwäsche billigst. 2992R*

Leihhaus Schmidt, Rosenthalerstraße 48. Herrengarderoben billigst.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

7,50. Jackettanzüge, Winterpaletots, Hosen, Joppen kauft man zu staunend billigen Preisen im Monatsgarderoben-Haus Sommerfeld, Oranienstraße 18, Ecke Heinrichsplatz. 2961R*

Monatsanzüge, Winterpaletots, Gehrockanzüge, teils auf Seide aus den ersten Werkstätten, in größter Auswahl, für jede Figur passend, zu enorm billigen Preisen nur im Monatsgarderoben-Haus Sommerfeld, Oranienstraße 18, Ecke Heinrichsplatz. Fahrgeld vergütigt. 2962R*

Pfandleihhaus Krebder, Küstrinerplatz 7, spottbilliger Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Deckenverkauf, Schmucksachen, Goldsachen, Silbersachen, verfallene Pfänder. 2492R

Vorwärtsleser erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei nachstehend aufgeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz.

Teppiche, fehlerhafte, spottbillig.

Gardinen, Stores, Musterexemplare, für halben Wert.

Fellvorlagen, große Partieposten.

Plüschportieren, einzelne Paare, spottbillig.

Steppdecken, Musterstücke, spottbillig.

Vorwärtsleser, beachtet vorstehende 6 Anzeigen. 2830R*

Leihhaus „Schöneberg", Sedanstraße 1, verkauft billigst versetzt gewesene und neue goldene und silberne Herren- und Damen-Remontoiruhren, Ketten, Broche, Ringe, Winter-Paletots, Anzüge, Pianinos, Stiefel usw. Richard Eichelmann. 2850R*

Teppichhaus Lefèvre, Oranienstraße 158, die neu erschienene Weihnachts-Extraliste gratis. 2971R*

Monatsanzüge und Winterpaletots, Joppen von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Rah. Mulackstraße 14.

Pfandleihhaus! Rixdorf, Bergstraße 58 (Ringbahnhof). Hochelegante Winterpaletots! Gehrockanzüge! Jackettanzüge! Joppen! Pelzstolas! Bettenverkauf! Wäscheverkauf! Gardinenauschuh! Teppichverkauf! Plüschtischdecken! Steppdecken! Freischwinger! Bilderverkauf! Herrenuhren! Damenuhren! Kettenverkauf! Schmucksachen! Weihnachtsgeschenke! Spottpreise! Sonntags gänzlich geöffnet! 65R*

Humboldtleihhaus! Nur allein Brunnenstraße 58. Spottbilligster Verkauf hocheleganter Winterpaletots! Gehrockanzüge! Jackettanzüge! Allerbilligster Bettenverkauf! Aussteuerwäsche! Steppdecken! Gardinenauswahl! Prachtteppiche! Plüschtischdecken! Goldene Damenuhren! Herrenuhren! Standuhren! Schmucksachen, Festgeschenke! Pelzstolas! Alles extrabillig! nur Brunnenstraße 58, Humboldtleihhaus, Verkauf täglich, auch Sonntags. 2996R*

Seiferthähne, Selbstzucht, billig Naunynstraße 61. †117

Zuchthaus, Acht Jahre. Lebenserinnerungen von Sepp Oerter. Hochinteressant. Preis 1 Mark. Zu beziehen Buchhandlung Vorwärts. *

Monatsanzüge, Paletots, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzeit, nur Rosenthalerstraße 10. 170/1*

Gebrauchte Nähmaschinen billig. Bellmann, Gollnowstraße 26. 1967R*

Teppiche (Farbenfehler), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tüllbettdecken, Uebergardinen, Sofastoffreste spottbillig Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Vorwärtslesern sechs Prozent. Sonntags geöffnet. 2488R*

Monatsanzüge, Winterpaletots, Ulster, Gehrockanzüge, Hosen, feinste Maßstoffe, spottbillig Rosenthalerstraße 48 II. 2990b*

Möbel, Schuhwaren, Taschenuhren, Handwagen billigst, Palisadenstraße 45. †34*

Taschenuhren, silberne, 2,50, goldene 6,—. Gestempelte 585 Gold 13,50. Operngläser 2,70, Ringe 333 gestempelt 1,—. Viele hundert Broschen, Ohrringe, Halsketten, Medaillons, Uhrketten 1,50 bis 16,30, alles mit Garantieschein, solange Vorrat reicht. Nur Pfandleihe, Andreasstraße achtunddreißig. Annoncenvorzeiger vergütet Fahrgeld. 415R*

„Selbstverständlich"!! Allerbilligster Warenverkauf im Pfandleihhaus Hermannplatz 6. *

Hermannplatz 6. Staunendbilligste Pfänderverkäufe!! Riesenauswahl! Winterpaletots!! Jackettanzüge!! Gehrockanzüge!! Herrenhosen!! Damensachen!! Pelzstolas!! Extrabillige Festgeschenke!! Schmucksachen!! Taschenuhren! Kettenauswahl!! Ringeauswahl!! Broschenauswahl!! Armbänder!! Freischwinger!! Hochelegante Teppichauswahl!! Gardinenauswahl!! Bettenauswahl!! Wäscheauswahl!! Plüschtischdecken!! Steppdecken!! Kunstbilder!! Nähmaschinen!! Pianinos!! Erstklassigster Warenverkauf Hermannplatz 6. Sonntags ebenfalls. *

Monatspaletots, Monatsanzüge (auch für Starkefigur) von 7,00 an, Joppen 4,50, Hosen 1,50, große Auswahl neuer Garderoben zu spottbilligen Preisen nur Grüner Weg 78, 3 Minuten vom Schlesischen Bahnhof, früher 12 Jahre Neanderstraße. †39*

Radfahrerkarten. Wir empfehlen den Freunden des Radsports: Mittelbachs Karte für Rad- und Motorfahrer von Berlin und weiterer Umgebung, auf Leinen gezogen Preis 1,75 M. (zusammenlegbar). — Karte für Rad- und Motorfahrer von Brandenburg, auf Leinen gezogen und zusammenlegbar 2,50 M. Expedition des „Vorwärts", Lindenstraße 69, Laden. *

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 2999b

Billige Hosenwoche. Hochelegante Herrenhosen aus feinsten Maßstoffen 7—15 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 3000b

Getragene Winterpaletots, Ulster, Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Joppen, Westen, Hosen, Damenkleider. Die Sachen sind wenig getragene Maßsachen aus besten Häusern, auch für kleine, starke Figuren passendes zu haben besonders billig bei Weiß, Blücherstraße 67 I links, Halleschestor. *

Goldsachen, Damenketten, Herrenketten, Uhren, goldene 10,00 an, Ohrringe, Broschen, alles spottbillig Leihhaus Neue Schönhauserstraße 11.

Herrenhüte, Mützen für Herren und Knaben, große Auswahl. Palm, Hutmacher, Reichenbergerstraße 60.

Pupperwagen, neu, spottbillig Exerzierstraße 19A, vorn II rechts.

Seiferthähne, Pabst, Prinzenstraße 110. †194*

Seiferkanarien verkauft Baacke, Lychenerstraße 21, Quergebäude.

Seiferthähne, Weibchen, Schulenburg, Rixdorf, Selchowerstraße 15, Seitenflügel. 1b

Gardinen, Portieren usw. — Gardinenhaus Bernhard Schwartz, jetzt Wallstraße 13. — Eigene Fabrik!

Kanarienhähne, flotte Sänger, Gierscher, Strausbergerstraße 16.

Gasbrenner. 5 Tage Probelieferung! Entzückende Neuheiten, sowie billige Muster. Amortisation-Versandpreise! Tatsächlich ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00 (bis Hundert Kaufsumme). Gasdichtigkeit garantiert. Riesenlager Louis Böttcher (selbst), Betriebsleitung Borbagenerstraße zweiunddreißig (Hochbahn, Stadtbahn: Warschauerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247. 2998R*

Vorjährige hochelegante Anzüge und Paletots, aus feinsten Maßstoffen, früherer Preis 60—90, jetzt 20—40, werden täglich im Kavalier-Klub, Unter den Linden 61 II verkauft. *

Tüllbettdecken, volle Bettgröße, Erbstüll, reichgestickt 6,75, Englisch Tüll 2,50, Tüllbettrückwände 6,75. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 2967R*

Möbel.

Gebrauchte Möbel aus Versteigerungen, Schränke, Vertikos, Tische, Sofas, Schreibtische, Bücherschränke, Büfetts, Garnituren, Bettstellen, Waschtoiletten, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Wirtschaften bedeutend billiger wie überall. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55. 202R*

Durch Zufall kommen zirka 18 neue billige Wohnungs-Einrichtungen zum schnellen Verkauf! In meinem Aufbewahrungs-Speicher Lothringerstraße 26, aufgestellt und 6 Etagen! Billiger wie im Möbelgeschäft! Kostenlose Aufbewahrung und Transport, auch weite Vororte. 2906b

Möbelgelegenheit! Wenig gebrauchte, guterhaltene Möbel, auch neue, einfachste, eleganteste, beliebten gewesene, verfallene spottbillig. Riesenlager, Lombardspeicher, Neue Königstraße 5/6, Fabrikgebäude. Sonntags geöffnet. (Zahlungserleichterung.) *

Trumeau, Teppich, Paneelbrett verkauft Freund, Gabelsbergerstraße 5, vorn IV. †27*

Niemand darf heiraten! ohne die großen Fabriklager von M. Hirschowitz, Skalitzerstraße 25, besichtigt zu haben. Mein Riesen-Casa-Umsatz macht es mir möglich, komplette Einrichtungen wie auch Ergänzungsmöbel, nur reelle Arbeit, bis 33⅓ Prozent billiger zu verkaufen. Illustrierter Katalog gratis! 35R

Plüschsofa (grün), Chaiselongue, Damenuhr (goldene), Oelgemälde, Klubsessel (Leder), Gelegenheit. Sund, Adalbertstraße 7 (Kottbusertor).

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad einmal benutzt 40,00. Holz, Blumenstraße 36b. 1683R*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00 an. Holz, Blumenstraße 36b. *

Jugendräder, Knabenräder, Mädchenräder sowie Damenfahrräder, gebrauchte und neue, in großer Auswahl. Machnow, Weinmeisterstraße 14.

Musik.

Nußbaumpianino (Gelegenheit), 300,—, verkäuflich. Warschauerstraße 58, Quergebäude I. 188/11*

Pianino, hohes, kreuzsaitig 100,—, Turmstraße 8 I. 138/18*

Sprechapparate Teilzahlungen Invalidenstraße 20, Wilhelmshavenerstraße 73 (Ecke Turmstraße). 88*

Grammophon, hochmodern, Bügelkonarm, mit Platten 22,00. Pottien, Reichenbergerstraße 127. 409R*

Sprechmaschinen billiger! 2,25, 5,50, 7,50, 10,— bis 15,—. Zu jeder Platten-Sprechmaschinen gebe zehn Platten gratis. Machnow, Weinmeisterstraße 14, Rosenthalerstraße 33, Rosenthalerstr. 48. 428R*

60 000 Schallplatten habe ich auf Lager nicht zur Verfügung, wie eine ganz kleine Konkurrenz und verkaufe dieselben Stück: 0,03, 0,05, 0,10, 0,30, 0,40, 0,75, 1,50. Zonophonplatten (grünes Etikett) statt 3,00 nur 2,00. Machnow, Hauptgeschäft: Weinmeisterstraße 14. Filialen: Rosenthalerstraße 33, Rosenthalerstraße 48. 423R*

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts". [*

Verschiedenes.

Die schwere Beleidigung, die ich im Wartezimmer des Herrn Dr. Schmidt gegen die Hebamme Fräulein Lust, Baumschulenstraße 96, getan habe, nehme ich mit großem Bedauern zurück, da es nur ein Klatsch meinerseits war. Frau Hendrich, Baumschulenstraße 76. 2962b*

Wer leiht Parteigenossen 500 Mark gegen Sicherheit? Offerten unter B. 3 an Hauptexpedition des „Vorwärts". 2968b*

Komiker Schwarz, Köpenickerstraße 147. 2961b*

Patentanwalt Beisel, Gitschinerstraße 94a.

Englischen Unterricht für Anfänger und Vorgeschrittene, Einzelstunden und im Zirkel erteilt G. Swienta, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. *

Kunststopferei von Frau Kokosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Singerbobbin- Ringschiffgesuch. Zieme, Inselstraße 1b. 2967b*

Pfandleihe Markusstraße 27. *

Privatmittagstisch. 50 Pfennig, bis 6 Uhr abends. Tegel, Brunowstraße 55, I links. 2923b*

Vereinszimmer zu 50 Personen ist außer Sonnabend zu vergeben, außerdem eine lange bestehende Kegelbahn an Vereine zu vergeben Reichenberger Straße 154, J. Kaiser. *

Vermietungen.

Restaurant, Ecke am Kirchhof Weißensee, schöne Räume, an tüchtigen Fachmann günstig zu vermieten. Grundstück eventuell preiswert zu übernehmen. Offerten an die Filiale Weißensee, Sedanstraße 105, erbeten.

Wohnungen.

Einzimmer-Vorderwohnung, Schlafkammer billig Wühlischstraße 26 (Hochbahnanschluß). 47R*

Zimmer.

Stube für zwei Personen, a 10,00, Naunynstraße 7, vorn IV, Mergenschrör. †6

Mietsgesuche.

Zwei Herren suchen Schlafstelle, separat, im dritten Wahlkreis zum 1. Januar. Offerten A. F. 84, Postamt 26. 2996b

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Schlosser, tüchtiger, welcher längere Jahre auf Drehschieber und Waggonarmaturen gearbeitet, wird bei hohem Lohn als Vorarbeiter oder Meister nach Süddeutschland sofort gesucht. Offerten B. 5538 Daube u. Co., Jerusalemerstraße 53/54. 181/14*

Künstliche Blumen-Arbeiterin, Klebberin, im Hause und Lehrmädchen verlangt Schindelhauer, Alte Jakobstraße 156/157. 2882b*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Achtung!
Holzarbeiter

Wegen Streik und Differenzen sind gesperrt:
Knopf- und Perlmuttfabrik Hinze, Schinkestr. 8/9.
Tischlerei und Bodenlegerei Schlichting, Gotzkowskistr. 7.
Tischlerei und Bodenlegerei Timme, Wilmersdorf, Gasteiner Straße 6.
Parkettbodengeschäfte und deren Bauten:
Firma **Kampmeyer,** Holsteiner Ufer 15/16, und deren sämtliche Bauten.
Nordd. Parkettfabrik Hannover, Zwischenmeister **Classen u. Hübner.**
Firma **Butterweich,** Zwischenmeister **Swoboda.**
Firma **Rosenfeld u. Co.,** Bau Charlottenburg, Bismarckstraße, Ecke Schloßstraße.
Firma **Heine** (Breslau), Bau Nassauische Str., Ecke Berliner Str.
Firma **Lesser.**
Sämtliche Betriebe in den Orten **Luckenwalde, Sommerfeld.**

Gleichzeitig ersuchen wir die Kollegen aller Branchen der Holzindustrie das Vermittelungsbureau des gelben „Handwerkerschutzverbandes" streng zu meiden.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Bauarbeiter!

Wegen Streik in Luckenwalde sind folgende Bauten für Einsetzer gesperrt:
Firma Neumann:
Charlottenburg, Suarez- und Pestalozzistr.-Ecke, Brückner.
„ Windener Str. Lindemann.
Firma Billig:
„ Dernburgstr. 29.
„ Waisstr. 31. Schönicke.
Berlin, Senefelder Str. Pahl.
Firma Genossenschaft, Luckenwalde:
Firma Köbius:
Ueckermünder Straße, Bau Zieke.
Charlottenburg, Philippstr. 6. Borkow.
Kaiser-Friedrich-Straße 19, Bau Heinrich.
„ Wühlischstr. 1, 3, 33, 38.
Der Gauvorstand.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.